



NEUDRUCK

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

74. Sitzung (öffentlich)

2. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:45 Uhr

16:05 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD) (AFKJ)

Heike Gebhard (SPD) (AGS)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte:

1 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen 3

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13775

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage 1*)

2 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen! 33

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage 2*)

1 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/13775

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage 1)

Vorsitzender Wolfgang Jörg (AFKJ): Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung. Ihnen ist die Einladung Drucksache 17/2041 form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche zur Tagesordnung habe ich nicht.

Damit eröffne die öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der Grünen, Drucksache 17/13775, mit dem Titel „Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen“ und begrüße Sie alle recht herzlich. Wie immer bin ich natürlich sehr froh, dass wir so viele Sachverständige hier haben, die uns bei unserer parlamentarischen Arbeit unterstützen und uns den einen oder anderen Förderhinweis geben, damit wir hier nicht zu viel Blödsinn machen.

Die schriftlichen Stellungnahmen, die Sie freundlicherweise abgegeben haben, liegen, falls jemand noch Bedarf hat, hinten im Raum aus. Sie können davon ausgehen, dass die Abgeordneten diese gelesen haben. Ein mündliches Statement oder ein Vortrag zu Beginn der Anhörung ist deshalb nicht nötig. Die Beantwortung der Fragen durch die Sachverständigen soll – ich gebe zu, das ist relativ schwierig – grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten umfassen. Es wäre schön, wenn Sie etwas darauf achten würden.

Wir kommen nun zur ersten Fragerunde. Zunächst Herr Kamieth, bitte.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich freue mich, dass wir in Präsenz viele Sachverständige bei uns haben, und bedanke mich für Ihre Bereitschaft, uns hier mit Ihrem Wissen noch etwas schlauer zu machen.

Zunächst eine Frage an die Vertreterin des Landschaftsverbands: NRW hatte jüngst die Einführung eines Landesjugendparlaments beschlossen. Kinder und Jugendliche sind auch heute schon vielfach in Entscheidungsprozesse eingebunden und sind verbandlich vertreten. Wie könnte eine stärkere systematische Beteiligung auf Landesebene ausgestaltet sein?

Eine weitere Frage richtet sich an die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Sie schreiben von einem NRW-Kinderschutzbericht. Welche Aspekte sollte ein regelmäßiger Kinderschutzbericht umfassen, und in welchem Turnus sollte er erscheinen?

Eine weitere Frage: Bund und Land engagieren sich bereits finanziell, um Maßnahmen und Projekte mit dem Ziel „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ zu fördern. Insbesondere die neue Bundesregierung wird gefordert sein, hier finanziell nachzulegen. Von welchen Bedarfen gehen Sie aus? Wo erkennen Sie Ausbaupotenzial und Lücken?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen. Es geht darum, dass die Coronapandemie Kindern und Jugendlichen in einer ganz wichtigen Lebensphase Zeit und vor allem soziale Kontakte genommen hat, die in dieser Lebensphase ja besonders wichtig sind. Daher stellt sich die Frage, die ich ganz konkret an das DJI, den Landesjugendring und den Landeselternbeirat richten möchte: Wie müsste nach Ihren Vorstellungen die Unterstützung von Kindern aussehen, damit sie wirklich sozial aufholen können? Wir haben häufig den Schulbereich sehr stark im Fokus; es wird über Dinge wie Nachhilfe etc. diskutiert. Aber was brauchen Kinder wirklich, um soziales Aufholen nach der Coronazeit hinzubekommen?

In diesem Zusammenhang die Frage: Wie können Kinder und Jugendliche dabei beteiligt werden? Denn aus unserer Sicht ist es auf jeden Fall sinnvoll, dass junge Menschen selbst mitreden und ihre Bedürfnisse artikulieren können. In welcher Form wäre das aus Ihrer Sicht besonders sinnvoll?

Auch die Eltern sollen mit ins Boot geholt werden. Der Antrag fokussiert – zu Recht – die Rolle von Kindern und nimmt auf die Belastungen Bezug, die diese erfahren haben. Aber die Belastung ist oftmals auch im familiären Kontext spürbar gewesen. Wie kann Eltern und Familien diese Belastung zumindest teilweise genommen werden? Wie kann auch die Familie als Ganzes aufholen, und wie kann dies sinnvoll unterstützt werden?

Marcel Hafke (FDP): Ich würde meine erste Frage gern an den Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte richten: Wie schätzen Sie die aktuelle Lage bei den Kindern ein, insbesondere in Bezug auf die psychische Belastung nach Corona und in der jetzigen Phase? Was müssten wir Ihres Erachtens seitens der Politik weiter tun, um die Lage zu verbessern? Da würde mich Ihre aktuelle oder sogar tagesaktuelle Einschätzung interessieren.

Mit einem zweiten Themenkomplex wende ich mich an den Landeselternbeirat, an das DJI und an den Kinderschutzbund und möchte nachfragen, wie Sie die Lage bezüglich der Kinder aktuell einschätzen, insbesondere beim Thema Kindeswohlgefährdung. Denn wir wissen, dass 8-a-Fälle und Kindeswohlgefährdung in der Hochphase der Pandemie in den Institutionen – Kitas, Schulen, Vereine usw. – teilweise nicht angekommen sind und solche Fälle damit auch die Jugendämter nicht erreicht haben. Können Sie im Nachgang Effekte feststellen insofern, als sich nun herausstellt, dass mehr Kinder betroffen waren? Oder ist die Anzahl solcher Fälle gleich geblieben, und diese wurden nur zu einem späteren Zeitpunkt gemeldet?

Können Sie auch sagen, ob sich im Vergleich zu der Zeit vor Corona die Lage bei bestimmten Familiensituationen und Settings grundsätzlich verschärft hat, oder ob das nur ein temporärer Effekt war?

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns heute hier für Nachfragen zur Verfügung stehen. Meine erste Frage richtet sich an die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und den Landschaftsverband sowie an das DJI. Es geht zum einen um die Situation und

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

die besonderen Belastungen; es wird ja viel darüber gesprochen, dass die Belastungen sehr groß sind und damit auch die Bedarfe für Unterstützung gewachsen sind. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren, auch dazu, was es jetzt braucht.

Die Landschaftsverbände haben in ihrer Stellungnahme aber auch darauf verwiesen, dass sich grundsätzlich die Strukturen bewährt hätten. Mich würde trotzdem interessieren, ob Sie Stellschrauben sehen, an denen auch vor dem Hintergrund der besonderen Situation und ihrer Nachwirkungen nachjustiert werden müsste.

In Richtung des DJI habe ich die Nachfrage – Sie sind ja auf die Frage der präventiven Maßnahmen eingegangen –: Wie kann so etwas überhaupt in den kindlichen Alltag integriert werden? Wir alle wissen, wie durchgetaktet das Schulleben ist und wie schwierig dies sein kann. Wo lässt sich das möglicherweise unterbringen?

Eine weitere Frage richtet sich an den Landesjugendring, den Kinder- und Jugendrat und in etwas abgewandelter Form auch an den Kinderschutzbund: Es ist immer wieder viel über Kinder und Jugendliche gesprochen worden, und es wurde schon vielfach gesagt, dass nicht mit ihnen gesprochen wurde. Ich bin sehr froh, dass mit dem Landesjugendring und dem Kinder- und Jugendrat nun auch deren Vertreterinnen und Vertreter an dieser Anhörung teilnehmen. Meine Frage ist – das wird Sie nicht weiter überraschen–: Wie kann Beteiligung tatsächlich gestärkt werden, und zwar so, dass wir tatsächlich so viele Kinder und Jugendliche wie möglich erreichen und ihnen die Möglichkeit geben, sich zu beteiligen, Rückmeldungen zu geben, gehört zu werden?

Der Kinderschutzbund schreibt in seiner Stellungnahme, dass insbesondere die Kinderrechte noch weiter gestärkt werden müssten und dass dies gegebenenfalls auch in der Verfassung noch deutlicher herausgearbeitet werden sollte. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Auch von unserer Seite einen herzlichen Dank an alle Sachverständigen. Meine erste Frage richtet sich an den Landschaftsverband, Frau Clauß. Sie schlagen den Aufbau einer ambulanten und mobilen medizinischen Rehabilitation für Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen vor. Uns würde interessieren: Für wie realistisch halten Sie das, gerade im Hinblick auf Wartelisten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die bekanntermaßen sehr lang sind? Wir hatten immer wieder Pressemeldungen, wonach die Kapazitäten ausgelastet sind; deshalb unsere Frage, ob es Ihrer Einschätzung nach genügend qualifizierte Psychiater und Psychologen sowie Ressourcen gibt, um das, was nötig ist, tatsächlich zeitnah anzubieten.

Eine weitere Frage zu einem ähnlichen Themenkomplex möchte ich an Herrn Prof. Dr. Dr. Martin Holtmann richten – Sie haben aufgrund Ihrer beruflichen Praxis sicherlich einen guten Überblick –: Es gab in letzter Zeit immer wieder Pressemeldungen, wonach bei Jugendlichen beispielsweise die Internetsucht während der Coronazeit zugenommen hat. Laut einem Bericht aus Berlin hat bei Jugendlichen der Konsum von Benzodiazepinen im Lockdown zugenommen. Des Weiteren hat offenbar auch der Cannabiskonsum dramatisch zugenommen. Kinder- und Jugendpsychiatrien sind aber

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

offenbar tatsächlich überfüllt, sodass keine Kinder mehr aufgenommen werden können.

Wie ist da jetzt der Stand der Dinge? Wie realistisch ist es, dass mit den vorhandenen Kapazitäten – Beratungsstellen, Psychologen, Kinder- und Jugendpsychiater, Kliniken etc. – das, was notwendig wäre, überhaupt bewerkstelligt werden kann? Es geht also um das Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Jetzt kommen wir zu den Sachverständigen. Wir gehen in der Reihenfolge des Tableaus vor. Wenn Sie sich nicht angesprochen fühlen, müssen Sie nicht antworten, aber Sie können auch, wenn Sie nicht angesprochen worden sind, etwas kommentieren oder Ihre Sicht der Dinge darstellen. – Wir beginnen mit Frau Clauß, bitte.

Sandra Clauß (LWL – Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Sehr geehrter Herr Jörg, sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen. An mich waren drei Fragen gerichtet.

Vorab noch etwas allgemeiner: Uns ist als Jugendämtern zentral wichtig zum einen das Thema Partizipation. Wie kann man dies wirklich langfristig und dauerhaft aufstellen, sodass man, wenn man wieder einmal in so eine Krisensituation kommt – was wir natürlich nicht hoffen –, gut aufgestellt ist? Es geht also um partizipative Elemente in der Jugendhilfe und um Modelle, wie Jugendliche besser gesehen werden können.

Das Zweite ist, dass man noch mal besonders auf die Kinder guckt, die mit besonderen Risikofaktoren aufwachsen, sei es Armut, sei es Migrationsgeschichte, sei es Behinderung. – Dies bietet den Rahmen für die drei Punkte, zu denen ich angesprochen worden bin.

Herr Kamieth, Sie hatten gefragt – jetzt steht die Gründung des Landesjugendparlaments an –: Welche Ideen haben die Landesjugendämter für die Vertretung von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene? Hier kann man ganz sicher eines sagen: Ein Beteiligungsgremium reicht nie aus. Denn Kinder und Jugendliche leben nicht zu jedem Thema in repräsentativen Strukturen, und kein Kind, kein Jugendlicher wird für alle Anliegen sprechen. Wichtig ist, dass wir Partizipation bei allen Fragestellungen immer mitdenken und uns dann fragen: Wie kriegen wir hier eine Beteiligung hin? Welche Kinder und Jugendlichen haben Interesse, sind betroffen von der jeweiligen Entscheidung, und wie können sie mitarbeiten? Da geht es dann darum, zu gucken: Haben wir für diese Situation Formen?

Wichtig ist, dass wir das, was schon da ist, mit einbeziehen. Wir haben „Jugend vertritt Jugend“ im Bereich der stationären Erziehungshilfe, wir haben die Careleaver, wir haben den Kinder- und Jugendrat, wir haben die LandesschülerInnen-Vertretung und die kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen.

Dann haben wir viele Projekte, die auch ad hoc da sind. Ich glaube, wir müssen uns bewusst machen, dass echte, ehrliche Partizipation vonseiten der Erwachsenen immer bedeutet, folgende Frage zu stellen: Wenn ich eine Entscheidung treffen muss, wer

sind die Jugendlichen, die Kinder, die ich jetzt fragen kann, und wo finde ich die, wie finde ich die auch in einer Form zusammen, um eine Antwort zu kriegen? Und das ist die Bringschuld, die wir Erwachsene den Kindern gegenüber haben.

Ja, ein Landesjugendparlament kann eine gute Sache sein; es wird aber nicht auf alle Fragen eine Antwort geben. Ich glaube, wir können uns nicht davon entbinden, da auch noch mal kreativ zu gucken. Und da brauchen wir vor allem auch pädagogisches Knowhow für die Frage: Wie bekommen wir diese Kinder und Jugendlichen eingebunden; wie schaffen wir es, sie nicht zu überfordern, und wie geben wir ihnen Möglichkeiten, sich auf ihre Weise zu äußern? Das ist sehr herausfordernd, insbesondere dann, wenn die Sprachfähigkeit ein Stück weit eingeschränkt ist oder wenn wir über jüngere Kinder reden.

Wir dürfen die Idee der Partizipation nicht daran knüpfen, dass hinterher nur die eloquentesten und am besten ausgebildeten Jugendlichen repräsentativ für alle Kinder- und Jugendgruppen in der Bevölkerung sprechen. Da braucht es, glaube ich, ein klares Bekenntnis bezüglich der Frage, wie wir das dauerhaft organisieren wollen.

Eine weitere Frage thematisierte die besondere Belastung von Kindern und Jugendlichen; es ging um eine Einschätzung der Situation, auch bezüglich der Bedarfe. Hier würde ich differenzieren und die Frage stellen: Welche Bedarfe gibt es ad hoc, und welche Bedarfe gibt es dauerhaft?

Grundsätzlich kann man auch hier sagen: Wir haben in der aktuellen Situation immer noch eine höhere Betroffenheit bei Kindern, die bestimmte Risikofaktoren haben, und die treffen im Moment auch auf besonders geforderte Systeme. Ich persönlich verantworte im Landesjugendamt Rheinland den Bereich Kita. Wir wissen, die Kitas sind im Moment durch Ausbau, durch Personal, das ausfällt aufgrund von Krankheit, aufgrund der Pandemie, ebenfalls sehr gefordert. Das heißt, wir haben besondere Gruppen, die besondere Unterstützung brauchen, und wir haben Systeme, die durch die Pandemie im Moment aber vielleicht nicht ganz so leistungsfähig sind wie zuvor. Wir müssen jetzt gucken, dass in der aktuellen Situation insbesondere die vulnerablen Gruppen die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Gut ist, dass wir jetzt ad hoc die Aufholprogramme haben, aber grundsätzlich kann man sagen, dass kindliche Entwicklung nicht nachgeholt werden kann. Es ist nicht so: Da fehlen 250 Gramm, und diese 250 Gramm gibt man drauf, und mit dem Ad-hoc-Programm ist dann alles vorbei. Vielmehr müssen wir das Ad-hoc-Programm gut evaluieren, und wir müssen schauen: Wo stärken wir die Regeleinrichtungen, die vulnerable Gruppen betreuen, und wo sind die Anbieter, die jetzt gerade mit psychisch kranken Kindern oder mit Kindern, die Entwicklungsverzögerungen aufweisen, arbeiten? Wie statten wir die dauerhaft besonders aus? Denn es wird Kinder geben, denen es, wenn im kommenden Frühjahr hoffentlich ein neues „Normal“ eintreten wird, relativ schnell wieder gut gehen wird, und es wird Kinder geben, die dauerhaft eine Unterstützung brauchen werden.

Das Dritte war die Frage nach der integrierten Behandlung. Da kann ich für die Landesjugendämter nur sagen: Wir sehen, dass das gut wäre und dass es kommt; wir

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

können uns dazu aber keine Einschätzung erlauben, weil wir das System der Jugendhilfe vertreten. Wir würden uns das wünschen.

Was eine Aussage zu den Personalressourcen betrifft, die im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorhanden sind, um so etwas umzusetzen, so würde ich sagen, dies steht uns nicht zu.

Stefan Hahn (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte, bevor ich auf die Fragen eingehe, grundsätzlich sagen: Es ist schön, wenn wir uns über die Frage unterhalten, wie es nach Corona weitergehen kann. Aber wir sind derzeit noch mitten in Corona. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch hier in der Runde deutlich zu machen – auch dabei geht es um Kinder und Jugendliche –, dass aktuell der Wegfall der Maskenpflicht in Klassenräumen bei uns sehr kritisch gesehen wird und wir uns wünschen würden, dass vor dem Winter auch eine Impfpflicht für viele Berufsgruppen, die mit Nichtgeimpften zusammenkommen, eingeführt wird sowie eine 2-G-Pflicht für den Freizeitbereich. – Das vorab; Corona ist nämlich noch nicht überstanden.

Jetzt aber zum eigentlichen Thema dieser Anhörung. Herr Kamieth, Sie haben nach dem Landeskinderschutzbericht gefragt. Solche Berichte haben sinnvollerweise zwei große Teile: zum einen eine Tatbestandsaufnahme – „Wie ist die Lage?“ – und zum anderen daraus abgeleitet eine Schlussfolgerung. Das sollte auch beim Kinderschutzbericht der Fall sein.

Wenn bei der Beschreibung der Lage, auch mit Unterstützung von Experten, Schlussfolgerungen abgeleitet werden, so ergibt sich daraus unserer Erachtens auch ein Stück weit die Antwort auf die Frage, wie häufig dieser Kinderschutzbericht denn fortgeschrieben werden soll. Es gibt Empfehlungen, die den Aufbau von Strukturen betreffen. Ein solcher Aufbau von Strukturen braucht aber eine Förderkulisse, Personal, organisatorische Vorkehrungen. Es braucht also allein schon ein Jahr, damit diese Strukturen geschaffen werden, und bis dann mal messbare Ergebnisse da sind, braucht es möglicherweise ein weiteres Jahr.

Deswegen würden wir sagen: Ein Kinderschutzbericht, der jährlich erscheint, wäre vielleicht etwas zu aktivistisch; realistischerweise wäre analog zu ähnlichen Plänen, die wir kennen, vielleicht ein Dreijahresrhythmus ganz gut. Dann könnte man nach drei Jahren messen, ob das, was im Empfehlungsteil im Kinderschutzbericht stand, tatsächlich umgesetzt worden ist und inwieweit das dann auch Folgen in der Realität hatte. – Das ist der erste Teil Ihrer Frage gewesen, Herr Kamieth.

Beim zweiten Teil geht es um die Frage: Aufholen nach Corona, wo sind die Lücken, was brauchen wir? Es ist vielleicht nicht überraschend, dass wir aus dem kommunalen Bereich sagen – wir sind dabei sicherlich auch nicht weit weg von der Wohlfahrtspflege –: Die Antwort auf die Frage, was die Kinder und Jugendlichen brauchen, ergibt sich am besten in Gesprächen mit den Akteuren vor Ort. Auch da werden Defizite erkannt, und

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

dann kommen eben die Schulleitung, die Klassenlehrer, die Leiterin der Kindertagesstätte, die Leitung der OT, wer auch immer, zusammen, um zu überlegen: Was brauchen wir hier vor Ort?

Ein Wunsch ist eigentlich schon erfüllt worden: Geld bereitzustellen ist ein guter Weg, und die Möglichkeit der Verwendung dieser Mittel nicht allzu sehr einzuschränken, ist auch sehr gut. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber folgenden Wunsch äußern – dies ist auch an uns herangetragen worden –: Während für die Säule „Förderkulisse für den Schulbereich“ Haushaltsmittel ins Folgejahr übertragen werden können, berichten unsere Jugenddezernenten, dass das für die Förderkulisse im Bereich der Jugendhilfe nicht möglich ist. Es wäre ein dringender Wunsch, das zu ermöglichen, so dass wir auch diese Mittel ins nächste Jahr übertragen können. Denn es nützt nichts, nur ein Strohfeuer zu veranstalten; wir brauchen letztlich immer Personal – „wir“ heißt Kommunen oder Wohlfahrtsverbände, die an dieser Stelle auch die Aufgaben übernehmen. Dieses Personal finden wir nicht für Maßnahmen, die für drei Monate finanziert sind; das muss gestreckt werden, da muss es eine Perspektive geben. Deswegen wäre es sehr wünschenswert, an dieser Stelle eine Übertragung der Mittel zu ermöglichen.

Ein weiteres Anliegen: Wenn wir nun im Angesicht von Corona die Frage stellen: „Was lernen wir für die nächste Krise?“ – Stichwort Resilienz –, so glauben wir, dass sich wieder einmal gezeigt hat, dass die stadtteilorientierten Strukturen ganz wesentlich sind, und zwar für viele Fragen: Wie erreichen wir ältere Menschen, die allein in ihren Wohnungen leben? Wie gelingt die Aufklärung über die Frage, wie man sich bei Corona am besten verhält? Wie können die Menschen erreicht werden, die sich noch nicht haben impfen lassen? Wie können diese hierzu motiviert werden? Es geht aber auch um Fragen, die junge Familien und Kinder und Jugendliche betreffen. Leider ist die Finanzierung dieser stadtteilbezogenen sozialen Infrastrukturen noch immer im Wesentlichen eine kommunale Aufgabe. Es hängt also in weiten Teilen von der Haushaltslage der jeweiligen Kommune ab, ob es so etwas gibt und wie viel es gibt.

Perspektivisch wäre daher unser Wunsch – in dieser Runde richtet er sich an das Land; er richtet sich aber auch an die Akteure, die auf Bundesebene die Koalitionsverhandlungen begleiten –: Wir brauchen eine Lösung, damit es eine stetige Finanzierung – zumindest Mitfinanzierung – dieser stadtteilbezogenen Strukturen gibt, weil diese einfach so wertvoll sind.

Helga Siemens-Weibring (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin nicht direkt gefragt worden, aber wir haben zu vielen der Punkte, die angesprochen wurden, schriftlich Stellung genommen. Herr Hahn hat mir den Ball eben zugespielt; deshalb würde ich die Gelegenheit gern nutzen, ein paar Sätze dazu zu sagen.

Zum einen geht es um die Studien, die vorliegen. Ich glaube, wir haben an vielen Stellen kein Erkenntnisproblem; wir haben ein Umsetzungsproblem. Das ist meine erste Feststellung.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Das Zweite: Ich glaube, dass diese Studien – das hatte Frau Clauß auch schon gesagt – sich an eine bestimmte Schicht von Kindern und Jugendlichen und Familien wenden. Studien, die über bestimmte Medien laufen, werden von manchen Personengruppen überhaupt nicht wahrgenommen. Es sind 7.000 Kinder und Jugendliche für die JuCo 1 und die JuCo 2 interviewt worden. Wenn Sie die Hintergründe einmal beleuchten: Das ist alles ein sehr homogenes Lernfeld.

Wir brauchen – das fand ich ganz gut an dem Antrag – die Antwort auf die Frage, wo die besonders vulnerablen Gruppen sind. Wo sind die Kinder mit Migrationshintergrund? Wo sind die Kinder mit Behinderungen? Wo sind auch die Kinder mit geistigen Behinderungen? Die werden von schriftlichen Befragungen überhaupt nicht erreicht. Aber diese Gruppen sind sehr stark betroffen. Das gilt ebenso für kleine Kinder. In der KiCo sind Familien mit Kindern zwischen drei und 15 Jahren angesprochen worden, aber die Kinder selbst sind dabei gar nicht zu Wort gekommen. Da brauchen wir wirklich Instrumente, Instrumentarien, wie wir an diese Kinder herankommen.

Wir brauchen für unterschiedliche Gruppen – auch das hat Frau Clauß schon gesagt – unterschiedliche Fragestellungen und Medien.

Zum Programm „Aufholen nach Corona“ hat Herr Hahn schon einiges gesagt. Auch da ist mir wichtig zu sagen: Es geht nicht nur um das kognitive Lernen. Nötig ist nicht nur das Aufholen von Lernrückständen im schulischen Bereich, nötig ist vor allem das Aufholen von Lernrückständen im sozialen Bereich. Sie hatten es angesprochen: Auch wir würden uns wünschen, dass im Bereich Quartiers- und Sozialraumarbeit einiges mehr möglich wäre, als durch dieses Programm möglich ist, und wenn es dort eine Regelfinanzierung geben könnte. Ich zitiere immer gern das afrikanische Sprichwort „Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“ Das kann man nicht, wenn man sich wirklich nur auf die kognitiven Leistungen bezieht.

Ein guter Ansatz war, fand ich, das Programm des Familienministeriums im letzten Jahr für die Familienerholung, „1.000 Ferienwochen für Familien“. Das ist meines Erachtens etwas, an dem wir genau das lernen können, nämlich, wie es gelingt, diesen Sozialraum Familie zusammen mit anderen Familien zu stärken.

Zudem brauchen wir den Aufbau einer Regelstruktur. Denn wie Herr Hahn richtig gesagt hat, befinden wir uns noch mitten in der Coronakrise. Wir wissen, dass die Kinder- und Jugendzeit, die Adoleszenz, sich bis zum 25. Lebensjahr erstreckt; das heißt, es wird auch in die jungen Familien noch hineinwirken. Wir werden in den nächsten zehn bis 15 Jahren auf jeden Fall mit diesen Problemen konfrontiert werden. Und dazu haben wir noch keine Instrumentarien; da wissen wir noch nicht Bescheid.

Wenn wir die Evaluation der Familienberatung anschauen, die jetzt gerade läuft, sehen wir, dass es die niederschweligen Angebote sind, die weggebrochen sind – die Angebote, die gerade diejenigen Menschen erreichen, die sonst nicht in eine Beratungssituation kommen. Das ist sehr deutlich, und das ist eigentlich das, was wir brauchen: ein durchgängiges Regelangebot für alle, für Kinder und Jugendliche und für die Familien, weil das nicht nur mit den Kindern und Jugendlichen allein geleistet werden kann.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Zur Partizipation ist einiges gesagt worden; wir haben da auch noch mal ein Beispiel für ein gelungenes Projekt angegeben. Da kann man sicherlich aus dem Tool, das es schon gibt – die Careleaver sind angesprochen worden, „Jugend für Jugend“ ist angesprochen worden – gute Beispiele finden, um sich Ideen zu holen.

Maja Tölke (Landesjugendring NRW e. V.): Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir können hier an viele Stichworte, die gefallen sind, anschließen. Wir sind besonders zum Aspekt der Beteiligung gefragt worden. Wir sehen Partizipation als eine dauerhafte Aufgabe, aber jetzt, in Zeiten der Coronapandemie, ist das eine besondere Herausforderung. Kinder und Jugendliche erzählen uns, dass sie zu häufig auf ihr Schulkind-Sein reduziert werden und Schwierigkeiten haben, andere Orte zu finden, in denen sie sich austauschen können. Der Jugendverband war in den letzten eineinhalb Jahren ein sehr wichtiger Ort, besonders in den Phasen, in denen ein normales Zusammenkommen möglich war.

Wir sehen, um Partizipation von Kindern und Jugendlichen strukturell zu stärken – während einer Pandemie, aber natürlich auch weit darüber hinaus –, in der Gesellschaft die Notwendigkeit, Partizipation in vielen Feldern des Lebens auszubauen, erwachsenen Menschen diese komplexe Aufgabe auch nahezubringen, das in Ausbildung zu integrieren. Denn gute Partizipation ist nun einmal eine komplexe Aufgabe.

Hier auf der Landesebene ist unsere Vorstellung, eine Jugendstrategie zu entwickeln, die – das wurde in den Beiträgen gerade eben deutlich – vielen Anforderungen gerecht werden muss: viele Kinder und Jugendliche mitnehmen in all ihren verschiedenen Situationen, ihnen eine Stimme geben und Gehör verschaffen, in optimaler Ausgestaltung auch so, dass es heruntergebrochen werden kann, eben weil die Kinder und Jugendlichen vor Ort leben und sich nicht unbedingt auf der Ebene des Landes NRW fortbewegen. Aber das ist quasi der nächste Schritt. Dazu braucht es vielfältige Methoden. Wir haben dazu einige Vorschläge gemacht, z. B. 1.000-Stimmen-Befragungen, die dann sehr spezifisch ein Thema behandeln könnten; hierzu könnte man auf diese Weise Rückmeldungen einholen. Man könnte auch verschiedene Themen in durchaus kürzeren Abständen behandeln, indem man hinhört: Was bewegt Kinder und Jugendliche gerade?

Es braucht Methoden und Strategien, die verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten berücksichtigen – nicht so, wie wir hier in einem Raum sitzen und viel miteinander reden und lange Texte verfassen –: Ausdrucksmöglichkeiten nicht nur in der digitalen Welt, sondern auch in kreativen Formen, die Kindern und Jugendlichen zugänglich sind und zu ihrem Alltag gehören.

Es braucht in dieser Jugendstrategie eine Verschränkung mit verschiedenen Feldern, die zuständig sind, z. B. für die weitere Erforschung, also mit Wissenschaft, auch hier mit Politik, mit zuständigen Fachbehörden, mit Verwaltung und verschiedenen Selbstvertretungsformen von Kindern und Jugendlichen – und das alles auf verschiedensten Ebenen strukturell miteinander verbunden.

Hier fiel eben schon das Stichwort Kinderrechte – klar, das können wir in NRW auch im Konkreten weiter vorantreiben. Was eine konsequentere Umsetzung der Kinderrechte betrifft, so haben wir hier in den Ausführungsgesetzen noch Spielräume, etwa in der Gemeindeordnung. Ein Aspekt hierbei ist auch die Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre; auch das sollte nach unserer Vorstellung dazugehören.

Paul H. Hofmann (Kinder- und Jugendrat NRW): Ich möchte mich recht herzlich für die Einladung bedanken, und ich danke auch allen Anwesenden, die gekommen sind, um mit uns zu reden und uns zuzuhören.

Kurz zum Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen: Wir – Herr Anas Al-Qura'an und ich, Paul Hofmann – sind zwei Sprecher des Kinder- und Jugendrats Nordrhein-Westfalen – sozusagen der Dachverband aller Jugendgremien aus Nordrhein-Westfalen. Es gibt in einzelnen Städten wie z. B. in Dortmund oder Düsseldorf – der Düsseldorfer Jugendrat ist Ihnen bestimmt ein Begriff – die entsprechenden Jugendgremien; alle zusammen entsenden delegierte Personen in den Kinder- und Jugendrat, und der fasst unter sich als Dachgremium den Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen zusammen.

Um jetzt auf die Frage von Josefine Paul zu antworten: Das Grundproblem ist erst einmal – das können wir auch gut bei uns beobachten –, dass sich viele Jugendliche aus dem Gremium mehr oder weniger zurückgezogen haben bzw. viele Mitglieder relativ inaktiv sind – und das in einer Zeit, in der sehr viel über uns entschieden wird und nicht mit uns entschieden wird; das hat die Wahrnehmung ja noch verschärft, dass wir in Prozesse nicht involviert und auch nicht integriert werden.

Das Ganze wird überschattet von der Ungewissheit, die in der Natur einer Pandemie liegt, und all den sozialen Problemen wie beispielsweise häusliche Gewalt – Probleme, die sich während der Pandemie nicht selten noch verschlimmert haben.

Jetzt konkret zu der Frage: Wie können wir Partizipation schaffen, die sich lohnt und die auch Lust auf mehr macht? Wir haben uns als Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen gedacht, dass man grundsätzlich erst einmal den Kontakt zur Politik erleichtern sollte – unabhängig davon, ob es sich nun um ein Landesjugendgremium handelt oder um ein Dachgremium, wie wir es jetzt sind.

Wie stellen wir uns das Ganze vor? Dass man den Kontakt zur Politik erleichtert, ist ja leicht gesagt. Wir stellen uns das so vor, dass wir als Gremien die Chance bekommen, regelmäßige Sprechstunden bei jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern wahrzunehmen. Das können Abgeordnete sein, das können beispielsweise auch Landtagspräsidenten sein wie André Kuper, mit dem wir uns einmal jährlich in Präsenz oder auch digital treffen und der sich dann ein paar Minuten oder im besseren Fall auch ein paar Stunden Zeit nimmt, sich unsere Anliegen zu Herzen zu nehmen.

Des Weiteren hätten wir uns gewünscht, dass die Öffentlichkeitsarbeit – das ist heutzutage ja ein ganz zentrales Thema, gerade in Zeiten von Social Media; die Medien sind ein ganz bedeutender Teil unseres Lebens geworden – in der Weise unterstützt wird, dass wir uns zusammen mit Politikerinnen und Politikern in dieser Gesellschaft

aufstellen und zeigen: Wir integrieren euch, wir möchten, dass ihr auch an dieser Gesellschaft teilhabt, dass ihr in Entscheidungsprozesse integriert werdet. Denn Stand der Dinge ist, dass wir auf Social Media vertreten sind – wir haben einen Instagram-Kanal, Facebook, auch Telegram –, aber viel mehr bekommt man von uns momentan leider nicht mit. Im Fernsehen sind wir vielleicht mal ganz beiläufig mit einem Satz erwähnt worden, aber uns kennen nicht viele Leute; das ist vielleicht das, worauf ich am Ende hinauswollte.

Was uns aber ein noch viel wichtigeres Anliegen ist, ist natürlich, dass unsere Partizipation auch irgendwo gesetzlich verankert wird oder zumindest in der Gemeindeordnung festgehalten wird. Ich weiß nicht, ob Ihnen § 18a der Brandenburger Kommunalverfassung ein Begriff ist. Dieser liefert die gesetzliche Grundlage für die kommunale Jugendbeteiligung. Die Jugendbeteiligung bei uns in NRW hat natürlich auch in den Kommunen ihre Ursprünge. Wenn da auf Landes- oder vielleicht sogar auf Bundesebene eine gesetzliche Grundlage erarbeitet werden könnte, könnte das natürlich sehr fortschrittlich im Sinne der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in unserem Land NRW sowie dann auch bundesweit sein.

Daniela Heimann (LEB – Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen e. V.): Auch der Landeselternbeirat möchte sich für die Einladung und die Gelegenheit bedanken, hier auch noch mündlich Stellung zu nehmen.

Ich würde gern auf die Frage von Herrn Dr. Maelzer nach den Beteiligungsmöglichkeiten und der Unterstützung, die noch gefordert wird, eingehen; Frau Riedmann wird dann auf die Frage von Herrn Hafke bezüglich der Situation der Kinder, auch unter dem Stichwort Kindeswohlgefährdung, antworten.

Sie hatten gefragt, wo nach unserer Auffassung noch Unterstützung notwendig ist, damit die Kinder aufholen können. Zunächst möchten wir sagen, dass die Kindertageseinrichtungen bzw. frühkindlichen Bildungseinrichtungen in den letzten 19 Monaten sehr stark auf die Funktion der Betreuung reduziert wurden. Vorrangig hat man immer auf den Betreuungsaspekt geschaut und gefragt: Was brauchen Eltern, damit Kinder wohlbehütet den Tag über betreut werden und die Eltern so ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können? Auch Kitakinder sind meist nur in dieser Weise wahrgenommen worden und nie als eigenständige Persönlichkeiten. Insofern sehen auch wir eine unbedingte Notwendigkeit, dass die Kinder in einem geeigneten Rahmen selbst angehört werden und – auf welchen Wegen auch immer, sei es per Video etc. – gefragt werden, was sie brauchen.

Wir sehen tatsächlich ganz stark nicht nur Aufholbedarf im Bereich der Sprachförderung und der Frühen Hilfen – das wird über das Programm „Aufholen nach Corona“ bereits abgedeckt –, sondern auch im Bereich „Autonomie erleben, eigenständige Persönlichkeitsentwicklung“. Auch Kitakinder sind ja eigene kleine Menschen, die dieser Möglichkeiten in der letzten Zeit sehr stark beraubt wurden.

Wir würden uns sehr wünschen, dass man tatsächlich vor Ort in den Betreuungseinrichtungen über Kooperationen etwas realisiert, weil wir glauben – es ist ja oft diskutiert

worden, beispielsweise Gutscheine für Sportvereine anzubieten, etwa für eine einjährige Mitgliedschaft –, dass nicht alle Eltern den zusätzlichen Weg auf sich nehmen werden. Wir meinen schon, dass man in den Betreuungseinrichtungen, wo die Kinder ja bereits den Tag über sind, sodass man keinen zusätzlichen Weg hat und auch bereits vertraute Bezugspersonen vor Ort sind, eine ganze Menge noch zusätzlich realisieren kann – sei es im sozialen Miteinander, sei es in puncto Selbstbehauptung.

Vorstellbar ist auch, etwas über sogenannte Billigkeitsleistungen zu machen, sodass die Kitas ähnlich wie bei den „Alltagshelfern“ ein gewisses Budget zur Verfügung bekommen, um auch den Spaß im Alltag wieder ein bisschen zu fördern. Denn solche Dimensionen kommen uns im Moment tatsächlich sehr zu kurz. Die Kinder haben viel Solidarität an den Tag gelegt – weil sie es mussten. Wir glauben daher, dass da noch ein sehr großer Aufholbedarf ist.

Wir würden uns auch sehr wünschen – Sie hatten ja nach den familiären Aspekten gefragt –, dass die Familienzentren da eingebunden werden, dass man also auch schaut: Wie kann man ganze Familien erreichen?

Kritisch anmerken möchten wir aber – vorhin gab es die Forderung nach 2-G-Konzepten –, dass man auch Gefahr laufen kann, da, wo tatsächlich noch Ungeimpfte sind, egal welcher Altersklasse, Familien kategorisch auszuschließen. Da sollte man sehr sinnhaft abwägen, in welchem Rahmen eine 2-G-Regelung Sinn macht und wo man möglicherweise auf 3G zurückgreifen sollte.

Nicht zuletzt: Wir wären als Landeselternbeirat schlechte Vertreter dieser Gruppen, wenn wir nicht sagen würden, dass auch die Elternvertretungen noch gestärkt werden sollen, damit die Eltern stellvertretend für ihre Kinder gemeinsam mit den Kitas und dem Personal schauen können, wo es Verbesserungsbedarf gibt und wo man vielleicht unterstützend auch mit den Eltern gemeinsam etwas realisieren kann, um im Dialog die Erziehung sinnstiftend zu unterstützen.

Heike Riedmann (LEB – Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen e. V.): Auch ich möchte mich für die Einladung bedanken. Was wir gerade in der Pandemie deutlich merken: Es ist alles sehr auf Kante genäht. Vor allem haben wir auch gemerkt, dass durch die Dreifachbelastung – Homeoffice über weite Strecken, Arbeitszeiten, die in die Randbereiche verlegt wurden, Kindererziehung – Ehrenamt eigentlich nicht mehr möglich war. Wir haben als Landeselternbeirat oder auch in den kommunalen Vertretungen die Elternvertretungen teilweise überhaupt nicht mehr erreicht. Da lag auch schon ein Problem.

Die Notbetreuung war an bestimmte Zielgruppen gebunden. Als für die 8-a-Kinder die Kindertageseinrichtungen wieder geöffnet wurden, haben wir gemerkt: Da war schon ziemlich viel passiert, was überhaupt nicht zu kompensieren ist. Ein geradezu tragisches Beispiel: Als eine Brennpunkt-Kita endlich wieder öffnen durfte, waren dort keine Kinder aus Familien, in denen die Eltern systemrelevanten Tätigkeiten nachgehen, sondern es waren elf 8-a-Kinder, mit denen die Erzieherinnen und Erzieher von heute auf morgen zurechtkommen mussten – was eine ganz krasse Überforderung ist.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Gewalt nicht erst bei physischer Gewalt beginnt, sondern schon viel früher. Elternvertretungen sind praktisch die Brücke zwischen Fachkräften und den Eltern, die überfordert sind. Wir haben deutlich gemerkt: Nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern sind sehr stark überfordert gewesen mit der Situation, was sich dann in dem großen Druck widerspiegelt hat, der auf die Kinder ausgeübt wurde.

Was uns von Eltern berichtet wurde – und da spreche ich nicht allein von Brennpunkt-Kitas –, sind vermehrte Aggressionen, vermehrte Angst – Angst, sich wieder trennen zu müssen, bei Bindungen, die nicht stabil sind, sich von Bindungspartnerinnen und -partnern zu trennen. Meldewege waren unbekannt; die Eltern wissen teilweise gar nicht, wo sie niederschwellig Hilfe bekommen können.

Die Kitafachkräfte sind teilweise nicht befähigt oder nicht ausreichend befähigt, um auf eine solche Situation zu reagieren. Da fehlen ganz viele Fortbildungen; da fehlen Unterstützung und Beratung, deren Wahrnehmung unserer Ansicht nach für die Kitafachkräfte verpflichtend sein muss, damit diese an geeigneter Stelle auch adäquat unterstützen können.

Hier gilt es, auf die Kinder zu achten, vielleicht noch mal Beratungen vor Ort, in den Kitas, zu platzieren und zu installieren und im regelmäßigen Turnus auch zu wiederholen. Denn wir stehen als Landeselternvertretung vor der Schwierigkeit, dass wir ja nicht nur die Eltern, sondern über die Eltern auch die Kinder vertreten – Kinder, die nicht in ausreichendem Maß und adäquat selbst für sich sprechen können. Wir müssen über die Eltern die Kinder erreichen – und zwar ohne erhobenen Zeigefinger; es geht darum, einfach da zu sein. Und das ist eine große Schwierigkeit, vor der wir als ehrenamtliche Vertretungen stehen; wir können diese Aufgabe nur mit sehr großem persönlichen Engagement wahrnehmen.

Da braucht es ganz klare Meldewege, es braucht Unterstützung, es braucht geschulte Fachkräfte, und vor allem braucht es eine Anerkennung der Elternvertretungen vor Ort, die ebenfalls – da knüpfe ich an Herrn Hofmann an – bekannter gemacht werden müssen. Es muss klar werden, dass es hier nicht darum geht, Geschenke zu organisieren, sondern um qualifizierte Ansprechpersonen.

Noch mal zum Thema 2-G-Regelung: Kinder sind nicht für die Entscheidungen der Eltern verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, individuell jedes Kind zu sehen und jedes Kind ernst zu nehmen und es bestmöglich zu fördern. Alle Kinder haben in dieser Pandemie sehr stark gelitten – ausnahmslos.

Es ist also eine Herausforderung für Fachkräfte, Eltern wieder zu erreichen, sie einzubinden und hier auch eine Brücke zu schlagen, um Prävention zu betreiben. Geschieht dies nicht, geht das wieder zulasten der Kinder, die, wie ich gerade sagte, nicht für die Entscheidungen von Erwachsenen verantwortlich sind und dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden dürfen.

Dr. Alexandra Langmeyer (Deutsches Jugendinstitut e. V.): Auch meinerseits herzlichen Dank für die Einladung. An mich wurden drei Fragen gerichtet.

Die erste Frage, gestellt von Herrn Maelzer und Frau Paul, lautete: Was muss jetzt getan werden? Wie können Kinder unterstützt werden? Dazu wurde schon sehr viel gesagt; ich glaube, es wurde deutlich, dass es nicht nur darum geht, das in der Schule nicht Gelernte aufzuholen, sondern dass auch ein starker Aufholbedarf im Sozialen besteht. Wir sehen an verschiedenen Studien, dass es für die Kinder in der Pandemiezeit das Schlimmste war, auf den Kontakt mit ihren Freunden zu verzichten. Auch nach den Lockdowns sind diese Kontakte vermindert, und das hat sich in der Lebenszufriedenheit der Kinder und Jugendlichen niedergeschlagen.

Hier müssen wir also an den Kindern arbeiten. Unseres Erachtens ist es genau das Falsche, sie jetzt vollzupacken mit Lernstoff; dieser sollte vielmehr, soweit möglich, entschlackt werden. Vielleicht können die Lehrpläne auch gesichtet werden, um herauszufinden: Was muss man jetzt nicht unbedingt lernen, was kann man vielleicht nach hinten stellen? Auf gar keinen Fall aber darf man Sport und Bewegung aus dem Programm der Kinder streichen; wir wissen, das dient präventiv dem Schutz vor psychischen Belastungen. Bewegung ist dabei besonders wichtig, ebenso aber das soziale Miteinander, das tatsächlich von zentraler Bedeutung ist.

Wir finden also den Vorschlag sehr gut, mehr in Freizeiten zu investieren; das kann aber auch im Rahmen von Institutionen – Sie haben es gerade vorgeschlagen – geschehen: Auch hier könnte man etwas unternehmen, etwa mehr Ausflüge mit den Kindern machen, soweit dies bei Einhaltung der Hygienemaßnahmen möglich ist.

Für uns ist daher ganz zentral, dass man die Institutionen der frühkindlichen Bildung und Betreuung, aber auch die Schulen weitgehend offen hält, um diese sozialen Kontakte zu ermöglichen. Hierbei gilt es aber auch, die Hygienebestimmungen umzusetzen. Die Corona-Kitastudie zeigt uns, dass es mehr Infektionen gibt, wenn die Gruppen nicht gut getrennt werden. Die Gruppentrennung funktioniert ganz gut; was nicht so gut funktioniert, ist die Trennung unter den Fachkräften. Wenn diese zwischen den Gruppen wechseln, kommt es in den Einrichtungen eher zu Ansteckungen bei Kindern und Fachkräften. Diese Situation ist sicherlich auf den hohen Personalbedarf zurückzuführen; man kann aber meines Erachtens schauen, dass die Trennungen besser eingehalten werden. Die vorliegenden Befunde sollten genutzt werden, um hier die Situation zu entschärfen. Die Kinder sind nicht geimpft, sodass wir uns für den Winter gut präparieren müssen, damit es nicht tagtäglich zu neuen Ausbrüchen kommt. Denn keinem Kind, keiner Familie ist geholfen, wenn – auch wenn die Auflagen derzeit nicht mehr so streng sind – jede dritte Woche wieder Quarantäne angesagt ist.

Ein zentrales Anliegen ist uns, nicht nur die Kinder, sondern die Familien als Ganzes im Blick zu haben. Wir sehen in vielen Studien, dass es ganz zentral darauf ankam, wie gut die Familie durch die Pandemie gekommen ist, wie gut es den Eltern gelungen ist, das Familienklima aufrechtzuerhalten, ihr Erziehungsverhalten positiv zu gestalten. Je besser dies gelang, desto besser sind die Kinder durch die Pandemie gekommen. Deshalb ist es jetzt ganz wichtig, die Familien zu unterstützen. Denn nicht nur für benachteiligte Familien, sondern für alle Familien war es eine ganz große Herausforderung. Sie haben eben schon auf die Belastungen durch Homeschooling, Homeoffice und das Erfordernis, alles über einen langen Zeitraum miteinander zu vereinbaren,

hingewiesen. Dies hat viele Familie, auch die bessergestellten, an ihre Belastungsgrenzen geführt.

Daher schlagen wir vor, die Familienzentren auszubauen und solche Angebote unbedingt zu ermöglichen, Erziehungsberatung aufrechtzuhalten und auszubauen, aber neben den Angeboten vor Ort auch die digitalen Formate auszubauen. Da wurde in der Pandemiezeit einiges ausprobiert; das hat gut funktioniert. Es kann nicht den persönlichen Kontakt ersetzen, aber vielleicht kann man manche Familien sogar besser erreichen. Wenn ein persönlicher Kontakt nicht möglich ist, ist das auf jeden Fall besser als gar kein Kontakt.

Zu der Frage von Herrn Hafke nach einer Einschätzung zur aktuellen Gesundheitssituation: Aus unserem Survey wissen wir nicht besonders gut, wie es gerade in Moment aussieht; wir wissen aber beispielsweise aus der COPSY-Studie bezüglich der psychischen Gesundheit, dass es eben nicht so war wie anfangs angenommen, dass sich die Kinder schon gut adaptieren würden – nach dem Motto: Das wird schon mit den Kindern. Das ist nicht so; es sind alle Symptomatiken angestiegen. Ich gehe daher davon aus, dass sich jetzt nicht plötzlich ein Rückgang zeigt.

In einer aktuellen Studie, die wir gerade mit Kindern in belastenden Lebenslagen durchführen, sehen wir auch, dass hier noch sehr große Angst vor dem Virus herrscht und die Kinder häufig auch nicht gut aufgeklärt sind. Gerade benachteiligte Familien, Familien mit Migrationshintergrund haben wir, wie Sie sagten, in den großen Surveys nicht dabei; das ist nun eine kleine qualitative Studie, in deren Rahmen wir die Kinder selbst befragen. Und da haben wir Eltern, die mit Migrations-, mit Fluchterfahrung nach Deutschland gekommen sind. Die waren und sind nicht in der Lage, das aufzufangen und das zu bieten, was die Kinder in der jetzigen Situation brauchen; es geht darum, auch sie gut aufzuklären.

Zu Ihrer Frage zum Verlauf der Gefährdung: In der Studie von Erdmann und Mühlmann sehen wir im Verlauf ganz zutreffend einen Anstieg der Gefährdungsmeldungen im Sommer. Wir haben in der Kinder- und Jugendhilfestatistik insgesamt einen Anstieg der Gefährdungsmeldungen von 9 % zu verzeichnen; ein ähnlicher Anstieg zeigte sich bereits in den Jahren zuvor, er hat also nicht nochmals zugenommen. Man muss das aber natürlich kritisch betrachten und fragen: Ist das Dunkelfeld möglicherweise höher, weil eben, wie auch die Studie zeigt, über die Institutionen weniger gemeldet wird? Vielleicht aber haben Nachbarn und Polizei sogar mehr auf die Kinder geschaut; die Meldungen vonseiten dieser Gruppen sind nämlich nicht weniger geworden. Hier muss man also weiter beobachten.

Der letzte Punkt war der von Frau Paul: Prävention – was kann man da machen? Da kann man einiges tun. Es gibt viele gute Präventionsprogramme, um Kinder fit zu machen für ihr Leben. Das kann man in den Institutionen machen, etwa in Kitas, indem man die Fachkräfte in Fortbildungen fit macht und die Programme mit ihnen durchführt, man kann aber auch von extern Leute hereinholen, die mit den Kindern diese Einheiten machen. Dabei geht es darum, zu üben, auf seine eigenen Gefühle und Emotionen zu achten, und um weitere Themen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Man kann so etwas auch in der Kinder- und Jugendhilfe oder im Verein machen. Da muss man kreativ werden und muss beispielsweise auch mal im Fußballverein eine solche Einheit durchführen – „Wie geht es mir gut?“ –, anstatt den Fokus nur auf ein gutes Sporttraining zu richten. Da kann man vieles überlegen.

Zu den präventiven Maßnahmen gehört auch, die Fachkräfte und alle, die im Kontakt mit den Kinder sind, zu sensibilisieren. Denn nicht alle Kinder sind nun klinisch auffallend, sondern es geht etwa um depressive Verstimmungen, die vielleicht gar nicht den Kinderärzten angezeigt werden, sondern die im Kleinen gesehen werden müssen und auf die man reagieren muss.

Ich stimme Ihnen zu, Frau Siemens-Weibring, dass wir insbesondere Kinder in benachteiligten Lebenslagen anschauen müssen und diese unterstützen wollen. Aber uns geht dieses Brennglas-Argument nicht weit genug, zu sagen, den Kindern, denen es vorher schon schlecht geht, gehe es jetzt noch schlechter. Das ist uns zu wenig differenziert. Denn wir sehen in Studien, dass gerade auch Kinder, denen es eigentlich ganz gut geht, die extrovertiert sind, sozial aufgeschlossen, unter den Coronamaßnahmen gelitten haben. Mir ist es daher ein Anliegen, dass wir alle Kinder im Blick haben, ganz im Sinne der Kinderrechte, wenn wir jetzt an die Maßnahmen denken, mit denen wir die Kinder unterstützen können.

Prof. Dr. Dr. Martin Holtmann (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e. V.): Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier zu sprechen. Ich spreche hier für die DGKJP, bin aber gleichzeitig Leiter einer großen Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Westfalen, spreche also auch aus dem Alltag.

Unsere Stellungnahme hat Sie offensichtlich nicht erreicht; das bedaure ich. Wir werden sie über das Ausschusssekretariat nochmals zugänglich zu machen versuchen; wir hatten sie eigentlich rechtzeitig versandt. Die Kerninhalte passen aber ganz gut zu den gerade gehörten Fragen – nach den Belastungen, nach den Bedarfen, danach, ob die Kapazitäten ausreichen, wie der Stand der Versorgung ist.

Wir haben in den Kliniken sowie auch bei den niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen richtig viel zu tun. Aus meiner Klinik kann ich berichten: Wir haben noch nie so viele Akutvorstellungen gehabt wie jetzt, nach Auswertung der Zahlen, im Monat September. Da werden uns sozusagen völlig ungefiltert Kinder und Jugendliche vorgestellt, und dann geht es genau um die Frage, die Frau Langmeyer gerade angesprochen hat: Wer ist – in Führungsstrichen – nur belastet und braucht kein Krankenhaus, und wer ist so schwer betroffen, dass er beispielsweise eine stationäre oder tagesklinische Behandlung benötigt? Das herauszufinden, ist gerade eine Hauptaufgabe für uns. Das hat aber mit Triage – das möchte ich auch noch mal sagen; dieses Wort kursierte ja im Sommer, und wir haben uns vehement dagegen gewehrt – nichts zu tun, sondern es ist seit Jahren unsere Alltagsaufgabe, zu schauen: Wer braucht denn eigentlich was?

Die Versorgungslandschaft ist in NRW sehr heterogen. Es gibt Kliniken mit großen Versorgungsgebieten, die personell gut aufgestellt sind, es gibt Kliniken, die Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung haben. So gibt es etwa in Münster unglaublich viele niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater; in anderen Regionen gibt es sie nicht. Daher ist es ein bisschen schwierig, zu sagen: So und so ist das in NRW. Aber ich glaube, im Großen und Ganzen kann man sagen, dass wir durch die gesamte Pandemiezeit hindurch Kliniken, die wirklich Akuthilfe brauchten, auch versorgt haben.

Gleichwohl sehen wir, spätestens seit Ende der Sommerferien, eine erhöhte Inanspruchnahme, und diese wird auch noch eine ganze Zeit anhalten. Das sind zum einen gewisse Nachholeffekte. Auch wir hatten damit zu kämpfen, dass bei uns junge Väter und Mütter bei ihren Kindern zu Hause geblieben sind, wir also personell ausgedünnt waren. Wir hatten Stationen, die wir wegen Quarantäne schließen mussten. Wir konnten also Fälle, die nicht ganz akut waren, teilweise nicht versorgen, und das holen wir jetzt nach. Es kommen aber auch neue hinzu, bei denen wir denken: Das sind gewissermaßen Coronaopfer. Es sind bestimmte Störungsbilder, die wir insbesondere sehen: Depressionen, Essstörungen, Ängste. Unsere Essstörungsstation läuft über, und wir sehen auch vermehrt Jüngere, also Grundschüler, mit Störungsbildern, die wir eigentlich erst in späterem Alter kannten. – Also, wir haben viel zu tun.

Ich glaube, dass wir einerseits ganz gut aufgestellt sind, gleichzeitig hat aber Corona wie unter einem Brennglas die strukturellen Schwierigkeiten deutlich gemacht. Mir ist wichtig zu sagen: Es kann jetzt nicht einfach der Ruf nach mehr Personal und nach noch mehr Krankenhausbetten ertönen. Das ist aus unserer Sicht keine Lösung. Unser Appell wäre, die Strukturen anzuschauen. Die Probleme, die es dabei eigentlich schon vor Corona gab, werden jetzt nämlich richtig sichtbar. Das hat beispielsweise mit der Art und Weise zu tun, wie die Übergänge zwischen den verschiedenen Versorgungsektoren funktionieren.

Ein Beispiel: Wenn jemand bei uns stationär behandelt wird, dann hat er immer auch massive Schulprobleme wegen seiner psychischen Erkrankung. Dann wird er möglicherweise wochenlang bei uns mit einer schweren Anorexie oder Psychose, Depression, behandelt, und dann geht es um die Frage: Wie kommt er denn jetzt wieder zurück ins echte Leben? Natürlich haben wir eine Klinikschule usw. Aber es geht um diesen Übergang. Die Krankenkassen sagen: Na gut, drei, vier Tage kann er mal einen Außenschulversuch machen, und dann wird er aber auch entlassen. Die Frage, wie es danach weitergeht, die bewältigt man nicht im normalen, ambulanten System, sondern wir bräuchten eine ambulante Reha. Die haben wir aber gar nicht im Bereich psychischer Erkrankungen. Das könnten wir, aber dafür müssten wir Modelle entwickeln, beispielsweise mit der Rentenversicherung und den Krankenkassen, um dies umzusetzen.

Ein anderes Beispiel: Eine integrierte Behandlungsplanung, bei der die Jugendämter mit uns am Tisch sitzen, ebenso wie der öffentliche Gesundheitsdienst, die Schulsozialarbeit oder die Schulpsychologen, wir als Kinderpsychiater – es gibt bestimmt noch mehr –, hängt im Augenblick davon ab, ob man Akteure vor Ort hat, die sagen: „Ja,

lasst uns das machen; wir finden das wichtig.“ Es gibt aber keine verbindlichen Verbundstrukturen in den Kommunen. Es gibt einzelne Modellprojekte; wir selbst sind an einem Projekt in Gütersloh beteiligt. Das ist über das Landesprojekt „Starke Seelen“ finanziert worden. Aber wie das so ist mit diesen Leuchtturm- und Modellprojekten: Wir haben es dann verstetigt, auf eigene Kosten und auf Kosten der Jugendämter, aber anderswo gibt es das nicht. Unsere Anregung an Sie lautet daher: Versuchen Sie doch, das mit auf den Weg zu bringen. Das liegt nicht alles in der Hand des Landesgesetzgebers; aber Sie haben ja durchaus Einfluss auf die Kommunen.

Was den Landesgesetzgeber direkt betrifft, sind strukturelle Schwierigkeiten im engsten Sinne, nämlich die Krankenhausinvestitionen. Wir müssen – glücklicherweise – mittlerweile jeden Euro, den wir von den Kassen kriegen, ins Personal stecken. Das tun wir auch. Aber das heißt, wir haben gar keine Spielräume mehr, wenn das Dach undicht ist. Das scheint jetzt weit weg zu sein vom Thema Corona, aber das sind die strukturellen Schwierigkeiten, die uns im Alltag das Leben wirklich schwer machen.

Jenseits unseres eigenen Faches sind wir sehr dafür, die niederschweligen Angebote – Erziehungsberatungsstellen, insbesondere aber Schulsozialarbeit – zu stärken. Es mag Sie verwundern, dass ich jetzt nicht hier sitze und neue Krankenhausbetten fordere, sondern genau das andere Ende des Spektrums, aber das sind sozusagen unsere geborenen Kooperationspartner. Wenn Sie dafür etwas tun können, tun Sie den Kindern und Jugendlichen einen Riesengefallen. Und wenn Sie gleichzeitig noch an der Baupauschale etwas ändern könnten, wäre allen sehr, sehr geholfen.

Prof.'in Dr. Gaby Flösser (Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e. V.):

Herr Vorsitzender, liebe Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Ich würde die Fragen, die an mich gestellt worden sind, gern in umgekehrter Reihenfolge beantworten und beginne mit der für den Kinderschutzbund zentraleren Frage nach den Kinderrechten und der Frage: Wie kann man das alles, was von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, auf neue Füße stellen?

Wir haben eine bereits langjährige Tradition – und hierzu auch eine gewisse Position –, und die hat sich aus unserer Sicht in Coronazeiten als extrem flüchtig – vorsichtig formuliert – erwiesen. Die Kinderrechte sind nach unserer Auffassung – das haben wir immer gesagt – nämlich längst noch nicht so weit umgesetzt, wie man das tun könnte. Die Kinder sind aus unserer Sicht in der Krise verloren gegangen; das heißt, sie sind aus dem Blick geraten. Man hat sie einfach maximal noch als Risikofaktoren für andere Generationen thematisiert, aber nicht in ihrer eigenen Bedeutung und ihrem eigenen Stellenwert, ihrer eigenen Persönlichkeit – der Landeselternbeirat hat das ja auch gerade mit Blick auf die Kitakinder deutlich gesagt. Da sind uns die Kinder abhandengekommen.

Ich bin überschwemmt worden mit Stellungnahmen des Landesjugendrats, der Landesschülervertretung etc. Es hat niemand zur Kenntnis genommen. Es ist ja nicht so, als hätten sie sich nicht geäußert, aber es ist einfach irgendwie verpufft, im Sande verlaufen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Was resultiert daraus? Aus unserer Sicht müssen in die Landesverfassung die Kinderrechte noch mal expliziter, als das schon der Fall ist – mir ist bewusst, dass es da schon Initiativen gab –, aufgenommen werden, gerade unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung. Dies ist nämlich in der Landesverfassung bislang viel zu wenig ausgeprägt; wir haben dazu ja an anderer Stelle auch schon einen Vorschlag gemacht. Wir haben im nächsten Jahr Landtagwahlen. Machen Sie es wie in Hessen und in Bremen; verbinden Sie es mit der Landtagswahl, und lassen Sie die Bevölkerung darüber abstimmen, die Kinderrechte in der Landesverfassung mit zu verankern. Das würde aus unserer Sicht einen Haltungswechsel in dem ganzen System dokumentieren; die Kinder würden nämlich tatsächlich in ihrer Position gestärkt, und das Kindeswohl würde zum Primat gemacht, und dies wäre nicht irgendwelchen anderen Politikfeldern untergeordnet. – Das ist sozusagen mein Eingangsstatement.

Ein kleiner Hinweis zur Frage von Frau Paul: Wir haben – das geht ein bisschen in die Richtung, die Herr Holtmann eben eingeschlagen hat – als Kinderschutzbund in der Coronazeit einen starken Verantwortungsrückzug der öffentlichen Jugendhilfe beobachtet und damit einhergehend eine Übergabe von Verantwortung in die Familien, die aber nicht mehr begleitet wurde. Ich glaube, dass dadurch viele Familien ernsthaft ins Wanken gekommen sind – und das liegt nicht daran, dass sie sich nicht angestrengt haben oder nicht alles unternommen haben, was in ihren Kräften steht, sondern das ist schlicht eine Überforderungssituation gewesen.

In Richtung der Frage der FDP-Fraktion ist zu sagen – ich möchte es etwas ausweiten –: Die Wohnungstür war für das Thema Kindeswohlgefährdung sozusagen das zentrale Stoppschild. Man hat nicht mehr dahinter geguckt. Das hat wieder etwas mit Beteiligung zu tun; es gab nämlich keine Bezüge mehr zu den Kindern. Das Fachpersonal war im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe nicht mehr der Ansprechpartner; die mussten sich neue Wege suchen. Beziehungen sind abgebrochen, die zuvor zu Erzieherinnen bestanden hatten, die zu Lehrkräften bestanden hatten. Kinder haben keine sozialen Kontakte mehr mit anderen Kinder gehabt; aber dass gleichzeitig auch ganz viel an pädagogischen Qualitäten – auch in Sportvereinen etc. – weggebrochen ist, das ist, glaube ich, ein zentraler Punkt, den man ebenfalls zur Kenntnis nehmen muss. Damit ging ein deutlicher Qualitätsverlust in Fragen der Beziehungsgestaltung einher.

Das zeigt sich auch in den Jugendämtern. Deswegen gibt es – Frau Langmeyer hat es gerade ausgeführt – keine wirklich validen Zahlen zur Frage der Kindeswohlgefährdung. Einige prognostizieren, dass uns da noch eine ganze Welle auf die Füße schwappt, wenn sich das nun stabilisiert mit öffentlichen Einrichtungen, die auch mal hinter die Wohnungstüren gucken können; andere sagen, die Speerspitze liege hinter uns. Ich weiß es nicht; ich bin da unentschlossen. Wir als Kinderschutzbund können nur sagen: Natürlich sind bei uns weniger Meldungen eingegangen, einfach, weil wir gar nicht mehr präsent waren. Erziehungsberatungsstellen etc. waren ja gar nicht mehr geöffnet; alles, was wir im Bereich der Jugendfreizeit organisieren, hat nicht stattgefunden. Von daher schwimmen wir da sehr; das heißt unserer Auffassung nach im Umkehrschluss aber nur: Wir müssen verstärkt auf die Konstanz in den Beziehungen achten.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Das führt mich zu dem Anliegen des Kinderschutzberichts, den wir nachträglich unterstützen; wir haben ja in unseren Stellungnahmen schon manches Mal darauf hingedeutet, z. B. zum Antrag der SPD, den wir letztens behandelt haben. Wir fänden das sehr hilfreich und würden uns dem Städtetag da ausdrücklich anschließen. Eine Jährlichkeit macht keinen Sinn; dann wäre wer auch immer permanent nur damit beschäftigt, Berichte zu verfassen, aber keiner weiß, was da kommen soll.

Welchen Turnus Sie wählen, ist egal. Aus den Erfahrungen mit Jugendberichten insgesamt würde ich aber vorschlagen, die Berichtspflicht nicht an das Ende einer Legislaturperiode zu knüpfen. Denn dann fühlt sich die kommende Regierung nicht verpflichtet, und die alte Regierung sagt: Das konnten wir nicht mehr machen. Daher macht es eher Sinn, das irgendwo in den laufenden Prozess zu integrieren.

Was der Kinderschutzbericht enthalten sollte, sind nach unserer Auffassung weniger eine Leistungsbilanz – wie man das häufig ja hat; im Jugendbericht NRW, der auch regelmäßig vorliegt, ist bereits von den Maßnahmen die Rede, die von öffentlicher Seite ergriffen werden – und Informationen dazu, was die Freien Träger dann ihrerseits noch dazutun, sondern ich fände es spannend, wenn man sich auf ein Programm der Nachhaltigkeit konzentrieren und sagen würde: Die und die Maßnahmen haben wir ergriffen, die tatsächlich dazu führen, dass das System nicht wieder so fragil wird, wie es jetzt war, sondern stabiler aufgestellt werden kann, und das gerade auch im Sinne von Vernetzung.

Das führt mich zu meinem letzten Stichwort: Ich glaube, Kinder und Jugendliche sind die größten Opfer der Pandemie gewesen. Aber die Kooperation, die für alle Fragen des Kinderschutzes zentral ist und die gerade in puncto Kindeswohlgefährdung ein Hauptaugenmerk verdient, ist in dieser Zeit eben auch zum Erliegen gekommen. Welche Fachkraft konnte denn mit einer Fachkraft aus einem anderen System – und wir wissen, dass die Kooperation von persönlichen Kontakten lebt und nicht von irgendwelchen abstrakten Regelungen, wen man wann informieren muss; das muss ja gelebt werden – sich austauschen? All dies hat eben auch nicht stattgefunden.

Das jetzt zu restaurieren, ist, glaube ich, der erste Ansatz. Die Herausforderung wird aber darin bestehen, das System so aufzustellen, dass das krisenfest passieren kann.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Thema Beteiligung sagen: Das kann nur unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen passieren; denn die wissen am ehesten, wo sie der Schuh gedrückt hat.

Um noch eine Mitorganisation des Kinderschutzbundes anzuführen: Wir haben ein Sorgentelefon, die „Nummer gegen Kummer“. Die Zahlen der Anrufe dort sind während Corona explodiert – und es sind erstaunlicherweise nicht nur Kinder und Jugendliche, die dort versucht haben, ihre Nöte loszuwerden, sondern auch Eltern, die gesagt haben: Wir sind so hart an der Kante, dass wir nicht wissen, ob wir weiterhin stabil mit unseren Kindern umgehen können und nicht im nächsten Moment tatsächlich die Fassung verlieren und etwas passiert.

Der Bedarf ist also riesig, ein System aufzubauen, das nicht gleich wieder die Kontrolle verliert. Kinder und Jugendliche müssen da unbedingt mit hinein, und da geht es nicht

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

nur – vielleicht grenze ich mich da etwas ab von den vorherigen Beiträgen – um formale Beteiligung in irgendwelchen Gremien, sondern das macht nur dann Sinn, wenn Kinder und Jugendliche auch etwas zu entscheiden haben. Ansonsten nämlich verlieren sie relativ schnell die Lust daran. Nur mitreden, aber ohne dass dabei etwas rauskommt, was in ihrem Sinne ist, ist auf Dauer ein ermüdendes Geschäft und wird – das weiß ich aufgrund meiner Erfahrungen mit der Sozialplanung und der Kinder- und Jugendhilfeplanung – nicht zum Erfolg führen. Es geht darum, Kindern und Jugendlichen tatsächlich Spielräume zu geben, in denen sie entscheiden können, und diese auch entsprechend auszustatten. Andernfalls reden wieder Erwachsene mit Kindern und über Kinder und nicht Jugendliche, Kinder, mit Erwachsenen gleichberechtigt und auf Augenhöhe.

Dr. Christiane Thiele (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V.): Herr Vorsitzender, liebe Ausschussmitglieder, herzlichen Dank für die Einladung. Eine kurze Information vorab: Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte hat zufällig seine Zentrale in Köln und nicht in Berlin. Herr Dr. Fischbach ist Präsident des Berufsverbands auf Bundesebene. Zufällig ist er aber mein Vorgänger; ich bin seit sechs Jahren Landesvorsitzende – also in der zweiten Amtsperiode. Deswegen wird er immer eingeladen, weil eben die Zentrale in Köln ist und er in Solingen. Aber tatsächlich sind Herr Dr. Heidemann und ich hier für NRW zuständig, da die Ärztekammern in Nordrhein und in Westfalen-Lippe geteilt wurden. So ist das ja auch bei den Kassenärztlichen Vereinigungen; auch unser Berufsverband hat also diese Trennung.

Mir wurden von Herrn Hafke zwei Fragen gestellt. Die erste Frage war: Wie viel sehen wir überhaupt an psychischen Belastungen? Dazu hat Herr Holtmann schon sehr umfassend geantwortet. Auch bin ich eher die klassische Praktikerin; ich bin niedergelassene Kinder- und Jugendärztin in einer Praxis in einer Kleinstadt, in Viersen am Niederrhein. Herr Dr. Heidemann macht genau das Gleiche in Bielefeld. Wir sprechen also aus der Praxis; das haben Sie auch unserer Stellungnahme entnehmen können.

Wir sehen ganz klar: Ja, es sind mehr Anfragen. Es werden uns mehr Auffälligkeiten berichtet, und – das wurde auch schon gesagt – es sind auch die Eltern, die sich an uns wenden. Unsere Klientel im Jugendalter, da gibt es mal Einzelne, die mit depressiven Episoden zu uns kommen. Aber was wir sehen, ist vor allem das Grundschulalter; da kommen Eltern zu uns, die einfach auch an ihrem eigenen Limit sind, die vielleicht das nun erleben, woran zuvor die Lehrerin schon ein paarmal Kritik geübt hat – dass dieses Kind doch sehr unruhig und konzentrationsschwach ist und sich vielleicht in einer Klasse nicht gut einfügt und die Mitschüler haut. Diese Kinder hatten jetzt ein Jahr lang Homeschooling, und es war nicht mehr so, dass das Kind für ein paar Stunden zu Hause ist und dann an einem anderen Ort, sondern die Eltern mussten parallel Homeoffice machen, vielleicht noch zwei Geschwister betreuen und dann mit zwei verschiedenen Computer das Homeschooling mit managen – und dann ist ein Kind dabei, das sich schwerer mit allem tut.

Ich glaube, durch Corona sind viele Probleme erst so deutlich zutage getreten. Ich weiß gar nicht, ob es mehr Veranlagungen zu psychischen Auffälligkeiten gibt, aber

wir wissen bei vielen Erkrankungen, dass es einen Trigger braucht. Und dieser Trigger war Corona. Deswegen wird mehr gefragt.

Herr Holtmann hat als Kliniker letztendlich die „Hardcore-Patienten“ – ich habe selbst einmal in der Jugendpsychiatrie gearbeitet –: Wer stationär kommt, hat vorher schon einiges durchgemacht. Was wir aber sehen, ist tatsächlich das Problem bei den niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychotherapeuten, also den psychologischen Therapeuten, wo es nicht um Medikation geht, sondern wo es manchmal auch nur um drei Interventionsgespräche geht, um die Eltern in ihrer Kompetenz zu stärken – „Du machst das richtig! Wie dein Kind reagiert, das ist übrigens normal.“ Und das reicht häufig aus. Aber diesen Termin kriegen die Leute auch nicht.

Dabei treten uns momentan die Krankenkassen unglaublich vor das Schienbein. Früher war es so: Wer bei einem psychologischen Psychotherapeuten einen Platz wollte, musste etwa fünf anfragen, und wenn er da entweder direkt abgewiesen wurde oder auf eine Warteliste von mindestens einem halben Jahr kam, hatte er die Möglichkeit, bei einem genauso qualifizierten, nur eben aufgrund unserer Bedarfsplanung nicht durch die KV zugelassenen psychologischen Psychotherapeuten im Erstattungsverfahren eine Platz zu bekommen. Und jetzt, wo wir wirklich überhaupt niemanden mehr unterkriegen und diese Leute gebraucht werden, bekomme ich ständig von Krankenkassen irgendwelche Anfragen und soll seitenweise begründen, warum da eine Dringlichkeit gegeben ist – und dann wird das häufig noch abgelehnt. So etwas hatten wir vorher nicht. Da besteht tatsächlich ein zusätzliches Problem, da diese Kinder da nicht unterkommen.

Außerdem ist mir noch wichtig: Es geht nicht nur um die jetzt akuten psychischen Probleme. Es kam bereits zur Sprache: Wir haben Adipositas, Bewegungsmangel. Die Frage ist: Was ist eigentlich mit denen, vielleicht im Alter von 13 Jahren, die immer schon mollig waren und jetzt richtig übergewichtig wurden? Die werden dann vielleicht in zwei Jahren, mit 15, magersüchtig. Wir wissen noch gar nicht, was eigentlich in zwei Jahren ist.

Deswegen sprechen wir als Berufsverband uns auch sehr dafür aus, dass vernünftige Studien gemacht werden, und zwar jetzt, longitudinal und studienbegleitend – nicht dass wir in zwei Jahren dann rückblickend wieder sagen: Ah, da muss etwas gewesen sein. Es geht darum, jetzt gut zu beobachten: Was passiert eigentlich? Denn vielleicht kommt mal wieder eine Pandemie.

Sie fragten dann: Welchen Auftrag hätte denn Politik? Unter dem Aspekt der Kinder und Jugendlichen – die wir als Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte ja vertreten – ist es wichtig, diese tatsächlich wahrzunehmen, auch wenn sie nicht wahlberechtigt sind. Schon bevor die Schulen geöffnet wurden – offen sind sie jetzt ja schon wieder eine Weile – durften die Menschen wieder Restaurants besuchen, sie durften in den Urlaub fliegen, sie durften ins Theater gehen. Die Wahlberechtigten durften ihren Hobbies nachgehen. Und die Kinder und Jugendlichen? Die durften nicht in die Schule. Und jetzt haben wir wieder dieses Situation. Die Arbeit hat sich bei sehr vielen Leuten doch deutlich normalisiert. Auch wer im Homeoffice war, geht nun wieder zur Arbeit; soziale Kontakte können wieder gepflegt werden. Und die Kinder und Jugendlichen

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

werden zwei- bis dreimal pro Woche in der Schule getestet, und zwar entgegen aller Gesetzgebungen.

Der Minister ist toll, das muss ich ganz ehrlich sagen; mit Herrn Stamp haben wir ja einen sehr engen Kontakt. Er setzt sich sehr dafür ein. Aber das, was auf der Ebene der Kitas umgesetzt wird – das ist auch schwierig. Und da wünschen wir uns tatsächlich politisch richtig klare Ansagen. Wer eine Schnupfennase oder ein bisschen Husten hat, ist früher trotzdem immer in die Kita oder in die Grundschule gegangen. Wenn dann noch ein negativer Schnelltest vorliegt, gibt es keinen Grund, dass Eltern mit ihren Kindern wieder zu Hause bleiben müssen. Denn auch da zeigt sich, was gerade schon gesagt wurde: Während alle anderen so allmählich doch aufatmen, sind die Familien immer noch unter Daueranspannung, und zwar Eltern wie Kinder. Und angespannte Eltern machen auch wieder angespannte Kinder. Da brauchen wir politisch einfach klare Ansagen. Kinder und Jugendliche haben Rechte, und das Recht auf Bildung steht über dem Recht, sich ungeimpft in irgendwelche Kneipen zu setzen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg (AFKJ): Vielen Dank – auch für den „Werbeblock“; wir werden es Herrn Stamp ausrichten.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist jetzt 15:20 Uhr. Wir müssten gegen 15:45 Uhr hier noch eine Umbauphase für die nächste Anhörung, die um 16:00 Uhr beginnt, einkalkulieren. Deshalb eröffne ich jetzt die zweite Runde – die, das will ich damit sagen, deutlich knapper werden muss. – Zuerst Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank für diese sehr ausführliche erste Runde, in der, glaube ich, schon sehr viel angesprochen wurde. Ich will daher nur noch sehr knapp auf zwei Aspekte eingehen.

Frau Siemens-Weibring, Sie sind in Ihrer Stellungnahme darauf eingegangen, dass es eine besondere Situation für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen gibt. Vielleicht können Sie noch mal kurz skizzieren, was jetzt akut die besonderen Bedarfe sind? Denn es hat ja sehr lange gedauert, bis Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen überhaupt wieder in den Regelunterricht oder überhaupt in einen Unterricht gehen konnten.

Meine zweite Frage richtet sich an Sie, Herr Hahn, oder auch an Frau Weber: Sie heben in Ihrer Stellungnahme auf die Frage des Kinderschutzes ab und sagen, dass in manchen Kommunen die Strukturen vielleicht nicht so vorhanden sind, wie sie in anderen Kommune vorhanden sind – Zusammenschlüsse, mobile Angebote etc. Was bräuchte es denn, um den Kinderschutz – auch im Sinne dessen, was Frau Flösser gesagt hat, nämlich einer strukturellen, dauerhaften Stärkung – wirklich in jeder Kommune zu stärken?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Jens Kamieth (CDU): Auch ich habe eine Frage an Frau Siemens-Weibring: Sie sprechen die psychosoziale Beratung in den Familienberatungsstellen an. Was braucht es da aus Ihrer Sicht kurzfristig, um noch besser beraten zu können – auch vor dem Hintergrund Finanzen und Personal?

Meine zweite Frage geht an Frau Tölke. Stichwort Kinder- und Jugend-Förderplan – da fördern wir als NRW-Koalition ja schon ein breites Spektrum an Angeboten und Entwicklungsräumen. Was besteht nach Ihrer Wahrnehmung da noch an Stärkungsbedarf?

Meine letzte Frage geht an Herrn Prof. Holtmann. Man hat es gerade gemerkt, Herr Hahn spricht von 2G, und da geht in einer Ecke dieses runden Raumes sicherlich der Puls hoch. Wir haben in anderen Bereichen gesehen – Maskenpflicht –: Die einen wollen die Kinder angeblich ersticken, die anderen wollen eine Durchseuchung. Wir befinden uns in einer Situation ohne Farbschattierungen. Es gibt eigentlich nur noch Schwarz und Weiß. Meine Sorge ist: Inwieweit können wir Kinder und Jugendliche in diesem Kontext tatsächlich in die Entscheidungsfindung einbinden? Man bekommt es am eigenen Leib zu spüren: Man will mit Freunden – oder dann ehemaligen Freunden – nichts mehr zu tun haben, weil die einfach irgendwie völlig anders ticken, weil sie die Wissenschaft negieren usw. Besteht da nicht die Gefahr, dass Jugendliche ähnliche Erfahrungen machen und damit vielleicht schlechter umgehen können als wir, die wir in einem etwas gesetzteren Alter sind?

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Ich fasse mich in der zweiten Runde ebenfalls kurz; meine Frage richtet sich auch noch mal an Sie, Frau Dr. Thiele. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch einige Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die in die Richtung gehen: So viel Normalität wie möglich für Kinder und Jugendliche. Inwiefern glauben Sie denn, dass die Maßnahmen des Antrags tatsächlich förderlich sind, um die Belastung von Kindern und Jugendlichen zu verringern?

Zum anderen hatten Sie auch das Thema Adipositas angesprochen. Welche Fördermaßnahmen oder sportliche Förderung müsste es darüber hinaus noch geben, eventuell auch gefördert von den Krankenkassen, um die Gewichtszunahme, die ja ohne jeden Zweifel in der Pandemie bei vielen Kindern und Jugendlichen – und natürlich auch bei uns Erwachsenen – zu beobachten ist, zu bremsen? Dabei geht es auch darum, die Motivation zu finden, um aus diesem „Couchpotato“-Modus auch wieder herauszukommen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe noch eine Frage an Frau Thiele, Herrn Holtmann und Herrn Hahn: Wenn man Belastungen von Kindern und Jugendlichen feststellen will, dann gibt es bestimmte Instrumente, die heute schon etabliert sind; ich denke da an die Schuleingangsuntersuchung. Die Schuleingangsuntersuchungen sind in der Coronazeit nicht vollumfänglich durchgeführt worden. Vielleicht können Sie uns einen Eindruck davon geben, was das größenordnungsmäßig bedeutet hat und welche Folgen es hat, dass die Schuleingangsuntersuchungen nicht vollumfänglich durchgeführt werden konnten.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Was mich dabei besonders interessiert: Wäre das die geeignete Stellschraube gewesen, um Belastungen zu erkennen, und ist es das im Alltag möglicherweise auch? Gibt es also zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und den Kinder- und Jugendärzten, die diese Untersuchungen durchführen, den entsprechenden Austausch, oder müsste sich auch in diesem Bereich etwas verändern; müssten wir da zu Veränderungen kommen, damit das für Kinder noch zielgerichteter wirken kann?

Helga Siemens-Weibring (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Frau Paul, Sie hatten gefragt, welche besonderen Bedarfe Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen haben. Ich habe in der letzten Woche eine sehr beeindruckende Vorstellung im COVID-Fachgesprächsgremium durch die Vorsitzende der Lebenshilfe gehört, die sehr deutlich sagte, dass natürlich alle Anforderungen, die in der Coronazeit an Familien mit „normalen“ Kindern gestellt worden sind, für Kinder mit geistigen Behinderungen einfach wesentlich größer waren. Das beginnt beim digitalen Lernen, was in den Förderklassen ja gar nicht möglich war; es geht weiter mit der elterlichen Betreuung – die für Kinder mit Behinderungen wesentlich intensiver ist –; zudem kann die soziale Isolation in diesen Familien häufig überhaupt nicht aufgefangen werden, weil die Kinder wirklich nur noch auf die Eltern bezogen sind, die dann diverse Rollen haben. Frau Dr. Flösser hatte es eben auch schon gesagt: Es ist nicht nur so, dass sie Eltern sind, sie sind Lehrer und Lehrerinnen; sie sind Freundinnen und Freunde, sie betreuen vielleicht noch ihre alten Eltern. Und die Kinder erleben sie in einer völlig ausgeweglosen Situation. Bei Kindern mit kognitiven Schwierigkeiten ist es natürlich besonders schwierig, das zu vermitteln.

Ich würde also sagen, die Familien haben genau die gleichen Probleme, aber in einer wesentlich höheren Intensität. Und die soziale Isolation war, weil die Förderschulen nicht geöffnet waren, riesengroß.

Hinzu kommt vielfach auch noch die Frage der Masken; bei Kindern, die ihr Gegenüber nicht verstehen, wenn die Maske im Gesicht ist, ist keine Möglichkeit zur Kommunikation gegeben.

Da gibt es aber gute Expertinnen und Experten, die dies auch gut aufgearbeitet haben und die man befragen könnte.

Ähnlich ist es natürlich in den Familien mit Migrationshintergrund; auch da haben wir die sprachlichen Barrieren, auch da haben wir fehlende digitale Endgeräte und alles, was noch dazugehört, sodass solche Kinder und Jugendlichen – schon normale Familien waren stark belastet; Frau Langmeyer, da bin ich völlig bei Ihnen – dies noch mal sozusagen potenziert erlebt haben.

Was braucht es in der psychosozialen Beratung, in der Familienberatung? Personal, Räume und Zeit, Herr Kamieth. – Es tut mir leid, aber es ist so. Geld ist natürlich das, was dahinter steht. Aber was wir gemerkt haben, ist, dass gerade diese niederschweligen Angebote weggebrochen sind, diese Gruppensitzungen, bei denen ganze Familien, Familien etwa aus bestimmten Vierteln, gemeinsam da waren und wo es eben

nicht nur darum ging, ein spezielles Problem zu beraten, sondern wo in der Beratung auch Netzwerke entstanden sind, wo Hilfestellung geleistet wurde, wo sich Eltern aus unterschiedlichen Gruppen auch verabredet haben, um Probleme, die nicht so groß sind, um in einer psychologischen Beratung angesprochen werden zu müssen, auch niederschwellig angegangen werden, wo man zusammen mit Eltern mit Migrationshintergrund in Kleiderkammern ging, weil sie sich alleine nicht getraut haben.

Für solche niederschweligen Angebote braucht es Beziehung und Vertrauen – und dazu wiederum braucht es Zeit, und es braucht Räume. Genau das aber ist in dieser Zeit viel zu kurz gekommen. – Ich glaube, es ist nichts Neues, was ich Ihnen da erzähle, aber das ist das, was wir erleben; es sind Probleme, die es schon vorher gab, die sich aber nun deutlich ausgewirkt haben.

Stefan Hahn (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Was uns zum Thema Kinderschutz – da gab es ja schon verschiedenste Sitzungen; wir werden dieses Thema heute auch nicht zum letzten Mal erörtern – sehr umtreibt: Natürlich haben wir Jugendämter, die im Bereich Kinderschutz besser aufgestellt sind, und Jugendämter, die nicht so gut aufgestellt sind. Unser gemeinsames Anliegen sollte es sein, landesweit einen guten Standard zu haben.

Bei dieser Gelegenheit ist mir auch wichtig, zu betonen – gerade in diesem Ausschuss –, dass Sie mit uns gemeinsam nochmals deutlich machen – ohne die Verantwortung von den Jugendämtern wegschieben zu wollen –: Wir sehen am Beispiel der Frühen Hilfen, dass dies auch eine Frage der Netzwerkarbeit ist. Nur auf die Jugendämter zu schauen, ist uns, wenn es um Kinderschutz geht, ein bisschen zu kurz geblieben. Es braucht die Akteure von Polizei, Schule, Ärzteschaft und von vielen, vielen mehr – natürlich sind das ohnehin unsere Partner in der Jugendhilfe –, damit man dann zusammenarbeitet.

Wir haben in den letzten Jahren bei den Frühen Hilfen erlebt, dass diese Netzwerke, die dort geschaffen wurden, sehr wertvoll waren, dass sie aber an den verschiedenen Stellen durchaus Lücken hatten, im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn man zusammenkam, waren oftmals Plätze frei, und wenn man sich anschaute, welche Plätze das waren, so war das vor allem – das bitte ich nicht als Kritik zu verstehen – z. B. im Bereich der Ärzteschaft. Denn Ärzte können tagsüber, wenn solche Sitzungen stattfinden, eben nicht ohne Weiteres dabei sein. Für diese Arbeit wurden sie auch nicht refinanziert. Deswegen ist es uns ein wichtiges Anliegen an dieser Stelle, Sie zu bitten, in Richtung Ihrer Fachkollegen motivierend zu wirken, dass nicht nur das Kinder- und Jugendhilferecht angepasst wird, sondern die weiteren Akteure – vielleicht auch per gesetzlichem Auftrag – ebenfalls dazu verpflichtet werden, mitzuwirken.

Die andere Frage kam von Herrn Maelzer: Herr Maelzer, tatsächlich sind die Schuleingangsuntersuchungen drastisch zurückgefahren worden. Ich kann Ihnen nicht sagen, in welchem Umfang, aber ich würde nicht die Hand dafür ins Feuer legen, dass überhaupt auch nur ein Bruchteil der Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt wurden. Denn die Gesundheitsämter waren durch die akute Situation in der Coronakrise nun einmal außerordentlich stark belastet.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Noch immer sind die Gesundheitsämter sehr stark belastet; wir hoffen aber ein Stück weit, dass es im nächsten Jahr, und zwar frühzeitig vor dem kommenden Schuljahr, auch wieder losgehen kann. Insoweit war man dann bei der Frage: „Wie geht es den Kindern vor der Einschulung? Sind die Kinder schulreif“ auch auf andere Strukturen angewiesen. Gott sei Dank gab es auch Eindrücke von Erzieherinnen und Erziehern und von Kitaleitungen sowie anderen Strukturen, etwa die Einschätzung von Kinder- und Jugendärzten. Aber der Wunsch wäre gewesen, darüber nachzudenken, ob die Schuleingangsuntersuchung zwingend durch die Gesundheitsämter durchgeführt werden muss oder ob es nicht andere Strukturen, beispielsweise auch die niedergelassenen Kinder- und Jugendärzte, gibt, die mit unterstützen können. Warum muss diese Aufgabe bei den Gesundheitsämtern liegen, warum kann dies nicht dezentraler organisiert sein?

Maja Tölke (Landesjugendring NRW e. V.): Ich antworte auf die Frage zum Kinder- und Jugendförderplan von Ihnen, Herr Kamieth: Grundsätzlich sind wir mit einem ordentlichen Kinder- und Jugendförderplan des Landes ausgestattet, der auch eine Dynamisierung hat, die sehr wichtig für uns ist. Wir setzen in die Gespräche, die wir führen, die große Hoffnung, dass uns diese Dynamisierung auch in Zukunft erhalten bleiben wird. Wichtig ist dies, um überhaupt in die Zukunft planen zu können.

Auch das Thema Fachkräfte beschäftigt uns in der Jugendarbeit natürlich; dies ist eine wichtige Grundlage, damit die große Zahl der Ehrenamtlichen eine Basis an Hauptamtlichen für die strukturelle Aufrechterhaltung der Jugendarbeit haben.

Für uns ist es im Moment gut, dass wir im regelmäßigen Austausch mit dem Ministerium sind – die Vertreterinnen und Vertreter sind heute ja auch anwesend –, um mit Blick auf die weitere Planung des Kinder- und Jugendförderplans ab 2023 unsere Bedarfe und Anmerkungen rückmelden zu können.

Was für uns ganz wichtig ist, ist, dass wir weiterhin in dieser sogenannten FAQ-Runde im Kontakt bleiben mit den beiden Landesjugendämtern und dem Ministerium. In dieser Runde übersetzen wir quasi die allgemeine Corona-Schutzverordnung in das Feld der Jugendarbeit. Wir wissen über alle Strukturen hinweg bis zu den Ehrenamtlichen vor Ort, wie wichtig das Ergebnis dieser Runde ist. Die Ausdifferenzierung der Regeln in die praktische Arbeit vor Ort ist die Grundlage, damit Ehrenamtliche überhaupt in dieser krisenhaften Situation in die Lage versetzt werden, Maßnahmen durchzuführen und sich dabei an den Regeln zu orientieren.

Wir wissen aber auch, dass in manchen Gruppen vor Ort durchaus Strukturen weggebrochen sind, weil der Stress auch für Ehrenamtliche so groß ist, überhaupt in ihrem Leben einfach zu überleben, was dazu führt, dass das Ehrenamt deutlich nach hinten gerückt ist. Ich kann hier noch keine Übersicht geben, wie stark das über alle Vereine und Verbände hinweg zutrifft; in dieser Situation sind wir noch nicht mit Blick auf den Winter. Gleichzeitig wissen wir, dass dieses Regelwerk auch ein Gerüst war, sodass Maßnahmen stattfinden können.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Grundsätzlich sind unsere Strukturen, unsere Gruppen offen zugänglich für Kinder und Jugendliche. Die Sommermaßnahmen haben stattgefunden und waren ein ganz wichtiger Anker.

Es sind durchaus neue Fragen, die auf uns zukommen; z. B. gibt es einzelne Gruppen, die sich gerade überlegen: Müssen wir in den Jugendverbänden stärker Elternarbeit machen, um einen guten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen zu haben? Das ist ein Feld, in dem wir sonst vielleicht nicht die größte Expertise haben und bei dem wir uns auch qualifizieren und uns austauschen müssten, um dort besser zu werden.

Es war ja eine große Angst, dass in einer Generation von Jugendlichen, die grundlegend ausgebildet werden auf dem Standard der sogenannten Juleica, ein ganzer Jahrgang nicht stattfinden konnte, nicht bei uns angekommen ist. Wir merken im Moment aber, dass die Nachfrage groß ist. Zum Glück kommen auch Jugendliche, die quasi ein Jahr gewartet haben. Und was ich wirklich bemerkenswert finde: Es gibt auch Jugendliche, die sich ein ganzes Jahr lang auf Basis digitaler Formate ausgebildet haben und die sagen: Das war zwar gut, aber jetzt mache ich das Ganze noch mal in Präsenz – quasi eine zweite Ausbildung, um endlich alle Freunde und Freundinnen auch in echt kennenzulernen und dieses Gemeinschaftserlebnis nachzuholen.

Das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“, das ja auch in NRW umgesetzt wird, war schon in diesem Sommer sehr wichtig für uns. Wir konnten viel mehr Kindern und Jugendlichen Maßnahmen ermöglichen, indem wir mithilfe dieses Programms Teilnahmebeiträge senken konnten. Auch mit Blick auf 2022 ist das wichtig; allerdings kann das nur ein Anfang sein. Wir alle wissen nicht genau, welche Auswirkungen die Lage auf Kinder und Jugendliche hat, wie die Pandemie mittel- und langfristig wirken wird. Da brauchen wir sicherlich weitere finanziell gut ausgestattete Programme, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen Angebote machen zu können, um eben auch flexibel zu sein und auch die Familien, die Kinder und Jugendliche in belasteten Situationen gezielt unterstützen zu können. Das ist immer unser Anspruch: Es soll nicht am Geld scheitern.

Prof. Dr. Dr. Martin Holtmann (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e. V.): Zur Frage der Impfungen – pro und contra 2G –: Diese zugespitzte Debatte ist ja Ausdruck der allgemeinen Polarisierung, die wir in der Gesellschaft haben. Wenn ich darauf eine Antwort hätte, würde ich den Preis für gesellschaftliche Kohäsion gewinnen oder so. Ich habe aber diese Antwort nicht. Meine nüchterne Feststellung ist: altersgerechte Aufklärung, Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, BZgA, mit fantasievollen Kampagnen auch Jugendliche davon überzeugen, sich impfen zu lassen. Der Streit wird auf den Schultern der Kinder und Jugendlichen ausgetragen; das ist richtig. Aber ich habe keine einfache Lösung dafür. Wir beobachten das auch mit Sorge.

Wir als Ärzte würden uns für die Krankenhäuser und möglicherweise auch für die Schulen eine Impfpflicht für die Angestellten wünschen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Herr Maelzer, zu den Schuleingangsuntersuchungen ist gerade schon etwas gesagt worden. Die an mich gerichtete Frage war eher: Ist das das geeignete Instrument, um psychische Erkrankungen sozusagen zu screenen? Da bin ich ein bisschen skeptisch. Ich würde diese Eingangsuntersuchungen nicht abschreiben wollen; aber die Kolleginnen und Kollegen, die diese Untersuchung machen, sind zu weit weg vom Alltag dieser Kinder. Die haben punktuell einmal Kontakt, aber sie beobachten nicht die Entwicklung. Das heißt, die brauchen wir möglicherweise auch, aber was wir eigentlich brauchen, sind Netzwerkstrukturen derjenigen, die im Alltag mit den Kindern zu tun haben – in den Kitas, später in den Schulen, etwa Schulsozialarbeiter.

Deswegen sind ja die Inanspruchnahmen von Hilfen zurückgegangen, weil diese Früherkennungssysteme mit der Schließung der Kitas und der Schulen weggefallen sind. Diese Seismografen, die jeden Tag diese Kinder erleben und merken: „Jetzt passiert was“, die brauchen wir. Von daher wiederhole ich meinen Appell von vorhin: Schaffen Sie doch erst mal modellartig in einzelnen Kommunen verbindliche Verbundstrukturen, wo Gesundheitsamt und Ärzte und Kinderpsychiatrie und Schulpsychologen zusammensitzen und diese Kinder wie in Fallkonferenzen besprechen und auch sehen. Das wäre, meine ich, erfolgversprechend.

Dr. Christiane Thiele (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V.): Sie fragten, ob die in diesem Antrag formulierten Maßnahmen förderlich sind. Das sind ja ganz viele Maßnahmen, und ich würde sagen: Zum größten Teil ja – wenn die Ergebnisse hinterher dann nicht in der Schublade landen. Ich glaube, das ist das Hauptproblem. Der Antrag, der gestellt wurde, kommt jetzt von den Grünen; ich glaube aber, dass sich völlig parteiunabhängig Menschen mit vielem identifizieren können. Hier ist doch keiner im Raum, der nicht möchte, dass es Kindern und Jugendlichen gut geht und dass wir wissen, wie es ihnen geht und was wir machen können.

Das Problem ist bei vielen Punkten: Da wird irgendeine Studie gemacht, oder eine Maßnahme wird angestoßen mit irgendeiner Projektfinanzierung; die Studie landet in der Schublade, und das Projekt läuft aus. Ich glaube tatsächlich, ganz viel davon ist sinnvoll – wenn es denn auch so umgesetzt wird, dass es Nutzen bringt.

Sie haben jetzt auf das Thema Adipositas hingewiesen. Ich glaube, dafür bräuchten wir eine Extrasitzung. Adipositas ist so komplex. Wir können uns gern mal austauschen. Das ist ja ein Riesenthema. Adipositas ist ein Resultat aus dem Bewegungsmangel, vielleicht auch dem Essverhalten, dem Essen aus Langeweile während der Pandemie. Ich könnte Ihnen jetzt zehn Maßnahmen auflisten, aber ich glaube, das würde die Sitzung sprengen. Wie gesagt, ich bin gern bereit, das Thema mal in Ruhe zu erörtern.

(Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Ja, sehr gern!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg (AFKJ): Vielen Dank, Frau Dr. Thiele. – Ihnen allen herzlichen Dank für Ihre wertvolle Arbeit. Ich glaube, solche kleinen Einblicke in Ihre Arbeit versetzen uns doch in die Lage, etwas intensiver darüber nachzudenken, welche Schritte wir politisch unternehmen können.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Ich danke Ihnen sehr herzlich, dass Sie heute Nachmittag Zeit für uns hatten. Ganz besonders möchte ich mich auch bei Ihnen, Frau Heimann, bedanken, dass Sie mit Ihrer kleinen Tochter den Weg auf sich genommen haben, um einen Beitrag zu leisten. Das finde ich ganz großartig.

(Beifall)

Ich hatte den Eindruck, es ist eine sehr entspannte junge Dame; sie hat ja auch relativ gut zugehört.

(Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen allen einen hohen Wirkungsgrad. Kommen Sie gut nach Hause, und bis bald!

Die übernächste Sitzung des Ausschusses findet am 9. Dezember 2021 statt. Ich schlage vor, dass wir die Auswertung der Anhörung an diesem Tag vornehmen. Dann könnten wir im Januar zum Beschluss kommen.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:45 bis 16:05 Uhr)

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

2 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/14256

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage 2)

Vorsitzende Heike Gebhard (AGS): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Damen und Herren Sachverständige! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zur 124. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zur 74. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Familie und Jugend.

Wir sind heute zur gemeinsamen Anhörung zum Antrag Drucksache 17/14256 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!“ zusammengekommen. Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit Drucksache 17/2041 form- und fristgerecht zugegangen.

Wie Sie bereits an meiner Anmoderation gemerkt haben, ist dies eine gemeinsame Sitzung der beiden eben genannten Ausschüsse. Die Federführung liegt dabei beim Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Da der Vorsitzende dieses Ausschusses gerade schon eine Anhörung mit seinem Ausschuss absolviert hat, habe ich mich gern bereit erklärt, als Vorsitzende des zweiten beteiligten Ausschusses die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Ich darf damit die Anhörung zu diesem Antrag eröffnen. Einige Bemerkungen vorab: In beiden Ausschüssen ist es üblich, dass wir auf eine Einführung seitens der Sachverständigen verzichten und Sie alle miteinander davon ausgehen dürfen, dass wir Ihre schriftlichen Stellungnahmen bereits studiert haben. Wie üblich bei unseren Anhörungen liegen diese in gedruckter Form im Eingangsbereich aus, ebenso finden Sie dort das Tableau der Sachverständigen.

Ich darf die Damen und Herren Abgeordnete bitten, gleich möglichst präzise an die Damen und Herren Sachverständige ihre Fragen zu richten. Die Reihenfolge richtet sich dabei nach der Größe der Fraktionen, und ich habe die herzliche Bitte, dass Sie sich in der ersten Runde auf drei Fragen konzentrieren und wir danach sehen, wie viele Fragen es in einer zweiten Runde noch gibt.

Eine der Stellungnahmen liegt uns noch nicht schriftlich vor, da diese relativ spät eingegangen ist. Herrn Prof. Zimmermann hatte unsere Anfrage erst kurzfristig erreicht; seine schriftliche Stellungnahme wird allen Beteiligten noch zugänglich gemacht.

Zunächst darf ich nun den Kollegen Kamieth von der CDU-Fraktion um seine Fragen bitten.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Jens Kamieth (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und ein herzliches Dankeschön an die Sachverständigen für die bereits eingereichten Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns nun auch persönlich zur Verfügung stehen.

Ich habe eine Frage an Frau Clauß zu ihrer sehr umfangreichen und interessanten Stellungnahme und würde mich gern auf die PiA-Kinderpfleger fokussieren: Bitte erläutern Sie uns die praktische Relevanz und die damit einhergehenden Verbesserungspotenziale, die Sie insbesondere für den ländlichen Raum identifizieren.

Dann eine Frage an Herrn Dr. Hensel: Sie arbeiten in Ihrer Stellungnahme die Unzulänglichkeit des Antrags heraus; vielen Dank für die zahlreichen Hinweise und Einordnungen zu den verschiedenen Forderungen. Sie unterbreiten außerdem freundlicherweise ein Angebot, gemeinsam eine Strategie zu erarbeiten. Bitte erläutern Sie uns doch, wie Sie sich diesen Prozess vorstellen.

Die dritte Frage in dieser Runde geht an Frau van Heemskerck von der komba. Das ist eine sehr interessante, dezidierte und lesenswerte Stellungnahme – vielen Dank dafür. Ich fand die Frage der Schulgelder spannend. Wo existieren die von Ihnen angesprochenen Schulgelder, wie hoch sind diese, wer erhebt sie, welche Auswirkungen hat die Erhebung, wie kann auf eine Überwindung hingewirkt werden?

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Herzlichen Dank an alle Sachverständige für ihre Stellungnahmen, die ich allesamt sehr wertvoll fand.

Ich möchte als Erstes die Gewerkschaften fragen. GEW und ver.di haben von sehr belastenden Situationen für die Beschäftigten gesprochen und deutlich gemacht, dass das einen Abschreckungseffekt für Berufsbilder im Erziehungswesen hat. Die komba hat davon gesprochen, dass wir bei allen Bemühungen um die Gewinnung neuer Kräfte auch die vorhandenen Kräfte nicht vernachlässigen dürfen. Was sind Ihrer Ansicht nach die Mittel, um den Beruf wieder attraktiver zu machen, und zwar nicht nur zu Beginn des Berufslebens, sondern auch in der beruflich gelebten Praxis?

In diesem Zusammenhang würde ich gerne von Ihnen eine Einschätzung zum Kitahelfer-Programm haben. Wir haben das Thema auch in den Ausschüssen intensiv diskutiert; dort war die Aussage, die Gewerkschaften hätten das doch früher kritisiert, und jetzt würden sie es einfordern. Vielleicht können Sie die Position der Gewerkschaften noch mal darstellen, damit das allen präsent ist.

Bei der zweiten Frage geht es dann in der Tat um den Komplex „Ausbildung und Gewinnung von zusätzlichen Fachkräften für die frühkindliche Bildung“. Die Freie Wohlfahrt – die ich ebenfalls um eine Einschätzung bitten möchte – hat von dualen Studiengängen und dualen Ausbildungen gesprochen, auch, um Quereinsteigern den Wechsel zu ermöglichen, hat jedoch auch auf den großen Mangel an Lehrenden hingewiesen. Haben Sie die Möglichkeit, näher zu quantifizieren, wie groß dieser Mangel ist, und wie würden Sie dem entgegenzutreten wollen? Auch GEW und ver.di haben das thematisiert und können dazu vielleicht ebenfalls Stellung nehmen.

Meine dritte Frage richtet sich an die Freie Wohlfahrt und an die kommunalen Spitzenverbände. Wir haben gelesen, dass bei Studierenden und Auszubildenden manchmal

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

eine Art Praxisschock auftritt; als Beispiel wurden die Hilfen zur Erziehung genannt, in deren Rahmen Berufsanfängern oftmals bereits sehr verantwortungsvolle Aufgaben übertragen werden. Wie könnte man nach Ihrem Dafürhalten diesen Praxisschock abmildern, damit die Arbeit in diesem Bereich sowohl für die Betroffenen als auch für diejenigen, die die Tätigkeiten auszuführen haben, gewinnbringend ist?

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank an die Experten und Expertinnen, die sich heute Zeit nehmen, um mit uns noch mal über das wichtige Thema zu diskutieren. Wenn Sie gestatten, möchte ich in der ersten Runde den Schwerpunkt insbesondere auf den Bereich der frühkindlichen Bildung legen.

Mit meinem ersten Fragenkomplex richte ich mich an die kommunalen Spitzenverbände und die Gewerkschaften. Wie aus unterschiedlichen Stellungnahmen hervorgeht, ist es das Ziel, die Fachkraft-Kind-Relation noch einmal zu präzisieren und festzuschreiben. Da sind wir inhaltlich gar nicht so weit auseinander; aufgrund des Personalmangels, den wir teilweise vorfinden, ist das aber nicht so einfach zu realisieren. Deswegen haben sich Regierung und Parlament auf den Weg gemacht, verschiedenste Maßnahmen einzuleiten: PiA-Förderung durch Kibiz-Reform, Verdreifachung der Studienplatzkapazitäten, Quereinstieg durch die Überarbeitung der Personalverordnung, Personal- und Qualifizierungsoffensive.

Mich würde interessieren – von Ihnen in Ihrer Funktion als Arbeitgeber, aber auch von den Gewerkschaften –, was vonseiten des Landes, aber auch des Bundes noch getan werden kann, um weiteres Personal auszubilden und für diesen Beruf zu akquirieren bzw. es im System zu halten – Stichwort Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Eine zweite Frage habe ich an Sandra van Heemskerk, und zwar zum Thema „Duales Studium im Bereich Sozialarbeit“. Sie haben gesagt, dass Kommunen davon deutlich mehr Gebrauch machen könnten. Vielleicht können Sie nochmals darlegen, was die Kommunen dort verstärkt tun könnten, wo es besser laufen könnte und wo die Probleme liegen, damit wir auch darauf eingehen können.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Auch von der Grünen-Fraktion ganz herzlichen Dank für die eingegangenen Stellungnahmen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven. Ich würde gern mit einem Punkt beginnen, der bis jetzt noch nicht vorkam, und richte mich dabei an die Gewerkschaften und den Landschaftsverband sowie den Pflegerat. Es geht um das Stichwort Interkultur. Der LVR hat noch mal ganz dezidiert darauf hingewiesen, dass es dabei unterschiedliche Perspektiven gibt; daraus ergibt sich für mich die Frage: Welche Rolle spielt das Thema „Interkulturelle Ausbildung oder Kompetenzen“ in den Care-Berufen und den von Ihnen vertretenen Bereichen, und haben Sie möglicherweise – das beziehe ich insbesondere auf den LVR, der das sehr explizit angesprochen hatte – Praxisbeispiele hierzu?

Dann würde ich gerne etwas offener fragen wollen – das zieht sich durch den gesamten Antrag und auch durch die Stellungnahmen hindurch –, inwiefern Nachwuchsgewinnung auch praktisch gelingen kann. Welche Hindernisse gibt es da, und welche

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

speziellen Herausforderungen sehen Sie? In diesem Zusammenhang auch die Frage, welche Rolle die Selbstverwaltung dabei übernehmen kann.

Als Drittes möchte ich gern Folgendes wissen: Alle sprechen davon, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen und dass wir dafür mehr Personal brauchen; auf der anderen Seite haben wir einen massiven Fachkräftemangel. Das birgt gewisse logische Schwierigkeiten. Vielleicht können Sie alle aus Ihrer jeweiligen Sichtweise die pointiertesten Punkte herauspicken, wo man anfangen sollte, damit man sich nicht wie Sisyphos vor dem Berg vorkommt.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Auch von unserer Seite ein großes Dankeschön für die Stellungnahmen und die Möglichkeit für Rückfragen. Ich würde in der ersten Runde gern zwei etwas allgemeine Fragen zu der Thematik stellen, allerdings fokussiert auf einen bestimmten Personenkreis.

Die erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Zimmermann: Bei der vorletzten Gesundheitskonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen – die letzte ist leider ausgefallen – wurde vorgerechnet, welche – fast unglaublichen – Stellenaufwüchse bzw. Ausbildungsplatzzahlen man bräuchte, um in Zeiten des demografischen Wandels für die nächsten 20 Jahre die Versorgung in der Pflege sicherzustellen. Welche realistischen Möglichkeiten haben wir an den beiden Stellschrauben – mehr ausbilden oder den Abfluss verhindern oder zumindest eindämmen; die durchschnittliche Verweildauer im Beruf der Pflegekraft ist im Moment ja relativ kurz –, und wird man mit diesen beiden Stellschrauben der Situation gerecht? Was müsste man aus Sicht der Forschung noch tun, um dieser Problematik und den sich abzeichnenden Engpässen entgegenzuwirken?

Meine zweite Frage zielt auf die Sicht der Kostenträger: Vieles, was in dem Antrag aufgeführt wird, ist sicherlich nicht kostenneutral durchführbar. Daher würde ich gern die Vertreter der Landschaftsverbände und des Städtetags fragen, inwieweit es dort Möglichkeiten gäbe bzw. an welcher Kostenschraube man tatsächlich noch drehen könnte. Wo ist ein Aufwachsen zu sehen? Inwiefern müsste man in den verschiedenen Sozialversicherungssystemen etwas verändern? Denn Tatsache ist, die Wirtschaftsleistung des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch der Bundesrepublik insgesamt ist in den vergangenen zehn Jahren nicht so stark gewachsen wie die Belastungen aus dem Bereich Soziales. Wie kann man das abfedern, welche Möglichkeiten gibt es?

Vorsitzende Heike Gebhard: Vielen Dank. – Dann können wir in die erste Antwortrunde einsteigen; der Einfachheit halber orientieren wir uns am Tableau. Ich darf also zuerst die Landschaftsverbände um ihre Antworten bitten.

Sandra Clauß (LVR – Landschaftsverband Rheinland): Sehr geehrte Frau Gebhard, sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen.

Ich werde vom Landschaftsverband Rheinland die Fragen zum Bereich der frühkindlichen Bildung beantworten, und mein Kollege Herr Gemke wird den Bereich Krankenhauswesen übernehmen.

Frühkindliche Bildung: Wir brauchen dringend mehr Personal, und das auf allen Qualifikationsniveaus. Herr Kamieth hat die PiA-K angesprochen: Wichtig ist, dass es in den letzten Jahren große Erfolge dabei gibt, mehr Menschen für das Aufgabenfeld Frühkindliche Bildung zu gewinnen; die Beschäftigtenzahlen haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die traurige Nachricht ist aber: Es reicht einfach nicht. Wir sind noch lange nicht am Ende des Ausbaus.

Wir als Landschaftsverbände bewilligen auch die Fördermittel für den Ausbau aus Landesmitteln und sehen in den Kommunen, wie groß der Bedarf ist und wie viele Neubauten noch kommen. Das heißt, wir brauchen nicht nur Personal, um qualitative Verbesserungen im System zu haben, wir brauchen auch Personal, um Menschen, die das Arbeitsfeld aufgrund von Alter oder beruflicher Weiterentwicklung verlassen, zu ersetzen, und wir brauchen Personal, um die vielen neuen Einrichtungen zu bestücken, die erforderlich sind.

Wir haben natürlich neue Zuwächse. Es ist es ja so: Bei der Frühen Bildung sind Erzieherinnen und Erzieher tätig; sie sind im Offenen Ganztage tätig, sie sind in Kinder- und Jugendwohngruppen tätig. Durch den Rechtsanspruch auf den Ganztage und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz haben wir in allen Bereichen zusätzliche Nachfrage. Das heißt, wir brauchen eine richtig große Ausbildungsoffensive auf allen Ebenen: auf akademischem Niveau, im Fachschulbereich und eben auch im Bereich der Kinderpflege, die praktisch als Erstausbildung einen Einstieg bieten kann.

Wir müssen uns auch überlegen: Wo bekommen wir die Menschen her, die sich dafür begeistern? Ich glaube, was gut gelungen ist, ist, viele Schulabgängerinnen und -abgänger für die grundständige Ausbildung zu gewinnen. Aber wir haben gemerkt, dass die vollzeitschulischen Ausbildungen nicht so attraktiv sind für Menschen, die lebensälter sind und die sich vielleicht noch mal für einen Wechsel entscheiden. Denn während der regulären Ausbildung verdient man nun mal nichts – Punkt; ganz einfach.

Insofern ist mit der Praxisintegrierten Ausbildung zur Erzieherin, zum Erzieher etwas gelungen, nämlich, Menschen zu gewinnen, die zu einem anderen Zeitpunkt noch mal einsteigen. Wir haben gesehen: Die Praxisintegrierte Ausbildung hat in den letzten Jahren sehr viele neue Fachkräfte ins Feld gebracht.

Wir sehen, dass dies im Bereich der praxisintegrierten oder dualen Studiengänge nicht der Fall ist. Was wir vor Corona gar nicht hatten, ist die praxisintegrierte Kinderpflegeausbildung. Die gab es nur als vollzeitschulische Ausbildung, und jetzt hat es das erstmals als Pilot gegeben. Angekündigt ist ja, dass diese Ausbildung verstetigt werden soll, dass wir auf dem Niveau Hauptschulabschluss einen ersten Eintritt in eine zweijährige Praxisintegrierte Ausbildung haben, was die Möglichkeit bietet, bei Bezug eines Gehalts einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu machen. Das ist sehr interessant; denn es gibt viele Menschen, die sich für diesen Bereich interessieren, für die aber die Hürde in eine praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin, zum Erzieher zu

gehen, relativ hoch ist. Das gilt insbesondere für Menschen, die zugewandert sind. Man braucht nicht nur den Schulabschluss, man braucht auch eine gewisse Sprachkompetenz.

Mit der neuen PiA-K-Ausbildung schaffen wir einen Zugang ins Arbeitsfeld für Menschen, die vielleicht auch hinterher, nach dem Abschluss, das Potenzial bringen, dann noch weiterzumachen. Denn das sieht die aktuelle Personalverordnung, wie sie im Kibiz Gültigkeit hat, vor: dass Ergänzungskräfte, Kinderpflegerinnen und -pfleger, die erfahren sind, auch auf Fachkraftstellen eingesetzt werden können und berufsbegleitend dann die Qualifikation zur Erzieherin, zum Erzieher erwerben. Das wäre einfach ein toller Flaschenzug, wenn es uns gelingt, neue Zielgruppen anzusprechen, die sich dann im System so weit qualifizieren, wie es ihrem Potenzial und ihrem Wunsch entspricht.

Herr Kamieth, Sie haben den ländlichen Raum angesprochen. Es gilt für PiA-K und PiA-E gleichermaßen: Wir wissen, dass es Menschen gibt, die Interesse haben; aber die Wege zu den Berufskollegs sind im Land unterschiedlich lang. Wenn ich in Düsseldorf wohne, bin ich mit der Straßenbahn schneller dort, als wenn ich vielleicht in Windeck im Rhein-Sieg-Kreis wohne und nach Troisdorf fahren muss. Wenn ich dann noch zwei Kinder habe und eine Ausbildung mache – das funktioniert einfach nicht gut. Das heißt, wir müssen gucken, dass PiA-K – im ersten Jahr ist das noch nicht ganz so gelungen, wie wir uns das gewünscht hätten – wirklich in allen Berufskollegs angeboten wird, damit die Wege möglichst kurz sind.

Der zweite Punkt – dies gilt auch für PiA-E –: Die Frage ist, wenn wir Menschen gewinnen, die schon andere Care-Verpflichtungen haben, private Verpflichtungen wie Eltern, Kinder, die noch arbeiten gehen: Die Wege müssen kurz sein; sie kosten Zeit. Wir haben in der Pandemie so viele gute Erfahrungen mit digitalem Lernen gewonnen. Es gibt Dinge, die man sich sehr gut auch im Blended Learning aneignen kann, und es gibt Dinge, die man in Präsenz machen muss, weil es da um persönliche Bildung geht. Warum können wir in beiden praxisintegrierten Ausbildungen nicht gucken, dass wir Teile im Blended Learning machen? Damit könnten wir den Menschen, die nur bestimmte Zeitressourcen haben, ein attraktiveres Angebot machen, indem man Arbeit, Ausbildung und Familie miteinander verbinden kann.

Wenn auf dem Land Blended-Learning-Elemente angeboten werden, dann könnten die Menschen dort davon profitieren, weil einfach zeitaufwendige Wegstrecken wegfallen.

Damit das alles funktioniert, brauchen wir an unseren Berufskollegs im Land im Prinzip alle Bildungsgänge, sowohl vollzeitmäßig als auch praxisintegriert, plus die berufsqualifizierende Weiterqualifizierung zur Erzieherin, zum Erzieher. Das sind insgesamt fünf Bildungsgänge; die brauchen wir flächendeckend. Wir brauchen dafür bei den Kommunen die Räume und die Ausstattung, und wir brauchen natürlich auch die Lehrkräfte – von denen wir wissen, dass sie im Moment noch nicht so vorhanden sind. Das Land hat neue Studienplätze geschaffen, aber leider werden diese Studienabschlüsse erst

dann erworben sein, wenn der Ausbau schon weiter vorangetrieben sein müsste. Insofern brauchen wir auch einen Seiteneinstieg für die Lehrkräfte an den Berufskollegs im Arbeitsfeld der Sozialpädagogen.

Ganz wichtig ist mir noch zu sagen: Wir verlagern im Moment Ausbildung in die Praxis. Früher hat das Berufskolleg mehr Anteil gehabt; jetzt geht mehr Ausbildung in die Praxis. Und die Praxis ist schon echt angespannt; die arbeiten im Moment oft an der Mindestausstattung. Wir müssen wissen, dass in der Praxis die Ausbildung qualitativ gut sein muss. Dazu braucht es Anleiterinnen und Anleiter, die dafür weitergebildet sind, die dafür entlohnt werden, die dafür Zeit haben. Ich würde sehr dafür plädieren, dass es Funktionsstellen gibt, damit wir mit der stärkeren Zunahme an praxisintegrierter Ausbildung keinen Qualitätsverlust in der Ausbildung haben.

Hermann Gemke (LWL – Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme Bezug auf die Frage nach der interkulturellen Bildung. Das ist der Bereich, den wir schwerpunktmäßig auch für die Pflege dargestellt haben. Dies ist in zweierlei Hinsicht von hoher Bedeutung: Zum einen geht es darum, die Menschen, die zu versorgen sind, gut zu versorgen – wir haben ja eine interkulturelle Gesellschaft, in der natürlich auch Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend in die Pflegeversorgung kommen. Es ist aber noch aus einem zweiten Grund wichtig. Wir haben schon die Frage gestellt: Wie gelingt es uns, noch mehr Menschen für eine Berufsausbildung in der Pflege zu gewinnen? Da ist das auch ein Anreiz für Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen, die sich interkulturell bewegen; so kann es gelingen, auch diese Menschen für den Ausbildungsberuf zu gewinnen.

Was diesbezüglich in der Pflegeausbildung schon passiert, ist – natürlich auch dadurch, dass wir diese Menschen schon als Schülerinnen und Schüler an den Schulen haben –, dass die interkulturelle Bildung bereits in die Curricula integriert worden ist. Hier wäre allerdings die Frage, ob durch die Vorgabe der Curricula auf Landesebene das noch intensiviert werden könnte. Das ist aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt, sowohl im Studium als auch in der Ausbildung. Neben den schon genannten Punkten wäre also an eine intensivere Berücksichtigung in den Curricula durch entsprechende Ländervorgaben zu denken.

Dann hatten Sie gefragt: Wo setzen wir an? Sie baten darum, dass man das etwas differenzierter betrachtet. Wir glauben, man muss an allen Punkten ansetzen. Das ist der einzige Weg, um in der Gesamthematik voranzukommen. Nichtsdestotrotz gibt es sicherlich einige Punkte, die im Vordergrund stehen. Wir haben zum einen das Thema Personalbedarfsbemessung; es ist wichtig, dass es da einen politischen Konsens gibt, dass diese Personalbedarfsbemessung auch tatsächlich in den Alltag umgesetzt wird. Das heißt, es müssen entsprechende Instrumentarien entwickelt werden, und es muss vor allem auch die Finanzierung dieser Bereiche sichergestellt werden.

Natürlich kollidiert das mit der Problematik, dass wir nicht ausreichend Fachkräfte gewinnen; das kann man so sehen. Aber die Frage ist ja: Wie versuchen wir, eine Ver-

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

besserung der Situation hinzubekommen? Wenn Sie mit Pflegenden im Alltag sprechen, dann ist dort in der Regel die erste Antwort auf die Frage „Was kann man verbessern?“, dass es mehr Kolleginnen und Kollegen geben soll und muss, damit die Arbeitsbelastung im Alltag sich so darstellt, dass man diese Arbeit auch gern macht.

Es kommt natürlich auch das Thema Vergütung auf den Tisch; es wäre eigentümlich, wenn das nicht so wäre. Ich denke, das wünscht sich jeder als Zeichen der Wertschätzung seiner Arbeit. Aber ich will es hier noch mal sagen: Nach unserer Erfahrung ist das nicht das, was sich Pflegende an erster Stelle wünschen. – Insofern: Wo setzt man an? Definitiv beim Thema Personalbemessung und bei der Finanzierung.

Es gibt, denke ich, noch einen weiteren wichtigen Punkt; der hängt vielleicht auch mit der Kommunikation oder mit der Frage zusammen: Wie kommunizieren wir öffentlich zu diesem Thema? Ich glaube, es wäre gut, wenn es gelingen würde, in der Gesamtkommunikation nicht immer die negativen Aspekte so in den Vordergrund zu stellen, sondern werbend für den Beruf aufzutreten und dies auch so darzustellen. Ich nenne als Beispiel die Frage der Vergütungshöhe. Es gibt ja aktuell eine Auswertung der Bundesanstalt für Arbeit zur Frage des Vergütungsniveaus im Pflegebereich. Das wird verglichen – ich kenne jetzt die Ermittlungsmethodik nicht; ich habe nicht mehr geschafft, mir das vor der Sitzung heute noch mal anzuschauen –, und das Ergebnis ist, dass Fachkräfte in der Pflege nicht schlechter verdienen als Fachkräfte in anderen Bereichen.

Ich glaube, auch da ist es wichtig, differenziert hinzuschauen. Natürlich gibt es viele Bereiche in der Pflege, wo Menschen tatsächlich schlechter verdienen als im normalen Fachkräftebereich. Aber das hat eben auch mit den Tarifstrukturen in den verschiedenen Bereichen zu tun.

Das wäre also wichtig in der Kommunikation. Insofern sind die Ansätze gut, zu sagen: „Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive“, und dabei verstärkt das in den Vordergrund zu stellen, was es an positiven Dingen in diesen Bereichen gibt.

Dann ist seitens der AfD-Fraktion noch Frage an uns gerichtet worden, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, wie man den Mittelaufwuchs in den Sozialversicherungssystemen begrenzen kann. Da ich jetzt vom Landschaftsverband für den Bereich der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Eingliederungshilfeeinrichtungen verantwortlich bin, wäre das ein Punkt, den ich gern weitergeben würde. Aus Sicht der Einrichtungsträger ist es wichtig, gegen den Fachkräftemangel in der Pflege so vorzugehen, dass der Fachkräftemangel geringer wird. Das ist nicht zum Nulltarif zu haben; das muss man ganz klar sehen.

Insofern glaube ich: Was den Aufwuchs in den Systemen betrifft, so muss man schauen, wie man den begrenzen kann. Das kann man aber nicht beim Personaleinsatz tun.

Stefan Hahn (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Auch wir bedanken uns herzlich für die Einladung zu dieser Sitzung zu

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

diesem sehr wichtigen Thema, das uns als Kommunen auch ständig umtreibt. Wir teilen etwas die Ratlosigkeit – wo kann man ansetzen? Hoffentlich führen solche Anhörungen dazu, dass wir gemeinsam ein bisschen Perspektive gewinnen.

Ein Bereich ist mir in besonderer Weise wichtig: Zum Thema Kinder- und Jugendhilfe und zum Kitabereich hat Frau Clauß schon sehr kompetent sozusagen alle Ecken beleuchtet; da schließen wir uns als kommunale Spitzenverbände eins zu eins an.

Das Stichwort „Zuwanderung und Anerkennung von Abschlüssen“ ist aber, glaube ich, noch nicht angesprochen worden. Da wünschen wir uns – das haben wir auch schon häufig formuliert, und das gilt auch für den Bereich der Pflege –, dass die Verfahren zur Anerkennung der Abschlüsse zügiger gehen. Man könnte sagen, im Bereich der frühkindlichen Bildung ist die Anerkennung von Abschlüssen bei Zuwanderern kritisch zu sehen, aber es gibt ja interessante Beispiele: In Bonn haben wir spanische Erzieherinnen, die jetzt begonnen haben, dort zu arbeiten. Im Grenzraum zu den Niederlanden, im Münsterland, ist dieses Thema auch immer wieder an uns herangetragen worden: Warum können niederländische Erzieherinnen denn nicht in deutschen Kitas arbeiten? Offenbar gibt es da zumindest verfahrensmäßig hinsichtlich der Zeitabläufe eine gewisse Unzufriedenheit, und es gibt durchaus ein Potenzial.

Ein weiteres Thema: Bei der Zuwanderung sind wir hier als Bundesland und Sie als Landtag nicht allein die Entscheidungsträger, und ich möchte schon sagen, dass wir mit einer gewissen Erwartung in Richtung Berlin schauen. Denn wenn wir sehen, wie der Arbeitsmarkt sich insgesamt entwickelt – ich bin auch als Beigeordneter zuständig für das Thema Arbeit und bin im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit –, und auch außerhalb des Bereichs Care-Berufe, Pflege oder frühkindliche Bildung schauen: Überall haben wir Fachkräftemangel. Deswegen werden wir nicht umhinkommen, perspektivisch einen erheblichen Teil des Arbeitskräftebedarfs über das Thema Zuwanderung abzudecken, viel mehr als in der Vergangenheit. Da werden aber die Stellschrauben nicht hier in Düsseldorf gedreht, sondern in Berlin.

Daher nochmals der Appell an Sie, die Sie ja in den politischen Netzwerken unterwegs sind, das mitzunehmen in Richtung Berlin.

Auch wurde – ich glaube, von Ihnen, Herr Hafke – die Frage gestellt: Welche Maßnahmen können wir uns denn noch vorstellen? Es wurde doch schon so viel auf den Weg gebracht. – Ja, das ist richtig. Sie haben, sicherlich auch durch gute Beratung der Landesjugendämter, der kommunalen Spitzenverbände und der Wohlfahrtsverbände, tatsächlich viele gute Ideen entwickelt und auf den Weg gebracht. Unser Problem ist: Das Auf-den-Weg-Bringen allein reicht nicht, sondern es müssen Ergebnisse her. Frau Clauß hat es angesprochen: Wenn die Fachlehrer in den Fachschulen nicht da sind, dann hilft es auch nicht, wenn die Kommunen Räumlichkeiten herstellen. Ich kann Ihnen hier aber versichern: An den Räumlichkeiten wird es nicht scheitern. Wenn das Personal durch das Land kommt, dann werden wir auch die Räumlichkeiten haben. Das wird vielleicht nicht der perfekte Anbau sein; das wird möglicherweise ein Raummodul sein. Aber an der räumlichen Situation – Kommunen sind ja Schulträger – wird die Frage ausreichender Schulplätze nicht scheitern.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Zur Finanzierungsfrage: Wir haben die beiden Bereiche, Kinder- und Jugendhilfe, Kibiz. Wenn wir dazu kommen, dass die Modelle, die hier angesprochen wurden und die ja teilweise auch schon gefahren werden, nämlich PiA, Ausbildungsvergütung für die auszubildenden Erzieherberufe, aber auch zusätzliche Arbeitskräfte, ergänzende Kräfte, Stichwort Alltagshelfer, aber auch Verwaltungskräfte, um den bürokratischen Aufwand in den Griff zu bekommen und nicht die wertvollen pädagogischen Kräfte damit zu belasten, umgesetzt werden: Das sind alles Kostenfaktoren, die dann natürlich auch ins Kibiz eingepreist werden müssen.

Damit ist unsere Forderung aus der Perspektive der Kommunen: Wenn wir an dieser Stelle zu personellen Verbesserungen kommen, dann müssen diese personellen Verbesserungen auch gegenfinanziert werden. Ich vermute, im nächsten Jahr – – Wir haben die Kibiz-Evaluation; vielleicht ist das dann der passende Zeitpunkt, um auch diese Kostenfaktoren entsprechend einzupreisen.

Der andere Punkt, die Pflegeversicherung: Wir fordern als kommunale Spitzenverbände seit Langem die Pflegevollversicherung. Das ist nicht nur eine Frage der kommunalen Finanzen, sondern es ist auch eine Frage von Armut im Alter. Wenn die steigenden Kosten in der Pflege durch erhöhten Personalaufwand umgelegt werden auf die Pflegebedürftigen, dann laufen wir Gefahr, dass sich das Risiko, im Alter zu verarmen und über die Sozialhilfe sein eigenes Vermögen, sozusagen das eigene Einkommen, komplett für die Pflege einsetzen zu müssen, sodass man auf Sozialhilfeniveau abstürzt, noch verstärkt. Deswegen plädieren wir seit Langem – und jetzt erst recht, wenn die Pflegekosten durch Personalkostensteigerungen höher werden – für die Pflegevollversicherung.

Herr Mostofizadeh, den Teufelskreis haben Sie richtig beschrieben. Dass, weil die Personalsituation in der Pflege, aber auch im Kitabereich so angespannt ist, da nicht genügend Kollegen da sind und daher die Arbeitsbedingungen so schwierig sind, auch keine neuen Kollegen kommen – um es mal auf den Punkt zu bringen –, ist ein Teufelskreis. Wie man ihn lösen kann? Es ist eben schon angesprochen worden: vielleicht nur dadurch, dass erkennbar wird, dass alle Beteiligten, insbesondere die politischen Akteure, die Perspektive aufzeigen, dass man ernsthaft bemüht ist, schnell Lösungen aufzuzeigen, damit uns die nicht von der Stange gehen, die noch da sind.

Dr. Frank Hensel (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich freue mich sehr, dass wir durch diese Ausarbeitung wieder zu diesem Thema zusammenkommen. Als Vierter in der Reihe ist es schwer, neue Aspekte in den Raum zu stellen. Ich versuche es mal, in aller Unzulänglichkeit: Wir kriegen etwa sieben bis acht Prozent – Herr Prof. Zimmermann, vielleicht können Sie mich korrigieren – der jungen Leute in die sozialen Berufe, die hier ja jetzt als Care- und Pflegeberufe bezeichnet werden. Wir haben sogar eine steigende Tendenz; wir bekommen im Moment eher etwas mehr da hinein, an die neun Prozent kommen wir schon. Das ist viel; ich weiß nicht, ob wir das noch veritabel werden steigern können. Wenn das aber nicht reicht – wir haben einfach weniger Jugend –, dann müssen wir doch ganz klar sagen: Wem wollen wir die denn noch abwerben?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Sie können sich jetzt auch mit dem Handwerk hier hinsetzen und würden sehr ähnliche Argumentationen hören.

Mit anderen Worten: Wenn wir sagen: „Wir schaffen das“, trotz dieses Images – viel Sinn, sichere Stelle, aber ein ziemlich moderates Gehaltsniveau und eher was für Frauen – – Selbst wenn wir dieses Ganze moderner hinkommen, auch im Ansehen – – Da würde man z. B. an der Erzieherinnenausbildung jetzt schon was ändern müssen. Denn wenn sie da jetzt sitzen, haben sie den Praxisschock, denn sie werden in diesen Ausbildungsgängen eher auf die Kita vorbereitet als auf die stationäre Jugendhilfe. Darum kommen da auch ganz wenige an und durch. – Das ist also eine Facette.

Warum haben wir geschrieben, das sei nicht weit oder nicht breit genug? Es ist ja so viel Gutes drin. – Ja, sicher; das ist im Papier „Initiativen der Freien Wohlfahrtspflege“ ausdrücklich aufgeführt, und es ist letztlich auch eine gewisse Aufreihung von Richtigkeiten. Was aber hilft uns denn jetzt?

Tatsächlich scheint es mir nicht so zu sein, dass es am Geld scheitern wird. Das ist ein so großes Problem, dass unsere Gesellschaft bereit sein wird, dafür Mittel zur Verfügung zu stellen. Man kann sich jetzt streiten, wohin ein bisschen mehr und wohin ein bisschen weniger; tatsächlich aber scheitert es an der zu geringen Zahl der Menschen, die sich diesen Aufgaben stellen.

Das Dumme ist – das ist etwas, wo Sie eben schon mal hängen geblieben sind –: Man kann eine kritische Masse unterschreiten. Wenn Sie also einen Beruf lange genug runtergewirtschaftet haben, schlechtgeredet haben – das kam eben schon –, obwohl vielleicht vieles gar nicht so schlecht ist – – Es ist das Image; damit macht man auch Stimmung, und dann sieht man auch vor Ort – – Das ist unser größter Punkt; wir machen ja Umfragen bei unseren Pflegenden: Das Schlimmste ist, wenn sie keinen verlässlichen Dienstplan mehr haben, wenn sie permanent irgendwie rausgeholt werden – das wird umgeworfen, das Wochenende ist doch nicht frei, wie eigentlich geplant und gedacht. Das ist sogar viel schlimmer als offenbar etliche andere Dinge, die gerne angeführt werden – die auch wichtig sind –; diese Probleme aber haben etwas mit kritischer Masse zu tun.

Und jetzt beißt sich etwas wirklich: Wir haben sehr viel berufspolitische Interessen in diesen ganzen Ausbildungsgängen. Das geht bis hin zu: Wer ist anerkannt als Lehrkraft? Wer kriegt mindestens eine vorübergehende Anerkennung? Wer verliert sie wieder, weil in seiner Vita irgendwie eine Facette fehlte, obwohl er oder sie fantastisch doziert? – Ich will es mal ganz persönlich sagen: Ich durfte in Pflegeschulen unterrichten, einfach weil ich Arzt bin. Da sehen Sie, wie viel Berufspolitik da auch mit hineinspielt.

Zu der Anerkennung ausländischer oder berufsfremder Abschlüsse, der Anerkennung informeller beruflicher Erfahrungen folgendes Beispiel: Eine Bekannte von mir hat in Kirgistan eine Kita geleitet, ist aber ausgebildete Musiktherapeutin. Sie kann hier nicht arbeiten; sie kann auch keine Kita leiten, weil sie den erforderlichen Bildungsgrad nicht mitbringt. Da sieht man, dass wir auch berufspolitisch handeln müssen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Wir haben große Angst vor der Deprofessionalisierung. Das hat auch seinen Grund; wir müssen aufpassen, dass wir nicht den Beruf wieder so sehen: „Hauptsache, das Herz ist gut.“ Aber wir dürfen auch nicht die kritische Masse derer unterschreiten, die man einfach braucht, um den Workload im Alltag zu schaffen. Man braucht viele helfende Hände, auch mit einem anderen Bildungsgrad. Man braucht nicht überall die Vollausbildung. Und dies stärker zu durchmischen, es auch multiprofessioneller zu machen, das ist, glaube ich, der Königsweg oder sogar der einzige Weg.

Zum Quereinstieg wurde schon etwas gesagt. Wenn Sie es schaffen, über duale Bildungsgänge Umsteigern – ob es Studienabbrecher sind, die schon alleine gewohnt haben, ob es Leute sind, die aus anderen Berufen heraus sich umorientieren wollen oder müssen – die Möglichkeit zu geben, die Ausbildung so zu durchlaufen, dass sie nicht wieder bei den Eltern einziehen müssen, also zumindest so viel Lebensunterhalt zu haben, dass sie in etwa klarkommen, dann wird da noch mal eine Ressource gehoben werden können, die andernfalls ein bisschen verloren herumsucht. Das könnte man noch ins Soziale hineinziehen. Ansonsten war das ja das Argument: Wir können sie uns nicht backen.

Einen Punkt hielte ich für eine echte Offensive aller Parteien – daher bitte ein breites politisches Bündnis –: Wenn wir es schaffen, diese sozialen Berufe – ich wähle mal diesen Oberbegriff – gut durchzudigitalisieren, also von viel Bürokratie zu entlasten, im Grunde schon über Spracherkennung zu dokumentieren, indem man einfach hineinbrabbeln kann, dann hätten wir ein richtiges Plus gegenüber vielen anderen Berufen, und das hätte noch mal eine Zugkraft. Da könnte man dann sagen: Das ist ein richtig moderner Arbeitsplatz; da sitze ich nicht immer am Schreibtisch und muss lange Listen ausfüllen, um zu beweisen, dass wir auch nichts falsch gemacht haben.

Das wären ein paar Aspekte, die vielleicht noch nicht alle betont worden waren.

Andreas Braselmann (DBfK Nordwest e. V.): Es geht für uns beim Pflegeberuf einerseits tatsächlich um den Verbleib von Kolleginnen und Kollegen im Beruf. Herr Dr. Gerst von der Deutschen Krankenhausgesellschaft meinte, die Befürchtung, nach Corona würden viele Kolleginnen und Kollegen aussteigen, habe sich noch nicht bewahrheitet. Ich glaube aber eher, dass es bei den Kolleginnen und Kollegen das Bewusstsein gibt, dass Corona noch aktiv ist. Wir haben noch das Problem.

Was die Nachwuchsgewinnung betrifft: Dass es den Praxisschock gibt, erleben wir Tag für Tag; wir erleben ihn auch als Ausbilder, als Praxisanleiter – die wir zu einem großen Teil nicht freigestellt sind. Das heißt, wir sind im täglichen Arbeitsbetrieb voll integriert und leisten eine Ausbildung, die – berechtigterweise – sehr ambitioniert ist, und wir versuchen dort, junge Menschen für einen langen Verbleib in diesem Beruf auszubilden.

Wir haben auf Bundesebene zwar den Exit der Pflege aus den Fallpauschalen, aber das System der Fallpauschalen hat sich nicht verändert. In den Krankenhäusern führt die Digitalisierung – die natürlich erwünscht ist – auch zu einer Beschleunigung von Behandlungen, was auch wieder auf dem Rücken der Pflegenden landet.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Ich bin bei Herrn Dr. Hensel, wenn ich die kritische Masse, diese kritische Untergrenze betrachte. Für das Krankenhauswesen sehe ich diese kritische Masse bereits deutlich unterschritten. Ich glaube nicht, dass wir ohne wirklich elementare Eingriffe in das System Krankenhaus einen Turnaround schaffen können, der Pflegende im Krankenhaus unterstützt.

In der Altenpflege ist es tatsächlich so, dass wir uns Gedanken machen müssen: Was bedeutet qualifizierte Pflege? Ich kenne den Spruch: „Um einer alten Dame mal etwas zu trinken zu geben, brauche ich keine fachlich versierte Person, sondern da reicht auch eine Hilfskraft.“ Ich erlebe leider in meinem Arbeitsalltag, dass Patienten zu mir ins Krankenhaus kommen, die von unqualifizierten Personen mit Getränken versorgt worden sind, obwohl sie organisch nicht in der Lage sind, zu schlucken. Von daher: Auch die Altenpflege hat ein Anrecht auf ein hohes Qualitätspotenzial in der Ausbildung.

Wir haben mit der Generalistik jetzt eine neue Ausbildung, die uns auf unterschiedlichen Ebenen tangiert und uns dazu bringt, dass wir jetzt daran denken müssen, dass wir einen Ausbildungsberuf für beide Ausrichtungen – die Gesundheits- und Krankenpflege wie auch die Altenpflege – haben. Aber wir müssen dabei aufpassen, dass sich Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen nicht gegenseitig das Personal abwerben; da müssen wir wirklich eine Veränderung herbeiführen, die substanziell beide Einrichtungen vorwärtsbringt.

Ludger Risse (Pflegerat NRW): Ganz herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu beziehen. Ich würde zunächst auf die Frage von Ihnen, Herr Mostofizadeh, eingehen, was die interkulturelle Bildung angeht. Da bin ich der Überzeugung, dass wir kein theoretisches Ausbildungsproblem haben; das ist sehr gut im Curriculum verankert und wird auch sehr gut in vielen Einrichtungen vermittelt. Ich glaube, an dieser Stelle haben wir tatsächlich ein Umsetzungsproblem, wenn es darum geht, die theoretischen Inhalte in der Praxis zu leben. Das hat vielfältige Ursachen; ich komme gleich ansatzweise noch mal darauf zurück. Es ist ein sehr multifaktorielles Geschehen; von daher ist die Frage auch nicht ganz einfach zu beantworten.

Bitte gestatten Sie mir die Anmerkung – gerade in einem Land mit sehr vielen konfessionellen Krankenhäusern, die ja sehr viel ausbilden –: Solange wir bei Auszubildenden und Mitarbeiterinnen Kopftuchdebatten im Dienst haben, ist das mit der interkulturellen Pflege in diesen Einrichtungen ein bisschen schwierig. Dies zeigt ein Stück weit auch das Problem der Akzeptanz auf. Hygienisch gesehen gibt es überhaupt keinen Grund, dies zu untersagen.

Zum zweiten Thema, Nachwuchsgewinnung: Auch das ist ein vielfältiges Geschehen. Im Moment haben wir ganz unterschiedliche Situationen. Wir sehen, dass wir durchaus viele Bewerber haben, insbesondere in den Krankenhäusern, auch für die Ausbildung, wir sehen aber gleichzeitig, dass wir manche Kurse nicht fahren können, weil das Lehrpersonal fehlt. Und da beißt sich wieder die Katze in den Schwanz. Dieses Problem wird sich verschärfen, und da muss dringend gehandelt werden, was die Studienplätze für Lehrpersonal in den Pflegeausbildungen betrifft. Denn wir wissen auch, dass sehr

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

viele der Kolleginnen und Kollegen in den Ausbildungen in den nächsten Jahren ausscheiden werden. Genauer werden wir dies wissen, wenn die Pflegekammer die Registrierung abgeschlossen hat, dann haben wir nämlich auch die Altersdaten und andere Daten, die wir dringend brauchen, um das Problem qualifiziert benennen zu können.

Wir hören aber auch vom Verband der Lehrer, dass das ein zunehmendes Problem ist. Es ist, finde ich, ziemlich tragisch, wenn wir ausbildungswillige junge Menschen nicht nehmen können, weil einfach keine Kurse unterrichtet werden können. Genau das ist aber an manchen Stellen der Fall.

Dennoch: Die theoretische Ausbildung ist das eine, der Praxisschock ist definitiv der andere Punkt. Ich will jetzt nicht viel von dem wiederholen, was schon gesagt wurde, auch, was die Situation der Praxis angeht; es gibt viele Themen, die benannt wurden.

Personalbedarf – ja, wenn wir Personalbedarfsberechnungssysteme hätten und diese qualifiziert wären, würde ich das sehr begrüßen. Dann würden wir aber auch sehen, welche Stellen wir nicht besetzen können, und wir müssen dann gleichzeitig schauen, wie denn damit umzugehen ist. Denn zu wissen, wie viel Personal man braucht, und zu schauen, wie viel man an der fraglichen Stelle hat, das sind zwei Dinge, die man miteinander betrachten muss.

Dabei müssen wir auch das Thema – Herr Dr. Hensel hat es angesprochen – Skill Mix betrachten. Denn wir sehen gleichzeitig – die gesetzliche Entwicklung auf Bundesebene trägt dazu bei –, dass im Krankenhaus pflegeentlastende Dienste abgebaut werden, weil nur Pflegefachkräfte im Budget sind. Mir liegt es fern, zu behaupten, dass Pflege jeder kann. Aber wenn ich sehe, dass Pflegefachpersonal Dinge tun muss, die auch von Servicepersonal zu leisten wären – das gilt für alle Einrichtungen, insbesondere in der stationären Krankenhauspflege, aber auch in der stationären Altenpflege –, dann ist da schon auch noch mal hinzugucken, dass auch für solche entlastenden Dienste Möglichkeiten geschaffen werden müssen, damit die Pflegefachkräfte die Arbeit tun können, für die sie ausgebildet worden sind und die die Menschen auch brauchen. Dabei beziehe ich ausdrücklich die Ausbildungsaufgaben mit ein.

Wir müssen dann einfach auch sehen: Dass wir den Nachwuchs gewinnen, ist das eine; das ist sicherlich eine Herausforderung, die schon groß genug ist. Aber den Nachwuchs dann auch zu halten, das ist die zweite Herausforderung, die es gibt. Da, glaube ich, müssen wir insbesondere in den praktischen Ausbildungen noch mal viel kritischer hingucken, weil uns das auch nicht weiterhilft. Wir sehen die Schwierigkeiten der Versorgung; wir sehen die Schwierigkeiten der Ausbildung. Herr Kollege Braselmann hat es beschrieben; da geht es auch um die Freistellung der Praxisanleiter. Da war NRW Gott sei Dank schon sehr früh auch mit der Finanzierung der Praxisanleiter dran; das muss man auch mal lobend erwähnen – früher als alle andere Bundesländer und bereits bevor es dann Bundesrecht wurde. Aber die Umsetzung stellt sich dennoch schwierig dar. – Das ist das eine, dennoch gibt es da durchaus Fortschritte, 10 % sind immerhin vorgeschrieben.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Auch da ist es natürlich so – das sehen wir auch landauf, landab –, dass Auszubildende in Situationen alleingelassen werden, dass sie überfordert werden, und das häufig auch schon in einer sehr frühen Phase der Ausbildung. Das ist manchmal – gestatten Sie mir, das zu sagen; ich höre es authentisch von Auszubildenden – nicht nur besorgniserregend, sondern das macht richtig traurig. So etwas können wir uns überhaupt nicht erlauben.

Mittel dagegen fallen auch nicht unbedingt vom Himmel; da beißt es sich dann auch wieder mit dem Fachkräftemangel, den wir haben, sowie mit der demografischen Entwicklung; auch das ist ja angesprochen worden. Wir haben ein Problem: Die gesamte Industrie, das Handwerk, sie alle suchen nach qualifiziertem Nachwuchs; wir haben aber zusätzlich das Problem, dass der demografische Wandel uns sehr viele Pflegebedürftige in die Einrichtungen, in die Versorgung bringt. Insofern müssen wir sehr multifaktoriell schauen, wie wir das überhaupt gelindert oder sogar bewältigt bekommen.

Das Thema Nachwuchs ist sicherlich ein Punkt; Zuwanderung ist ein Zweites, und genau hingucken: „Wer muss was machen, und welche Qualifikation braucht man für welche Tätigkeiten?“ ist ein Drittes.

Möglichkeiten der Entlastung sind auch schon genannt worden: Bürokratie reduzieren, in sinnvolle technische Systeme investieren, beispielsweise Dokumentation per Spracherkennung, und eine Dokumentation, die sich nach fachlichen Anforderungen richtet und nicht nach Kontrollbedürfnissen.

Welchen Beitrag kann die Selbstverwaltung – die kommende – leisten? Ich denke, in allererster Linie qualifizierte Informationen über den Beruf in der Gesellschaft geben; da haben wir auch ein großes Defizit. Wenn man Auszubildende fragt, dann sagen ganz viele, dass sie hören: „Ich finde es ja toll, dass du das machst, aber ich könnte das nicht.“ Auch das prägt das Bild des Berufs; es ist auch nicht unbedingt für jeden ein Einstieg. Und da, denke ich, haben Verbände schon viel geleistet; aber es scheitert natürlich auch immer an Mitteln und Möglichkeiten.

Das Selbstverwaltungsorgan, die kommende Pflegekammer, hat natürlich auch ganz andere Möglichkeiten, über den Beruf zu informieren, darüber zu informieren: Was machen die Pfleger? Was macht die Pflege aus? Welche Bedeutung hat die Pflege für die Gesellschaft? Da entsteht ja eine ganz andere Power, und das betrachte ich auch als eine ganz wichtige Aufgabe. Im Grunde hat der Errichtungsausschuss mit einem Organ, der Zeitschrift „Pflege & Familie“, schon damit begonnen, wo wirklich qualifizierte Beiträge zum Thema Pflege, von Pflegenden geschrieben, zu finden sind; der Fokus liegt dabei auch auf dem Themenfeld der pflegenden Angehörigen und der qualifizierten Pflege. Das ist vielleicht auch ein Baustein, und da können die Kammern noch sehr viel mehr leisten, wenn sie richtig am Start sind.

Die Definition von Ausbildungsinhalten und auch die Ausbildungsbetreuung sehe ich ebenfalls als eine Aufgabe der zukünftigen Kammer. Ich denke, auch da brauchen Auszubildende eine Anlaufstelle, wenn es in der Praxis hakt, wo dann auch geholfen werden kann. Das ist durchaus leistbar und muss Aufgabe einer Kammer sein. Denn

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

wenn man sich nicht um den Nachwuchs qualifiziert kümmert, wird es sehr schwierig werden.

Da kann ich mir durchaus vorstellen – auch wenn eine Kammer natürlich nicht die Personalprobleme beseitigen kann –, dass da, wo nicht qualifiziert ausgebildet wird, dies auch der Aufsicht der Kammer unterliegt und die Kammer eingreifen muss. Die Möglichkeiten dazu hat sie dann, und da wird sicherlich einiges in Bewegung kommen.

Am Ende ist es natürlich so, dass die Qualität eines Berufs auch dadurch bestimmt wird, dass deutlich wird, dass dieser Beruf vom Berufsstand selbst gestaltet wird. Das haben wir überall, auch im Handwerk; das haben wir in allen Berufen, nur in der Pflege ist das im Moment noch nicht so. Und da müssen wir hin; auch das macht nämlich den gesellschaftlichen Stellenwert eines Berufs aus, und das ist, glaube ich, auch eine ganz wichtige Aufgabe.

Sigrid Averagesch-Tietz (Verband der Ersatzkassen e. V. [vdek], Landesvertretung NRW): Guten Tag! Vielen Dank, dass wir die Möglichkeit zu einer schriftlichen Stellungnahme hatten und nun auch hier Fragen beantworten können.

Wichtig ist, glaube ich, erst mal, dass für gewisse Probleme in der Pflege, in der stationären Pflege, personalrechtliche Grundlagen geschaffen werden – oder wurden –, nämlich zum einen, dass ab Juli 2023 das Personalbemessungsinstrument eingeführt werden soll, sodass bundeseinheitlich die Anzahl der Pflegekräfte nach der Struktur der zu Pflegenden – also der Pflegeheime und daran orientiert, welche Grade der Pflegebedürftigkeit vorhanden sind – bemessen werden kann.

Neu ist auch die Tariflohnbindung zu den Einrichtungen, die bisher nicht tarifgebunden sind. Dieser Prozess läuft; das heißt, ab Mitte nächsten Jahres wird es in Nordrhein-Westfalen wie auch in allen anderen Bundesländern jeweils einen landeseinheitlichen Tariflohn geben, der sich daran bemisst, welche Löhne die tarifgebundenen Einrichtungen bezahlen. Das ist im Aufbau, sodass die beiden Kritikpunkte – zu wenig Lohn und zu wenige Pflegekräfte – in den nächsten Jahren auf rechtlicher Grundlage angegangen werden.

Beides wird dazu führen, dass die Kosten für die Pflegeversicherung steigen werden; da stimme ich Herrn Hahn zu. Wir haben errechnet, dass das mindestens 10 % sein werden. Diese Kostensteigerungen werden sich verlagern auf die Pflegebedürftigen. Das gilt sowohl für die stationäre Pflege als auch für die häusliche Pflege. Denn dort sind dieselben Pflegekräfte, und die bekommen ja auch einen Tariflohn. Die Folge wird sein, dass die Eigenanteile steigen und damit mit Sicherheit auch die Kosten der Kommunen in den Fällen, in denen über die Sozialhilfe Unterstützung gewährt wird.

Das alles führt dazu, dass wir als Ersatzkassenverband auch eine Notwendigkeit sehen, die Pflegefinanzierung auf andere Beine zu stellen. Das heißt, bisher reicht die Finanzierung nicht aus. Wir treten dafür ein, dass ein dauerhafter, kontinuierlicher und verlässlicher Bundeszuschuss die Pflegeversicherung unterstützt.

Das setzt voraus, dass wir eine politische Diskussion über die Frage führen: Was ist uns Pflege wert? Welchen solidarischen Beitrag möchte die Gesellschaft dazu leisten?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Eine Verlässlichkeit einerseits insofern, als die Sozialversicherungsbeiträge für die Versicherten nicht weiter steigen, und andererseits als Verlässlichkeit für die in den Pflegeeinrichtungen Beschäftigten ist sehr wichtig. Und dafür braucht man auch eine verlässliche Finanzierung.

Das alles wird natürlich den Fachkräftemangel, den wir auch in der Pflege wahrnehmen und haben, nicht beheben, auch wenn die Grundlagen sicherlich besser geworden sind. Aber das führt dazu, dass wir auch weitere Maßnahmen brauchen: eine Verstärkung der Ausbildung, aber auch das Bemühen, diejenigen in der Pflege zu halten, die bereits in der Pflege sind. Das schafft man unseres Erachtens nur dadurch, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern, das heißt über den Tariflohn hinaus, dass ein gutes Arbeitsklima da ist, dass die Möglichkeit zu Fortbildungen gegeben ist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser umgesetzt wird, dass es verstärkt eine gute Führungskultur auch in den Pflegeeinrichtungen gibt, dass auch betriebliche Gesundheitsförderungsangebote für die Beschäftigten gegeben sind bzw. eine gesundheitsfördernde Struktur in den Pflegeheimen aufgebaut wird.

Ein weiterer Baustein: Da alle Zahlen belegen, dass durch den demografischen Wandel wir den Pflegekräftemangel nicht aus eigener Kraft beheben werden, führt dies sicherlich auch dazu, dass wir mehr Zuwanderung brauchen. Das kann man einerseits durch die bessere und schnellere Anerkennung der Ausbildungsqualifikation von Zuwanderern erreichen, andererseits aber auch dadurch, dass man entsprechende Regelungen, Zuwanderungsregelungen schafft, die Erleichterungen für Pflegekräfte vorsehen. Das sind natürlich Dinge, die in Berlin geregelt werden müssen. Die Zuwanderungsregelungen sind derzeit ja auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen; vielleicht nimmt man diesen Bereich ebenfalls mit hinein.

Eine weitere Verbesserung ist für uns auch durch die Digitalisierung zu erwarten. Das führt zu Entbürokratisierung, zu einfacheren Verfahren. In den Krankenkassen läuft dieser Prozess, in den Pflegeeinrichtungen soll dieser Prozess auch kommen. Es laufen derzeit in Nordrhein-Westfalen Verhandlungen über die Entbürokratisierung oder die leichtere Handhabung durch Digitalisierung. Langfristig gehört da sicherlich auch die Robotik dazu, also Hilfsinstrumente für die in der Pflege Beschäftigten, damit deren gesundheitliche Risiken oder Belastungen geringer werden.

Wir treten auch dafür ein, dass die Digitalisierung vorangetrieben wird; wir halten dabei den vorgeschlagenen Digitalbonus für ein Instrument, das in die richtige Richtung zielt, gehen aber davon aus, dass die Kosten sehr viel höher sein werden, als ein Digitalbonus als einmaliger Zuschuss abdecken kann. Dies wird ja bereits geleistet, die Unterstützung ist aber nicht ausreichend, sodass da aus unserer Sicht ein Förderprogramm des Landes sehr sinnvoll wäre, um nachhaltig die nötige Infrastruktur in den Pflegeheimen zu implementieren. Im Krankenhausbereich gibt es das ja bereits.

Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nrw e. V.): Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier Stellung zu beziehen. Ich werde als komba gewerkschaft den ersten Aufschlag machen und versuche, auch ver.di und GEW noch genug

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Platz und Raum für Vorschläge zu lassen. Ich glaube, dass wir uns da gut ergänzen, weil wir in den meisten Fragen auch nicht auseinanderliegen.

Wahrscheinlich hätten die Abgeordneten am liebsten eine Liste von uns, die man Punkt für Punkt abhaken kann, um zu Verbesserungen zu gelangen. Ich werde dies tatsächlich versuchen, weil ich glaube, dass wir viele kleine Stellschrauben haben, an denen wir drehen müssen. Es gibt nicht die eine große, sondern es sind viele kleine, um das große Rad zum Drehen zu bringen. Vielleicht können wir heute ein paar Anregungen geben, wie man das schaffen kann.

Letztendlich ist es so – das haben uns viele Studien gezeigt –: Es ist nicht hip, einen sozialen Beruf zu erlernen. Da gab es letztes Jahr eine Veröffentlichung aus Berlin: Ganz viele Jugendliche finden das eine sinnvolle Aufgabe und halten die Berufe auch für interessant; wenn sie sich aber am Ende entscheiden müssen, ist das nicht unbedingt der hippe Beruf. Wer in WhatsApp auf die Frage nach der Ausbildung schreibt: „Ich werde Altenpfleger“, „Ich werde Erzieher“ oder ähnlich, der, so antworten ganz viele Jugendliche, muss eher einen Shitstorm befürchten und muss sich verteidigen, wenn es um die Frage geht: Warum will ich denn diesen Beruf erlernen?

Ich glaube also, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und das richtet sich an uns alle und auch an Menschen, die heute nicht hier im Raum sind. Soziale Berufe sind keine Berufe – es wurde eben schon gesagt –, wo man lediglich ein Herz haben muss, sondern dies erfordert hochqualifizierte Menschen mit einer hochqualifizierten Ausbildung. Es ist wichtig, dass wir dies langfristig hinbekommen.

Wir reden sicherlich über kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele, und für alle diese Ziele brauchen wir die eine oder andere Stellschraube, an der wir drehen können.

Für beide Bereiche, für den Bereich der Pflegeberufe wie auch für die Berufe in der frühkindlichen Bildung, ist es grundsätzlich so, dass man in der Anfangsphase nicht unbedingt schlecht verdient, sofern man unter den Flächentarifvertrag fällt. Das möchte ich betonen. Die Frage ist aber die nach der Perspektive. Und die ist z. B. in der Altenpflege fast gleich null; in der Krankenpflege sieht es ein bisschen anders aus, weil man da mehr Qualifizierungs- und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten hat. Auch dort ist das mit Sicherheit noch ausbaufähig, aber in der Altenpflege gibt es diese kaum, und in der Kitawelt sind sie auch nicht vorhanden. Wenn ich als Erzieherin anfangen, bin ich Erzieherin und bekomme natürlich nach und nach mehr Geld, je nach Erfahrungsstufe, weil ich berufsälter werde. Ich kann mich dann auch noch entscheiden, ob ich vielleicht Leiterin oder stellvertretende Leiterin werden will. Aber alles andere, was ich an Qualifizierung für mich selber mache – die ich oft auch noch selbst finanziere und in die ich Zeit investiere –, bringe ich on top meinem Arbeitgeber mit und schenke sie ihm. Das ist dann nichts, was zusätzlich vergütet wird.

Wir sind als Tarifparteien dabei, auch im nächsten Jahr in der Runde für den Sozial- und Erziehungsdienst die Arbeitgeber sensibel zu machen. Das Problem ist – und das ist ein Appell an die Politik –: Jetzt rufen alle, wie furchtbar das ist mit dem Fachkräftemangel. Wenn Sie aber mit den Arbeitgeberverbänden am Tisch sitzen, dann ist der

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

gar nicht mehr ganz so schlimm, weil das Portemonnaie dann aufgemacht werden muss, und dann hat es sich gerade ein bisschen entzerrt. Deswegen wäre es auch wichtig, im Hinblick auf die Tarifrunde im nächsten Jahr von politischer Seite noch mal Druck zu machen und zu sagen: Doch, es ist eigentlich bereits fünf nach zwölf!

Also, die Perspektiven sind ein großer Bereich, und da kann man mit Zusatzqualifizierung – die jede Kita z. B. in Konzepten theoretisch festlegen könnte – – Wofür braucht es Qualifizierungen? Es gibt Pflichtqualifizierungen; es gibt die Kinderschutzfachkraft als Beispiel, die jede Kita mittlerweile braucht. Auch das wird in keiner Weise honoriert.

Wir haben eben über die Frage gesprochen: Wie sieht es mit den Ausbildungsaussichten aus? Wir haben Rückmeldungen von Fachschulen, die tatsächlich mehr Bewerbungen haben, als sie annehmen können. Das Land hat ja schon einen zweiten Standort installiert für Lehrkräfte für die Fachschulen und Berufskollege für Erzieher*innen. Klar müssen wir da erst mal warten, bis das Lehrpersonal auch ausgebildet ist, damit es überhaupt an den Fachschulen zum Einsatz kommt. Auf der anderen Seite haben wir aber die Rückmeldung, dass es nicht genug Praxisplätze gibt.

Frau Clauß, Sie haben es eben gesagt: Es ist eine hohe Belastung für die Kolleg*innen, auch noch on top auszubilden und qualifiziert gut auszubilden. In der Regel sind sie bisher nicht wirklich qualifiziert, es sei denn, der Träger legt viel Wert darauf und macht das in Eigeninitiative. Auch das wäre also ein großes Pfund, wenn man da landeseinheitlich sagt: Praxisanleitung muss qualifiziert sein. So können wir als Tarifpartner auch versuchen, das so zu regeln, dass es dann auch endlich bezahlt wird. Und was sie dafür auch brauchen, ist Zeit. Das kann man nicht on top auch noch in die Alltagsarbeiten mit einbeziehen.

Deswegen würde ich dafür werben. Das würde die Menschen, die ausbilden, auch dazu motivieren, auszubilden. Denn im Moment sehen die es nicht so, dass sie langfristig für die eigene Entlastung sorgen, sondern sie sehen nur die aktuelle Belastung durch die Ausbildung.

Damit sind wir an einem weiteren Punkt: Wir müssen uns in den einzelnen Systemen wirklich und ehrlich mal die Belastungen anschauen. Die Meldungen nach § 47 SGB VIII gibt es in der Regel nicht, weil zu wenig Personal vor Ort ist. Wenn man mal in die Kitas reinschaut: Wir bekommen im Moment gerade wieder ganz verstärkt Rückmeldungen dazu, wo es in viergruppigen Kitas nur noch fünf Menschen gibt, die diese viergruppige Kita offen halten. Die stellen sich in den Flur, um zur Toilette zu gehen. Wenn wir dann zurückmelden: „Das musst du mit dem Träger besprechen; irgendwann ist auch die Aufsichtspflicht, die Verantwortung, nicht mehr abgedeckt“ – – Das wird da halt auch schwierig.

Wenn natürlich eine Kollegin in dieser Situation ist, und die Nachbarin hat eine Tochter, die sich gerade nach einem Beruf umschaute, und die Kollegin kommt jeden Abend auf allen Vieren nach Hause, dann ist das nicht unbedingt motivierend, sich diesen Job auszusuchen.

Wir drehen uns immer im Kreis und sollten uns deswegen die Belastungen angucken und schauen: Wo können wir an Belastungen auch etwas verändern?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

In der Pflege kriegen wir immer wieder die Rückmeldung: Es ist der Dienstplan, der für große Ärgernisse und Belastungen sorgt; das ist häufig auch der Grund, warum nicht in Vollzeit gearbeitet wird. Viele sagen nämlich: Ich arbeite sowieso schon darüber hinaus; ich schaffe das schon nur noch in Teilzeit. Auch dieses ewige Holen aus dem Frei ist ein großes Thema.

Auch das ist also eine kleine Stellschraube; es gibt nämlich Best-Practice-Beispiele, wo das mit den Dienstplänen ganz gut funktioniert und das Personal mit eingebunden ist. – Wie gesagt, man muss sich diese Beispiele im Einzelnen anschauen.

Aufgabenkritik wäre auch noch ein Punkt. Wir haben ganz viel gehört von multiprofessionellen Teams – muss jeder, der in einer Kita arbeitet, dort alles machen? Das, sagen wir als kombi gewerkschaft, muss nicht sein; vielmehr muss man eine klare Aufgabenkritik machen – das gilt auch im Pflegebereich –: Was ist wirklich Fachkraftaufgabe, und was können unterstützende Kräfte machen?

Herr Dr. Maelzer, ich möchte gerne stellvertretend für die Gewerkschaft einen Hinweis geben: Wir waren niemals gegen das Kitahelfer-Programm. Wir haben in der Kibiz-Novellierung sogar unterstützende Kräfte on top, extra, gefordert. Als wir im letzten Jahr mit dem Minister im Gespräch waren, als die Pandemie begann, haben wir dafür plädiert, dass es unterstützende Kräfte braucht, damit die Kolleg*innen vor Ort überhaupt den Betrieb aufrechterhalten können.

Was wir kritisiert haben, war die Aufzählung der Aufgaben, die aus dem Ministerium kam, für die Kitahelfer. Da haben wir gesagt: Da müssen wir noch mal genauer hinschauen; das sind nicht nur unterstützende Tätigkeiten, sondern auch Fachkrafttätigkeiten. Das haben wir kritisiert, aber nicht grundsätzlich die unterstützenden Kräfte; es waren nur drei Punkte oder drei Spiegelstriche in der Aufzählung der Tätigkeiten, die diese übernehmen sollen.

Deswegen möchte ich es unterstreichen – das ist ein Punkt, den wir auch noch mal aufgenommen haben –: Genau diese unterstützende Kräfte würden für Entlastung sorgen, weil sich die Fachkräfte auf ihre Fachkrafttätigkeiten – gerade jetzt, bei „Aufholen nach Corona“ – noch viel stärker konzentrieren könnten.

Eine weitere Frage von Herrn Kamieth bezog sich auf das Thema Schulgeld und dessen Auswirkungen. Hier in NRW ist das Schulgeld Gott sei Dank in beiden Bereichen fast komplett abgeschafft. In anderen Bundesländern gibt es das noch; da wundern wir uns immer, wie man daran noch festhalten kann.

Für uns – das haben wir auch in der Stellungnahme betont – ist wichtig: Es gibt immer noch Ausbildungszweige, die nicht bezahlt werden. Und da sollte man sich wirklich alle Ausbildungszweige anschauen und überlegen: Kann man sich das noch leisten, dort nicht für eine Bezahlung zu sorgen, sodass das attraktiver wird? Es müssen ja auch noch Lehrmittel angeschafft werden. Wenn man also Leute haben will, muss man vielleicht auch an diesen Stellschrauben schauen, wie man sie besser motiviert.

Duale Studiengänge – danach hatte Herr Hafke gefragt –: Da gibt es, meinen wir, noch Ausbaumöglichkeiten, dass Kommunen Kooperationen mit Fachhochschulen eingehen, um diese dualen Studiengänge anzubieten. Das geht nicht einfach so; man kann nicht einfach sagen: „Ich möchte den machen“, sondern da müssen FHs mit Kommunen Kooperationen abschließen. Wir haben da bisher gute Erfahrungen von beiden Seiten aus gemacht; die Kommunen, die das machen, sagen: „Ich habe mehr Chancen, das Personal an mich zu binden; wir lernen uns schon mal kennen“, und von der anderen Seite her wird gesagt: So lerne ich schon mal meinen Arbeitgeber kennen und weiß, was auf mich zukommt und welche Perspektiven ich habe. – Das ist also, wie wir meinen, eine Win-win-Situation.

Das Stichwort Führung ist hier eben gefallen; auch das ist eine wichtige Stellschraube, und zwar für beide Bereiche, die frühkindliche Bildung wie auch die Pflege. Wir müssen uns auch noch mal darauf konzentrieren: Wie qualifiziert ist Führung? Teams stehen und fallen mit guter Führung; ich glaube, das brauche ich hier niemandem zu sagen. Gerade in den sozialen Berufen ist auch immer noch hin und wieder die Annahme: „Das hat sie gut gemacht, dann kann sie das ab jetzt auch in Führung machen.“ Auch da müssen wir aber zu Qualifizierungen übergehen, damit Teams nicht heruntergewirtschaftet werden – ich drücke es mal überspitzt aus – durch schlechte Führung und es nicht dazu kommt, dass Menschen das System verlassen.

Abschließend – dann gebe ich an meine Kollegin Marlene Seckler ab – möchte ich noch mal sagen, dass wir mit großer Sorge die Abwanderung der Kolleginnen und Kollegen in den letzten Monaten aus beiden Bereichen, aus der Pflege und aus der Kindertagesbetreuung, sehen. Immer öfter rufen Menschen an und fragen: Was kann ich noch anderes tun? Mir reicht es jetzt; ich möchte da rausgehen.

Wir versuchen immer noch, zu motivieren und den Ausblick zu geben: Es kommen auch andere Zeiten; lasst uns doch lieber gemeinsam dafür kämpfen, dass wir etwas ändern können und dass ihr bleiben könnt. Aber ich glaube, es braucht tatsächlich jetzt endlich die eine oder andere Schraube, die wir drehen. Ein paar Beispiele habe ich jetzt gebracht; ich hätte noch mehr auf Lager. – Aber nun spricht Marlene Seckler.

Marlene Seckler (ver.di NRW): Ich habe auch noch einiges auf Lager; die Zeit wird dafür vermutlich nicht reichen. Ich fange trotzdem nicht bei dem an, über das Sie alle schon gesprochen haben – Arbeitsbedingungen, Ausbildungsvergütung usw. –; ich denke, das haben wir hinreichend dargelegt. Mir geht es vielmehr noch einmal um die Perspektive.

Herr Gemke, Sie hatten die Stimmungslage etwas angesprochen. Diese kommt nicht nur daher, dass man sich in den sozialen Medien nach den Algorithmen immer nur auf das Negative fokussiert, sondern die Situation ist teilweise wirklich sehr schwierig.

Corona hat auch dazu geführt, dass verschiedene Punkte eine noch größere Rolle spielen als zuvor: Teilzeit wird verstärkt nachgefragt. Wir haben die Situation, dass Leute, die zu den sogenannten gefährdeten Gruppen gehört haben – die Schätzung liegt zwischen 5 und 10 % –, in dem Angebot, das sie von ihrer Kommune, von ihren

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bekommen haben, in andere Jobs abgezogen wurden und nicht mehr zurück wollen, weil sie endlich mal einen stressfreien Arbeitsplatz haben – obwohl sie finanziell teilweise Abstriche hinnehmen müssen.

Das sind einzelne Punkte, die aber einen Gesamtrahmen bilden. Wir schauen auf die geburtenstarken Jahrgänge: Im Moment sind wir in der Situation, dass 28 % der derzeitigen pädagogischen Fachkräfte in den Kitas – ich rede gerade nur über die Kitas und nicht über die Pflege im Allgemeinen – in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen werden.

Wie können wir das aufholen? Wir können wir die Attraktivität – jetzt gehe ich direkt auf die Fragen ein – steigern? Herr Maelzer, wir können diese steigern, indem wir bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Wie schaffen wir diese? Indem wir gucken, dass eine bessere Personalbemessung kommt, dass wir ein Ausfallmanagement haben, dass wir Verfügungszeiten einführen – die in der Reform, im Reförmchen von Ende 2019 angesetzt wurden, aber nicht in ausreichendem Maß. Denn momentan haben wir die Spirale nach unten. Ich schließe mich hier Sandra van Heemskerck an: Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, die Attraktivität sinkt, und dadurch ist die Motivation, diesen Beruf zu ergreifen, sehr niedrig und nimmt immer mehr ab – und das, obwohl die in diesem Beruf Tätigen von ihrer Haltung her unglaublich gern mit Kindern arbeiten; tatsächlich nämlich ist es eine Berufung und nicht irgendein Job, den man macht. Und diese Berufung wird ausgeübt, solange die Menschen das aushalten und es können.

Das Wohlwollen, das die Erzieher*innen, die Kinderpfleger*innen, die pädagogischen Fachkräfte den Kindern gegenüber an den Tag legen, auch während Corona, ist so groß, dass sie in Kauf nehmen, dass sie frühkindliche Bildung überhaupt nicht mehr leisten können. Dies findet nicht statt. Sie können im Endeffekt nur noch aufpassen – aufpassen, dass nichts passiert. Das kann aber weder der Job sein, noch ist es attraktiv.

Ich komme auf die Zahlen: Dort zeigt sich eine kleine Verschiebung zwischen den vollschulischen Absovent*innen zu den PiA-Leuten. Da sind wir bei 819 im Jahr 2020 gewesen. PiA ist sicherlich ein besseres Angebot, weil – Frau Clauß, Sie hatten es auch schon gesagt – eine Vergütung da ist. Damit wird ein höheres Potenzial angesprochen. Was aber ebenfalls unbedingt gesehen werden muss, ist, dass im letzten Jahr über 25.000 Personen pro Schüler*innenjahr die vollschulische Ausbildung gemacht haben, wir am Schluss jedoch nur knapp 6.500 Absovent*innen haben. Wie hoch der Prozentsatz ist, können Sie sich selbst ausrechnen.

Auch bei den Kinderpfleger*innen gibt es Jahr für Jahr 12.000 Personen, die als Schüler*innen dort zur Schule gehen; am Schluss gibt es aber nur 3.500 Absolvent*innen. Das muss dringend angeschaut und evaluiert werden, um herauszufinden, warum die Quote so niedrig ist. Liegt das an der Schwere der Ausbildung? Oder liegt es vielleicht daran, dass in den Praktika der Arbeitsalltag realistisch erlebt wird und das so abschreckend wirkt, dass die Leute es nicht mehr machen wollen?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Das wären viele Punkte, die wir angucken müssen. Auf jeden Fall muss die Dequalifizierung verhindert werden; es geht nicht an, dass Arbeitskräfte in Kitas geholt werden, die eigentlich keine pädagogischen Fachkräfte sind. Dann können wir nämlich frühkindliche Bildung abschreiben; das brauchen wir dann nicht. Dann muss aber auch ein ganz anderer Name gewählt werden, ein ganz anderer Titel, und dann hat das eine ganz andere Ausrichtung.

Es ist ganz wichtig, dass Sie das wissen: Wir brauchen eine Ausbildungsvergütung. Wir müssen Leute positiv auf diese Jobs ansprechen. Wir müssen aber auch – und das ist ganz wichtig – den Nachwuchs im Blick haben. Das ist ganz wichtig – Herr Mostofizadeh hat es angesprochen –: Der Nachwuchs wird dadurch generiert, dass wir darauf gucken, inwiefern wir z. B., wenn wir neue Leute haben, die zu uns in die Einrichtung kommen, auch eine Praxisanleitung haben. Diese Praxisanleitung braucht Zeit, um anzuleiten; tatsächlich aber machen die das in der Regel nebenbei. Und das geht gar nicht. Viele Praxisanleiterinnen waren zwei oder drei Jahre als Erzieherinnen in der Kita und werden dann gefragt: Magst du eine Praxisanleitung machen? Sie kriegen aber keine Qualifizierung zur Praxisanleitung. Diese ist nicht vorhanden, nicht existent, nicht im Angebot. Es gibt Kommunen, die das tun, das sind aber die wenigsten. – Das heißt, wir haben, egal wo wir hingucken, Probleme.

Mir geht es nicht um ein Totschlagsargument; mir geht es darum, dass wir überall da anfangen, wo wir anfangen können. Dazu gehört möglicherweise auch, einmal in die Niederlande zu gehen und dort Kitahelferinnen oder Leute zu suchen, die Erzieherinnen sind. Mir ist alles recht; wir müssen einfach anfangen, die Situation zu verändern und den Aufwuchs, der bei den Plätzen stattfindet, endlich mit Leuten zu füllen. Momentan geschieht das alles auf dem Rücken der Beschäftigten – und das jeden Tag ein Stück mehr; wir haben jeden Tag mehr Probleme.

Die Kernpunkte des Fachkräftemangels sind auch auf der Ebene zu beheben: Wir brauchen eine Ausbildungsvergütung. Zwischen 2017 und heute haben wir einen Aufwuchs von 140 Studienplätzen; es sind 100 Bachelorplätze mehr, um Erzieher*innen in Fachhochschulen auszubilden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung; es wird aber nicht ausreichen. Wir sind im U-3-Bereich noch nicht einmal bei einer Betreuungsquote von 30 %; da kommt also noch ganz viel auf uns zu – und wir haben einfach keine Leute!

Corinna Huss (ver.di NRW): Ich komme heute direkt aus der Praxis und kann ein aktuelles Beispiel geben: Wir sind eine viergruppige Kita mit 90 Kindern und waren heute mit fünf Kolleginnen dort und mussten das Ding stemmen. Da spreche ich nicht mehr über einen Fachkraft-Kind-Schlüssel und auch nicht mehr über frühkindliche Bildung, sondern da ist einfach nur noch irgendwie überleben angesagt.

Was für uns ganz wichtig ist: Klar, wir haben auf dem Papier 16 Stellen in der Kita. Es wäre aber schön, wenn diese auch mit Menschen besetzt wären. 16 Kolleginnen, die zuständig sind für die frühkindliche Bildung von 90 Kindern – das hört sich super an. In echt aber gibt es bei uns ein Beschäftigungsverbot, eine Langzeiterkrankung, dann ist eine Stelle nicht neu besetzt worden, weil es einfach keine Bewerbungen gibt. Es

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

ist also nicht so, dass die Menschen einfach mal eine Woche krank sind, sondern sie fehlen langfristig.

Dann höre ich aber: Flexibilisierung, Ausbau U 3. – Es gelingt doch noch nicht mal, die vorhandenen Stellen mit Menschen zu besetzen. Wie kann ich denn da noch mehr verlangen?

Für uns ist ganz wichtig: Wir haben eine PiA-Praktikantin, und wir bilden auch aus. Aber Zeit hat eigentlich keiner dafür. Das müsste im Dienstplan schon berücksichtigt werden können – Zeit, um Praktikanten anzuleiten, um etwas vorzubereiten, um Elterngespräche zu führen, um eine Bildungsdokumentation zu schreiben. All diese Dinge benötigen Zeit – die aber in unserem ganz normalen Alltag nicht da ist. Und diese Zeit fehlt immer den Kindern, wenn wir uns zurückziehen, um diese Dinge zu tun. Ich wünsche mir daher einfach mehr Menschen in der Kita, und ich glaube, dann erledigen sich die Probleme auch von alleine; denn dann ist das auch ein attraktiver Job und nicht einer, bei dem man wirklich auf allen Vieren abends nach Hause krabbeln muss.

Marion Vittinghoff (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Wir bedanken uns auch für die Einladung. Ganz vieles ist schon gesagt worden, und wir wollen nicht alles wiederholen. Bei den Menschen, mit denen ich im Vorfeld gesprochen habe, ist das, was Frau Huss gerade sagte, ebenfalls deutlich geworden. Viele sagen: Wir brauchen unbedingt mehr Leute in den Kitas. – Wir sprechen jetzt auch hauptsächlich für den Kitabereich, weil wir das Personal im Bildungsbereich organisieren.

Das AlltagshelferInnen-Programm, das jetzt leider wieder eingestellt wird, kam in den Kitas an sich sehr gut an. Man muss eben aufpassen, dass das als Ergänzung gesehen wird und nicht Fachpersonal beiseite drängt; das ist ganz wichtig.

Zum anderen habe ich nachgefragt: Was fehlt? Die Antwort: Zeit. Es gibt einfach keine Zeit für pädagogische Aufgaben oder für Leitungsaufgaben. Das muss alles nebenher laufen. Wir sind manchmal wirklich so wenige, dass es einfach nur noch dafür reicht, die Kinder irgendwie zu betreuen, zu verwahren und zu gucken, dass nichts passiert.

Dann wird auch der hohe Lärmpegel häufig als Problem benannt; Lärmschutz ist also auch sehr wichtig. Die Erzieherinnen kommen abends nach Hause und sind einfach kaputt. Ich habe mit Menschen gesprochen, die Mitte 40 sind und sagen: Ich glaube, ich mache noch mal irgendetwas anderes; ich schaffe das nicht. Diese Aufgabe kann ich bis ins Alter überhaupt nicht durchführen.

Da muss man gucken: Gibt es Altersermäßigung? Gibt es Ermäßigungsstunden, die man für irgendetwas gewähren kann? Gibt es Angebote im Arbeits- und Gesundheitsschutz? Wie kann die Gruppengröße so zugeschnitten werden, dass das passend ist? Ausbildungsvergütung ab dem ersten Tag ist ebenfalls wichtig, auch dann, wenn die Ausbildung in der Schule stattfindet. Eine tarifliche Bezahlung, Qualifizierungsmöglichkeiten sowie Wertschätzung für erlangte Qualifizierungen, Aufstiegsmöglichkeiten, die Möglichkeit, den Arbeitsbereich auch mal zu wechseln – all diese Dinge fehlen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Die meisten haben diesen Beruf gewählt, weil sie gern mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, aber viele sind jetzt an einem Punkt, wo sie sagen: „Das geht so nicht mehr, das schaffen wir nicht mehr.“ Und da müssen wir ran.

Prof. Dr. Markus Zimmermann (Hochschule für Gesundheit, DPW Department für Pflegewissenschaft): Ich bedanke mich ebenfalls für die Einladung und möchte jetzt nicht zu redundant sein; es sind wirklich schon ganz viele wichtige und intelligente Dinge gesagt worden. Für mich stellt sich ein bisschen die Frage: Wo können Sie da politisch anknüpfen? Ich glaube, da gibt es schon ein paar Ebenen, die einfach eine große Rolle spielen.

Das eine ist das oft erwähnte Phänomen der Durchlässigkeit. Ich glaube, das gilt für beide Felder; ich kann aber nur für die Pflege sprechen, und da ist es tatsächlich so, dass es von der Hilfskrafttätigkeit bis zum Advanced Nursing Practitioner – also jemand auf Master-Level – eine Durchlässigkeit geben muss und dass es so etwas wie Karriereoptionen geben muss. Natürlich wird nicht jede Hilfskraft ein Doktorat vor Augen haben; aber es muss Karriereoptionen geben, und diese Karriereoptionen müssen auch definiert sein.

Das müssen natürlich die Institutionen, bei denen diese Menschen arbeiten, wissen und müssen es ihnen auch vermitteln. Denn das Thema Personalbindung wird ohne Karriereplanung nicht funktionieren. Und die Generation, die jetzt aus den Schulen kommt, die möchte eine Karriereplanung; sie möchten davon ausgehen können, dass es auch noch mal ein bisschen aufwärtsgehen kann, und sie möchten auch wissen, wie der Weg aussieht.

Was kann Politik dafür tun? Das geht natürlich zum Teil in die Wissenschaftspolitik hinein; es geht aber auch ins Berufsrecht hinein. Auf der einen Seite müssen diese akademischen Möglichkeiten auch berufsrechtlich definiert werden; auf der anderen Seite wird für das Thema Weiterbildung, Weiterentwicklung zukünftig die Pflegekammer stärker zuständig sein, die damit eine große und wichtige Aufgabe haben wird; denn Generalistik ist auf jeden Fall der richtige Ansatz. Es muss aber auch Optionen für das Danach geben. Da brauchen wir dann nämlich die klinischen Fachkräfte oder die Spezialisten, die in der Versorgung arbeiten.

Wir haben im Augenblick gerade in NRW so viele Auszubildende in der Pflegewie nie zuvor. Das ist eine riesige Chance, und ich teile auch die Einschätzung: Viel mehr können es nicht werden. Es gibt ja auch noch andere gesellschaftlich wichtige Aufgaben, die zu leisten sind. Deshalb kann das reine Starren auf die Zahl der Fachkräfte – auch wenn ich mir immer hohe Qualität und Qualifikation wünsche – nicht der einzige Weg sein. Wir brauchen da wirklich intelligente Lösungen. „Skill-Grade-Mix“ bedeutet eben auch, dass es auch Hochqualifizierte in diesem Kontext geben muss.

Da hat das Berufsgesetz in der Pflege natürlich die Möglichkeit geschaffen mit der hochschulischen Ausbildung, die ja Qualifikation patientenbezogen offeriert. Es geht auch um Führungsaufgaben, aber Führung patientenbezogen, nicht um Managementaufgaben.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Dieses zarte Pflänzchen scheint im Augenblick aber nicht nur nicht so richtig zu wachsen, sondern einzugehen. Denn wir haben an allen Studienstandorten, nicht nur in NRW, ganz große Schwierigkeiten. Es war ein Geburtsfehler, diese Ausbildungsvergütung anders als bei den Hebammen einzukassieren; das muss man ganz klar sagen. Ob man es dann Ausbildungsvergütung nennt oder wie auch immer; wer im Studium genauso viel praktische Ausbildungszeit ableistet wie in der praktischen Ausbildung, der braucht eine Kompensation. Unsere Studierenden haben sechs Wochen frei im Jahr; das schafft man nicht nebenher. Die gehen zum Teil als Hilfskräfte in die Pflege, sie arbeiten während des Pflegepraktikums am Wochenende, um sich irgendwie finanzieren zu können.

Da muss Politik meines Erachtens etwas machen, denn sonst wird dieser gesamte Skill-Grade-Mix nicht funktionieren.

Ich glaube, dass wir auch auf die Ausbildung noch mal gesondert gucken müssen. Da ist noch Entwicklungspotenzial; man kann nach anderthalb oder zwei Jahren Generalistik auch nicht erwarten, dass alles schon reibungslos läuft. Aber z. B. das sich Einstellen auf die verschiedenen Pflegesettings, in denen die Auszubildenden arbeiten, das kriegt auch noch nicht jede Schule komplett auf die Reihe. Die sind natürlich immer noch sehr verhaftet in ihrem Ursprungssetting, dem, in dem sie waren – also entweder Krankenpflege, Kinderkrankenpflege oder Altenpflege –; da ist sicherlich auch noch Unterstützungsbedarf.

Zum Thema Digitalisierung: Ich glaube, dass wir das weitgehend unterschätzen. Für die bereits im Beruf Stehenden ist das manchmal eine sehr harte Nuss; die haben zum Teil auch Angst davor. Für die Auszubildenden, für die, die hineinwachsen, muss man sagen, dass in dem Rahmencurriculum zum Pflegeberufegesetz die Interkulturalität meines Erachtens weitaus besser angebahnt ist als die Digitalisierung, auch wenn es nicht unbedingt ein Selbstläufer ist mit der interkulturellen Pflege. Aber hier muss auf jeden Fall nachgebessert werden; hier muss sich Politik überlegen, wie sie das abfedern kann.

Vorsitzende Heike Gebhard (AGS): Herzlichen Dank für diesen knappen „Rundumschlag“. – Ich darf die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete fragen: Gibt es weitere Fragen? – Kollege Preuß, bitte.

Peter Preuß (CDU): Ich habe eine Frage an die Vertreter der Landschaftsverbände zum Thema Pflegekammer. Herr Risse und auch andere haben deutlich gemacht, was die Pflegekammer leisten kann, um den Beruf attraktiver zu machen – berufliche Perspektive, Aus- und Weiterbildung sind als Themen ja genannt worden.

In der Stellungnahme der Landschaftsverbände heißt es – ich darf zitieren –:

Die Landschaftsverbände befürworten die Etablierung der Pflegekammer NRW und begrüßen, dass damit auch die Pflege als größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen mit einer Stimme als sachverständiges Gremium vertreten wird.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Das betrifft ja nicht nur das Innenverhältnis, sondern es betrifft natürlich auch das Gesundheitswesen. Hier wird die Pflegekammer als Bestandteil des Gesundheitssystems betrachtet. Da würde mich interessieren, was aus Sicht der Landschaftsverbände besonders relevant ist, um den Erfolg der Pflegekammer zu garantieren.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich wollte eigentlich gar nicht noch mal nachfragen, aber ich glaube, wenn man an die Frage des CDU-Kollegen anknüpfend das Thema rund machen will, dann sollte die gleiche Frage auch an ver.di gehen.

Susanne Schneider (FDP): Ich habe noch eine Frage an Frau Aversch-Tietz vom vdek. Sie haben sich im Rahmen Ihrer Stellungnahme für gezielte Investitionen in den Bereichen Elektronische Dokumentations- und Assistenzsysteme, Telecare und Robotik ausgesprochen. Können Sie mir sagen, wo es heute bereits Fördermaßnahmen gibt, wo gegebenenfalls Ausbaubedarfe bestehen und wie die von Ihnen angeregte Förderung ausgestaltet werden sollte? Welche finanziellen Bedarfe sehen Sie hier insgesamt?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich würde gern an den Punkt anschließen, den die Kollegin Schneider gerade gemacht hat – Stichwort Digitalisierung. Eine weitere Facette ist dabei – das würde ich gerne an den Pflegerat DBfK, den Landschaftsverband, die kommunalen Spitzenverbände und ver.di richten – die Frage: Mit welchen Methoden kommen wir denn bei der Digitalisierung weiter?

Ich würde gern auch das aufgreifen, was in der Stellungnahme insbesondere vom LVR stand, nämlich, dass wir auch die vorhandenen – oder eben nicht vorhandenen – Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung, gerade beim Personal, in den Fokus nehmen. Vor diesem Hintergrund frage ich, welcher Aufwand im Zweifel zu betreiben ist, um auch eine gewinnbringende Digitalisierung verankern zu können.

Der Beitrag von Prof. Zimmermann bringt mich ebenfalls zu einer Frage: Ich bin als Ehemaliger, der auch am Bett gestanden hat, sehr dafür, dass der Pflegeberuf massiv aufgewertet wird. Wenn aber die Vergütung auch im akademischen Bereich eingeführt würde, stellen sich gleich mehrere Fragen. Wie ist es dann in anderen vergleichbaren Bereichen? Sind nicht möglicherweise – das wäre meine These – die mangelnden Einsatzmöglichkeiten mit einer akademischen Ausbildung das schwerwiegendere Problem? Mit welchen Finanzierungsmethoden würden Sie da einsteigen? Vielleicht kann auch der Pflegerat hierzu noch kurz Stellung nehmen.

Vorsitzende Heike Gebhard: Nachdem alle Fraktionen die Gelegenheit zu einer zweiten Runde gehabt haben, kommen wir zur Antwortrunde.

Hermann Gemke (LWL – Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Zunächst zum Punkt Pflegekammer – wie können wir als Landschaftsverbände dazu beitragen, dass der Erfolg der Arbeit garantiert wird? Welche Punkte sind relevant für die Abstimmung mit der Pflegekammer?

Wir haben als Landschaftsverband zwei Ebenen, die uns wichtig sind und bei denen wir denken, dass die Arbeit der Pflegekammer tatsächlich etwas für uns als Kommunalverband bringt. Das eine ist: Wir sind ja selber auch Betreiber von Einrichtungen. Ich fange mit dem kleineren Bereich an, weil ich glaube, der verbandliche Aspekt hat da weitaus mehr Bedeutung. Als Betreiber von Einrichtungen sehen wir es, wie wir auch geschrieben haben, als sehr sinnvoll an, dass jetzt auch in Nordrhein-Westfalen der Weg beschritten wird, dass in den ganzen politischen Abstimmungen die Pflegekammer eine Stimme für die Pflege hat.

Es ist nicht so, dass Pflege vorher gar nicht gehört wurde, aber wie immer im Leben ist es gut, wenn etwas gebündelt wird und man einen festen Ansprechpartner hat. Und da werden wir als Landschaftsverband an den Stellen, wo wir auch als Kommunalverband mit in Abstimmungsprozessen sind – politischer wie nicht politischer Natur –, sehr auf das hören und das unterstützen, was von den Pflegekammern mit eingebracht wird, in dem Sinne, wie wir das miteinander besprochen haben. Das ist sozusagen das Zusammenarbeiten im Rahmen der verbandspolitischen Arbeit.

Ich glaube, das ist auch der wesentliche Punkt: Als Betreiber von Einrichtungen sehen wir den großen Vorteil tatsächlich darin, dass Pflege eine Stimme bekommt, eine weitere Stimme. Ich denke, Pflege hat schon viele Stimmen, aber hier jetzt eben auch berufspolitisch und verbandspolitisch.

Stefan Hahn (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Wenn ich es richtig sehe, sind wir nur von Herrn Mostofizadeh angesprochen worden, und zwar zum Thema Digitalisierung. Ich möchte nur einen Punkt unter diesem Megathema herausgreifen, aus der Erfahrung mit der Digitalisierung der Gesundheitsämter und der Kommunen insgesamt: Wenn wir erfolgreich sein wollen in der Digitalisierung im Bereich der Pflege oder auch im Bereich der frühkindlichen Bildung, dann sollten wir möglichst einen Masterplan haben und nicht Insellösungen produzieren, die dann dazu führen, dass die Mitarbeiter, die sich gerade an ein Programm gewöhnt haben, beim Wechsel zu einem anderen Arbeitgeber bei null anfangen. Es geht darum, dass das Ganze ein Stück weit kompatibel ist. Das ist das Erste, was mir dazu einfällt.

Aber zum Thema Digitalisierung könnte man wohl tatsächlich mehrere Sondersitzungen machen.

Ludger Risse (Pflegerat NRW): Zum Thema Digitalisierung: Da müssen natürlich Voraussetzungen geschaffen werden, wie eine einheitliche Fachsprache, damit dann wirklich auch in unterschiedlichen Einrichtungen das Gleiche gemeint ist, wenn etwas festgehalten wird.

Ich würde mir auch wünschen, dass wir das Paradoxon auflösen: In der modernen Welt ist ein Mensch in einer Pflegeeinrichtung, und der kommt ins Krankenhaus. Was passiert? Wenn die Pflegeeinrichtung digital gut aufgestellt ist, dann drucken sie einen Überleitungsbogen aus und geben ihn diesem Menschen mit ins Krankenhaus zu der Pflegefachperson, die dort diesen Überleitungsbogen, wenn sie gut ausgerüstet sind – – Eher

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

aber wird dieser Bogen wohl händisch in die Dokumentation übernommen. Das Gleiche machen wir dann bei der Verlegung zurück. Das kann in der digitalen Welt so nicht sein; das würde ich mir anders vorstellen. Das setzt natürlich viel voraus. Es muss datenschutzrechtlich sauber laufen; das steht völlig außer Frage.

Aber ich glaube, da gäbe es viele Entlastungsmöglichkeiten, die auch des Invests bedürfen. Denn Digitalisierung hat dann keine Chance, wenn ich, um zu dokumentieren, an irgendeinen anderen Ort gehen muss. Das muss by the way passieren. Vielleicht ist auch die Spracherkennung ein interessantes Thema; die einheitliche Fachsprache ist jedoch Voraussetzung.

Wenn wir dies hätten, könnten wir natürlich als „Abfallprodukt“ aus der digitalen Dokumentation der Pflegeleistung auch wertvolle Daten für eine angemessene Personalberechnung ziehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Angefragt war ich auch zu dem Thema „Finanzierung der Studiengänge“. Da ist mir aufgefallen: Dass die Studierenden, die im Rahmen eines grundständigen Studiengangs Praktika absolvieren, diese aber nicht finanziert bekommen, finde ich persönlich fast ein bisschen skandalös. Denn das sind natürlich wertvolle Auszubildende, die wir dringend brauchen.

Wenn man guckt, welche Schulabschlüsse die meisten Berufsanfänger mitbringen, so sind das in sehr vielen Fällen Abitur oder Fachabitur. Wenn wir denen keine adäquaten Angebote machen, um Ausbildung und Studium miteinander zu verknüpfen und das auch in dem Sinne attraktiv zu machen, dass es ebenso wie bei den Auszubildenden eine attraktive Vergütung gibt – zumindest für die Praktika –, dann stellen wir uns selbst ein Bein bei Menschen, die wir beruflich dringend benötigen. Da müsste dringend etwas passieren; das will ich dreimal unterstreichen und dazu noch zwei Ausrufezeichen setzen.

Sigrid Averagesch-Tietz (Verband der Ersatzkassen e. V. [vdek], Landesvertretung NRW): Wir halten die Digitalisierung in der Tat für einen ganz wesentlichen Aspekt, der in der Pflege stärker berücksichtigt werden sollte. Es gab ein Bundesprogramm – es läuft Ende dieses Jahres aus –, in dem die Digitalisierung von den Pflegekassen pro Einrichtung mit 12.000 Euro bezuschusst wird. Für 12.000 Euro bekommt man eine Software und ein paar Computer. Damit kann man dann eine Dienstplanung machen oder auch Fallkonferenzen innerhalb der Einrichtung. Aber das kann ja nicht allein das Ziel sein. Wenn wir Digitalisierung weiterdenken, dann bedeutet das auch die Verbindung zu den Ärzten – Televisiten, elektronisches Rezept –, um Wege zu ersparen.

Es kommen weitere, sicherlich auch notwendige Dinge innerhalb der Pflegeeinrichtung dazu, die auf digitale Instrumente umgestellt werden können. Es kommt hinzu, dass neben der Dokumentation auch andere Bereiche in dem Verhältnis zwischen Pflegeeinrichtung und Krankenkassen bzw. Pflegekassen digitalisiert werden können, so dass die Prozesse schneller und leichter und weniger zeitaufwendig vor sich gehen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Dann haben wir noch den Bereich Robotik, der – ebenfalls durch digitale Instrumente – die Pflegekräfte bei ihrer Arbeit unterstützen kann, z. B. bei Hebetätigkeiten, bei der Lagerung, wie auch immer. Wenn man das dazurechnet: Das können Pflegeeinrichtungen nicht aus eigener Kraft stemmen.

Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass das Land gezielt auch über ein Förderprogramm diesen Aufbau der digitalen Infrastruktur in einer Pflegeeinrichtung unterstützt.

Corinna Huss (ver.di NRW): Auch ich darf mit dem Thema Digitalisierung anfangen: Ganz spontan fällt mir als Erstes ein: Uns fehlt die Hardware. Wir haben gerade mal einen Computer und einen Laptop in der Einrichtung für alle Kolleginnen und Kollegen, die daran Bildungsdokus schreiben sollen. Jetzt könnte man natürlich argumentieren: Wir haben sowieso kein Personal und keine Zeit, die Dinger zu benutzen. Aber ich könnte mir solche Sachen sehr gut vorstellen. Da gibt es ja auch Übersetzer-Apps oder Anwesenheitslisten. Ich glaube, ein Programm wie WORD kann jeder bedienen; dazu fühlen sich die Erzieherinnen sicherlich in der Lage.

Wenn es dann um speziellere Dinge geht wie Kitaverwaltungsprogramme, bin ich sowieso dafür, dass das nicht die Erzieherinnen machen, sondern dass wir Verwaltungsmitarbeiter dafür kriegen. Von daher plädiere ich jetzt erst mal nur für ausreichend Hardware in den Kitas.

Marlene Seckler (ver.di NRW): Wenn wir uns der Illusion hingeben, dass die Pflegekammer dazu gut ist, die Arbeitsbedingungen zu verändern, dann bleibt das eine Illusion. Die Kammer kann keine Gewerkschaft sein. Es gibt dort keine Mitbestimmungsmöglichkeit, und die demokratische Verfasstheit ist auch eine ganz andere als das, was man mit Mitbestimmung und Mitgestaltung vereinbart.

Es gibt einige Bundesländer, die die Pflegekammer schon wieder rückgängig gemacht, sie abgeschafft oder gar nicht erst zugelassen haben. Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht von ver.di die Pflegekammer ein zahnloser Tiger.

Prof. Dr. Markus Zimmermann (Hochschule für Gesundheit, DPW Department für Pflegewissenschaft): Ich danke für die Frage nach dem Verbleib gerade auch von hochschulisch Qualifizierten: Es gibt zunehmend Stellen dafür, aber es sind immer noch sehr, sehr wenige. Es gibt ja jetzt zumindest die tariflichen Voraussetzungen, diese Kräfte anders zu bezahlen. Ich glaube, für die Politik wäre es wichtig und interessant, diese Gruppe auch in die Personalbemessung mit einzubinden. In anderen Ländern ist es gang und gäbe, dass nicht nur, wie bei uns, die traditionelle Pflegefachkraft Teil der Personalbemessung ist, sondern es geht auch um Hilfskräfte, sodass eine Art Gesamtpotpourri eingefangen wird, um die Qualität der Pflege sicherzustellen.

Das wäre letztendlich eine große Chance, diesen Berufseintritt zu verbessern. Wir wissen, dass es überall Probleme oder Herausforderungen in diesem Feld gibt. Die Konzertierte Aktion Pflege hat ja auch sehr viele Aufgaben formuliert und gesagt, was zu tun ist.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (74.) (öffentlich)

02.11.2021

TOP 2 gemeinsam mit:

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (124.) (öffentlich)

Ich glaube, wenn jede Einrichtung von ihrer Personalbemessung her profitieren würde, wenn sie akademisierte Pflegende hätte, dann wäre das nicht nur etwas, was auf dem Papier steht, sondern auch etwas, was den Einrichtungen dazu verhelfen kann, ein bisschen mehr Innovation zu generieren. Nicht alles, was wir an Innovation brauchen, wird sich nämlich von außen steuern lassen.

Vorsitzende Heike Gebhard (AGS): Ich darf mich – das war doch gerade ein schönes Schlusswort – ganz herzlich bedanken. Ich habe es kaum zu hoffen gewagt, dass wir es schaffen, in zwei Stunden einen solchen Strauß an Themen miteinander abzuarbeiten. Dafür darf ich mich insbesondere bei Ihnen, meine Damen und Herren Sachverständige, ganz herzlich bedanken.

Sie interessiert sicherlich, wie es weitergeht. Uns ist zugesagt, dass der Sitzungsdokumentarische Dienst es wohl schaffen wird, dass wir zum Ende des Monats das Protokoll vorliegen haben, sodass die beiden Ausschüsse – der AGS am 8. Dezember und der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 9. Dezember – in die Auswertung einsteigen können und wir die abschließende Beratung dann im Januar vornehmen können.

Noch mal ein ganz herzliches Dankeschön an Sie alle. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und einen hoffentlich noch vergnüglichen Abend.

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender AFKJ

gez. Heike Gebhard
Vorsitzende AGS

2 Anlagen

09.11.2021/18.11.2021

15

Stand: 09.11.2021

Anhörung
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**Belastungen von Kindern**
Antrag der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , Drucksache 17/13775am 2. November 2021,
14.00 Uhr bis max. 16.00 Uhr, Raum E3 D01**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landschaftsverband Rheinland Köln	Lorenz Bahr	17/4433
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	Sandra Clauß	
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Stefan Hahn Bianca Weber	17/4466
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen- Lippe e.V. Düsseldorf	Helga Siemens-Weibring	17/4446
Landesjugendring Nordrhein-Westfalen e.V. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Maja Tölke Jil-Madelaine Blume	17/4441
Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen c/o Landschaftsverband Westfalen-Lippe Landesjugendamt Westfalen Münster	Paul H. Hofmann Anas Al-Qura'an	---

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeselternbeirat der Kindertagesstätten in NRW c/o Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW Düsseldorf	Heike Riedmann Daniela Heimann	17/4444
Deutsches Jugendinstitut Dr. Alexandra Langmeyer-Tornier München	Dr. Alexandra Langmeyer	17/4454
Universität Hildesheim Institut für Sozial- und Organisationspädagogik Professor Dr. Wolfgang Schröer Hildesheim	<i>keine Teilnahme</i>	---
Berufsverband Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ) Köln	<i>keine Teilnahme</i>	---
Deutsche Gesellschaft für Kinder und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (DGKJP) Berlin	Prof. Dr. Dr. Martin Holtmann	----
Kinderschutzbund NRW Wuppertal	Prof. Dr. Gaby Flösser Manfred Walhorn	17/4440
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf Professorin Dr. Ulrike Ravens-Sieberer Hamburg	<i>keine Teilnahme</i>	---
Goethe-Universität Frankfurt am Main Fachbereich Erziehungswissenschaften Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung Professorin Dr. Sabine Andresen Frankfurt am Main	<i>keine Teilnahme</i>	---
Landeschüler*innenvertretung NRW Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---
Landesverbandsvorsitzende des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte Dr. Christiane Thiele Viersen – Süchteln	Dr. Christiane Thiele Dr. Marcus Heidemann	17/4437

Stand: 09.11.2021

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend und
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/14256

am Dienstag, dem 2. November 2021
16.00 bis (max.) 18.00 Uhr, Raum E3 D01

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landschaftsverband Rheinland Köln	Sandra Clauß	17/4445
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	Hermann Gemke	
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Stefan Hahn Bianca Weber	17/4470
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Diakonisches Werk Rheinland-West- falen-Lippe e.V. Düsseldorf	Dr Frank Heusek	17/4456
DBfK Nordwest Geschäftsstelle Hannover	Andreas Braselmann Lisa Wolter Sandra Mehmecke	17/4461
Pflegerat NRW Vorsitzender Pflegerat NRW Werne	Ludger Risse	---
Sozialverband VdK - Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf	<i>Keine Teilnahme</i>	17/4455

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
vdek-Landesvertretung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Sigrid Averagesch-Tietz	17/4457
Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V. Berlin	<i>keine Teilnahme</i>	---
komba gewerkschaft nrw e.V. Köln	Sandra van Heemskerck Jasmin Jestel Yvonne Pielok	17/4458
Bertelsmann Stiftung Kathrin Bock-Famulla Gütersloh	<i>keine Teilnahme</i>	17/4469
Verdi NRW Düsseldorf	Marlene Seckler Corinna Huss	17/4459
Ayla Çelik Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	Kenneth Rösen Marion Vittinghoff	17/4453
Professor Dr. Markus Zimmermann Dekan, Professor für Pfliegerische Versorgungsforschung DPW Department für Pflegewissenschaft	Professor Dr. Markus Zimmermann	---